ÖGZ

Österreichischer Städtebund

Das Magazin des Österreichischen Städtebundes

1/2026



SCHWERPUNKT KRISENSICHERHEIT

RESILIENTE STADT

Österreichische Post AG MZ 17Z041202 M Österreichischer Städtebund, Rathaus, 1082 Wien

Wir sorgen für einen guten Job.



Wir suchen:
Versicherungsberater (w|m|d)

Aufgaben

- Aufbau und regelmäßige Pflege von Kundenbeziehungen
- kompetente Beratung Ihrer Kund:innen in Sachen Sicherheit
- Verkauf von Versicherungsprodukten
- persönliche Betreuung bei Anliegen und im Schadensfall

Eigenschaften

- seriöses Auftreten
- gutes Einfühlungsvermögen
- hervorragende Kommunikationsfähigkeit
- Eigeninitiative und Erfolgswille
- Freude an Beratung und Verkauf

Angebot

- ein fixes Angestelltenverhältnis
- begleitende Ausbildung in allen Karrierephasen
- ein flexibler Job mit direktem Kontakt zu Kund:innen
- dynamische Entwicklungs- und Verdienstmöglichkeiten, kollektivvertragliches Mindesteinkommen ab EUR 31.263,28 brutto pro Jahr sowie diverse Sozialleistungen
- je nach Erfahrung und entsprechender verkäuferischer Leistung kann ein höheres Einkommen erzielt werden

zertifiziert familienfreundlicher Arbeitgeber
www.familieundberuf.at

BEST RECRUITERS 24|25 aut

Einfach QR-Code scannen und sich auf unserem Jobportal guterjob.at bewerben.

Ihre Sorgen möchten wir haben.

WIENER STÄDTISCHE
VIENNA INSURANCE GROUP



Robust und widerstandsfähig

Wie Städte und Gemeinden an Krisenvorsorge wachsen

Resilienz hat viele Gesichter: Energieautarkie, Blackout-Vorsorge, Cyber Security, Hochwasserschutz, Hitzepläne und mehr. Als Städte und Gemeinden müssen wir trotz unserer aktuell prekären Lage für immer mehr Ernstfälle gewappnet sein und permanent dazulernen, um in Notlagen schnell reagieren und unsere Leistungen aufrechterhalten zu können. Ständig ändern sich die Herausforderungen, die Rahmenbedingungen, die Betroffenen. Eine gute Vernetzung ist unumgänglich, wenn es darum geht, in Notsituationen die Versorgung der Bevölkerung zu garantieren und Handlungsspielräume zu erhalten. Dabei geht es sowohl um die interne Zusammenarbeit einzelner Abteilungen als auch um die Einbindung der Bevölkerung, um Bewusstseinsbildung und Kooperationen von Verwaltung, Wirtschaft, Wissenschaft und Gesellschaft. Keine Frage, das sind komplexe, aufwändige Prozesse – die aber auch eine große Chance der Innovation mit sich bringen und Städte und Gemeinden langfristig krisenfest machen.

Michael Ludwig
Präsident Österreichischer Städtebund

Thomas Weninger
Generalsekretär Österreichischer Städtebund

© Foto: Markus Wache

Resiliente Stadt

9 Vorausschauende Transformation
Mehr als nur Widerstandsfähigkeit

11 Wien-Plan
Kluge Strategien für eine resiliente Stadt

14 Umweltbundesamt
Wie werden Kommunen klimaresilient?

16 Wiener Stadtwerke
Krisenmanagement ist Teamsport

19 ARGE Stadtamtsdirektoren
Unsere finanzielle Zukunft

20 Finanzieller Druck
Kommunale Resilienz

24 Cyber Security Austria
Digitale Resilienz

26 KDZ
KI als Resilienzverstärker

28 Erneuerbare Energie
Windkraftanlagen

30 Wien Energie
Tiefengeothermie

32 VÖWG/VKÖ
Kommunale Wärmeplanung

34 Stadt Wien
Energieeffizienz

36 Innsbruck
Hochwasserschutz

38 Wiener Wasser
Strategie 2050

Blackout
42 Vorbild Graz
44 Feldbach rüstet sich
46 Hohenems ist vorbereitet

48 Europäischer Rechnungshof
Resilienz-Lehren aus den Berichten

50 OENB
Bargeldversorgung

Magazin & Recht

52 Saalfelden/AIT
Vorausschauende Straßenerhaltung

54 Aktive Mobilität
klima**aktiv** Förderprogramm

56 Mobilität
Österreich zu Fuß

57 OLÉ-Vernetzung
Elektromobilitätsprojekte

58 FA Umwelt
Klima- & Energiepolitik

59 Konsultationsmechanismus
Kärntner Tourismusreform

60 Partizipation
Nachbarschaftliche Anergienetze

62 FA Bildung
Sicherheit und Prävention

63 Vernetzung
EXPO Real München

64 FA Gewerberecht und -technik
Von Supermärkten bis Unisex-WCs

66 IFG & Betrugsgefahr
Forensische Baubegleitung

68 Kommunalsteuer
Sorgfaltspflicht im Haftungsverfahren



Aktuelles aus den Städten 6
Literatur 65
Finanzen 73
Vorschau 75
Impressum/Offenlegung 75

Gedruckt nach der Richtlinie „Druckerzeugnisse“ des Österreichischen Umweltzeichens, Wograndl Druck GmbH, UW-Nr. 924

100% GEDRUCKT IN ÖSTERREICH

CLIMATEAUSTRIA
www.co2-kompensiert.at/iupd/1000
CO₂-Kompensiert-ID: 2025-00223

PEFC-zertifiziert
Dieses Produkt stammt aus nachhaltig bewirtschafteten Wäldern und kontrollierten Quellen
PEFC/06-39-364/16
www.pefc.at

© Foto: Umweltbundesamt/B. Gröger



Eine effiziente Verkehrsüberwachung schützt Kinder vor Unfällen am Schulweg.

Schulwegsicherheit im Winter

Wie sicher ist das Überqueren einer Straße auf dem Zebrastreifen?

Kinder mit moderner Verkehrstechnik am Schulweg schützen

Für Kinder steigt das Unfallrisiko bei winterlichen Straßenverhältnissen deutlich. Nässe, Schnee und schlechte Sicht verschärfen die Gefahren an Kreuzungen und Schutzwegen. Denn Fahrzeuglenker vergessen oft den längeren Bremsweg auf einer verschneiten oder vereisten Straße.

Die laser- und videobasierten Messsysteme von VITRONIC unterstützen Städte und Gemeinden dabei, kritische Bereiche, z. B. Schulwege, wirksam zu überwachen.

Alarmierende Zahlen

Laut den „Fußgänger/Lenker Interaktions-Beobachtungen 2024" des Kuratoriums für Verkehrssicherheit (KFV) hält in Österreich jedes zwanzigste Fahrzeug nicht an, obwohl ein Kind über den Schutzweg gehen will. Für Erwachsene bremst jeder zehnte Lenker nicht.

Die Halbjahresbilanz 2025 der Statistik Austria unterstreicht die Notwendigkeit, das Fahrverhalten zu kontrollieren: 1.720 verunglückte Kinder – der höchste Wert seit 2007. Dabei ist die gesetzliche Vorgabe eindeutig: Ein Fahrzeug darf sich einem Schutzweg oder einer Radfahrerüberfahrt nur in der Geschwindigkeit nähern, dass es davor anhalten kann (§ 9/2 StVO).

Gefahr durch Eis und Schnee

Im Winter gelten außerdem andere Regeln: Auf trockener Fahrbahn und mit einer Geschwindigkeit von 50 km/h liegt der Anhalteweg bei rund 40 Metern. Auf einer Schneefahrbahn verlängert er sich auf etwa 115 Meter, bei Glatteis sogar auf rund 265 Meter. Wer zu schnell fährt, gefährdet Leben.

Gerade in der Nähe von Schulen, Kindergärten und Haltestellen kann die Überwachung von Tempolimits und Fahrverhalten einen entscheidenden Unterschied machen.

Zukunftsvision resiliente Stadt

Moderne Städte schützen ihre schwächsten Verkehrsteilnehmer durch intelligente Planung und verlässliche Verkehrsüberwachung.



Wie sich Sicherheit im urbanen Raum langfristig erreichen lässt, erklärt Ralf Larcher, Geschäftsführer von VITRONIC Austria:

„Eine resiliente Stadt ist so geplant, dass unaufmerksame Fußgänger und abgelenkte Fahrzeuglenker keine tödlichen Zusammenstöße verursachen können. Denn die Planung des Straßenraumes verhindert bereits Regelverstöße: Mit niedrigen Geschwindigkeitslimits, entsprechenden Sichtweiten und konsequenten Verkehrskontrollen – ganz im Sinne der Vision Zero, die zum Ziel hat, Todesopfer zu vermeiden."

Verlässliche Technik für mehr Sicherheit

Die Poliscan-Systeme von VITRONIC erfassen Geschwindigkeits- und Rotlichtverstöße laserbasiert und videounterstützt – zuverlässig bei jedem Wetter. Gemeinden können damit kritische Bereiche wie Schulwege, Kreuzungen oder Schutzwege wirkungsvoll absichern. Die sichtbare Präsenz der Systeme wirkt abschreckend und trägt messbar dazu bei, Unfälle auf Österreichs Straßen zu reduzieren.

Mehr Infos & Kontakt

VITRONIC Machine Vision Austria GmbH
office.at@vitronic.com
+43 1 288 28 85
www.vitronic.at

VITRONIC

Bezahlte Anzeige | © Foto: VITRONIC/stock.adobe.com

Personalia

Neubesetzungen in NÖ, OÖ und Tirol



Bgm.in Dagmar Fetz-Lugmayr



Bgm.in Gabriele Scharrer



MD Stephan Crepaz

In Kremsmünster (Bezirk Kirchdorf an der Krems) wurde nach dem überraschenden Tod von Bürgermeister Gerhard Obernberger (ÖVP) nun Dagmar Fetz-Lugmayr (ÖVP) zur neuen Bürgermeisterin gewählt.
In Vösendorf (Bezirk Mödling) heißt die neue Bürgermeisterin Gabriele Scharrer (SPÖ), mittels einer Koalition mit der Bürgerliste V2000 hat sie sich mit 19 zu 12 Stimmen gegen Birgit Petross (ÖVP) durchgesetzt. Christoph Meisinger (ÖVP) ist neuer Bürgermeister von Engerwitzdorf (OÖ).
Stephan Crepaz wurde zum Magistratsdirektor der Stadt Innsbruck bestellt und folgt Gabriele Herlitschka nach.

© Fotos: Othmar Fetz, Marktgemeinde Vösendorf, Stadt Innsbruck

Nachhaltig mobil

VCÖ-Mobilitätspreis: Auszeichnungen u. a. für Wien und Salzburg

Der VCÖ-Mobilitätspreis prämiert innovative Lösungen, die den Verkehr umweltfreundlicher, sicherer und effizienter gestalten. Unter den Ausgezeichneten waren heuer das Salzburg Verkehr Guest Mobility Ticket, ein innovatives Mobilitätsangebot, das Übernachtung und die Nutzung des öffentlichen Nahverkehrs vereint. Gäste erhalten das Ticket automatisch bei ihrem Check-in und können alle Verkehrsmittel im Bundesland Salzburg damit nutzen.
In der Kategorie „Sharing und multimodale Mobilität" wurde die Wiener Linien-Auto-Wette ausgezeichnet: 46 Teilnehmer:innen (von 3.000 Bewerber:innen) verzichteten für 3 Monate auf das eigene Auto und probierten dafür mit einem Mobilitätsbudget von bis zu 500 Euro nachhaltige Alternativen zum eigenen Pkw aus.
Ausgezeichnet wurden weiters u. a. das Projekt „Sonne tanken für morgen – Photovoltaik für einen emissionsfreien Öffentlichen Verkehr in Salzburg", die Wiener Radwegoffensive und die Regionalbus-Anschlusssicherung in der Steiermark.



V. l. n. r.: Ulla Rasmussen (VCÖ), Johanna Kupferschmid (Wiener Linien), Silvia Nossek (Bezirksvorsteherin Währing), Vera Hofbauer (BMIMI), Klaus Garstenauer (ÖBB)

© Foto: VCÖ/APA-Fotoservice/Leitner

Kärntner Leuchttürme

Das Land Kärnten fördert Blackout-Vorsorge.

Beim Kärntner Sicherheitsgipfel Ende Oktober wurde bekannt gegeben, dass es mittlerweile in jeder der 132 Kärntner Gemeinden einen „Leuchtturm" gibt, der den Bürger:innen in Krisensituationen – wie etwa einem Blackout – als Zufluchtsort dient. Das Land unterstützte die Errichtung mit drei Millionen Euro.



Blackout-Übung der Stadt Klagenfurt beim Leuchtturm VS Welzenegg

© Foto: StadtKommunikation/Hronek

Die Safe Democracy Convention 2026 Technologien für Bürgerkontakt, Datensicherheit und KI

Donnerstag, 26. März 2026, 9:30–16.00 Uhr, Wiener Rathaus, auf Einladung der Stadt Wien

Wie können wir mithilfe neuer Technologien den Kontakt zu Bürger:innen verbessern, künstliche Intelligenz verantwortungsvoll einsetzen und Datensicherheit auf ein neues Level heben – und dabei Österreichs digitale Souveränität stärken?
Nach dem erfolgreichen Auftakt 2025 bringt die Safe Democracy Convention 2026 erneut alle zusammen, die mit neuen Technologien die Demokratie stärken wollen: Menschen aus der Politik, Verwaltung, aus öffentlichen Institutionen, aus der Zivilgesellschaft und Unternehmen, denen es ein Anliegen ist, die Kommunikation zu Bürger:innen zu verbessern.
Die Veranstaltung bietet eine einzigartige Gelegenheit für Austausch und das Lernen von Best Practices in der digitalen Demokratie und Verwaltung. In Exchange Sessions stellen nationale und internationale Gäste ihre Best Practices vor und geben wertvolle Einblicke in erfolgreiche Digitalisierungsstrategien.
Zusätzlich werden Podiumsdiskussionen und Panels zu aktuellen Themen der digitalen Demokratie wie digitale Souveränität angeboten.

Ein vollständiges Programm wird zeitnah auf der Seite https://event.innovationinpolitics.eu/Safe-Democracy veröffentlicht.



Bürgermeister Prammer und Stadtrat Czernohorszky bei Safe Democracy 2025

© Foto: Markus Wache

ANMELDUNG

Seien Sie dabei und gestalten die Zukunft der österreichischen digitalen Demokratie mit. Um sich für Safe Democracy 2026 anzumelden, oder bei Fragen, senden Sie eine E-Mail an info@safe-democracy.at oder besuchen Sie die Webseite:
https://event.innovationinpolitics.eu/Safe-Democracy

Bezahlte Anzeige

Expertise trifft Praxis

Unite Podcast zur öffentlichen Beschaffung in Österreich

In der Podcast-Folge von Unite erörtern Mag. Aleka Terzaki, Vergaberechtsexpertin, und Klaus Klembas, Key Account Manager Public Sector bei Unite, wie erfolgreiche Beschaffung in Österreich aussehen kann. Für den öffentlichen Sektor sind elektronische Marktplätze ein klarer Mehrwert: Sie beschleunigen standardisierte Beschaffungen, erhöhen Wettbewerb und Preisfairness, sichern Transparenz und Compliance und entlasten Vergabestellen.
Ein zentrales Thema ist der neue Schwellenwert für Direktvergaben: Bis zur Grenze von 143.000 Euro können Aufträge nun direkt vergeben werden, befristet bis 31. März 2026. Das soll Verfahren beschleunigen, birgt aber auch Risiken für Transparenz und Wettbewerb.
Klaus Klembas betont, dass elektronische Marktplätze heute ein Muss für eine moderne Beschaffungsstrategie sind. Dafür braucht es rechtliche Klarheit, technische Standards und vor allem einen kulturellen Wandel in öffentlichen Einrichtungen.
Beide Experten empfehlen: Mut zur Veränderung zeigen, Prozesse kritisch hinterfragen und erste Schritte mit Marktplätzen wagen – etwa durch Pilotprojekte und die frühzeitige Einbindung von Mitarbeitenden. So kann der Aufwand im Lieferantenmanagement deutlich reduziert werden.
Jetzt reinhören und erfahren, wie Marktplätze die öffentliche Beschaffung entlasten.

Klaus Klembas,
Key Account Manager
Öffentliche Beschaffung, Unite
+43 660 571 71 43
klaus.klembas@unite.eu



© Foto: Unite

Schwerpunkt Krisensicherheit

Resiliente Stadt



© Foto: Manfred Tucherl

Mehr als nur Widerstandsfähigkeit

Ein Plädoyer für eine vorausschauende Transformation

In den vergangenen Jahren hat der Begriff „Resilienz“ in vielen Bereichen – und so auch in der Stadtentwicklung – Einzug gefunden. Der Begriff wird jedoch oft auf die schlichte Widerstandsfähigkeit gegenüber Krisen reduziert. Resilienz bedeutet jedoch deutlich mehr: Es geht nicht nur darum, Störungen zu verhindern oder zu überstehen. Viel entscheidender ist die Fähigkeit, mögliche negative Entwicklungen vorwegzunehmen, also zu antizipieren, und von ihnen zu lernen sowie sich noch vor, aber spätestens nach einem Schadenseintritt anzupassen. Eine resiliente Stadt ist also kein statisches Ziel, sondern ein lebendiger und lernender Anpassungsprozess, der eine Veränderungsbereitschaft voraussetzt. Am besten, bevor externe Einflüsse die Veränderung erzwingen, da dies meist teurer und aufwendiger ist sowie unter Zeitdruck selten optimal umgesetzt werden kann. In einer Welt, die zunehmend von komplexen und unvorhersehbaren Herausforderungen geprägt ist, wird die Schaffung resilienter Städte und Strukturen daher immer wichtiger.

Von der Effizienzfalle zur Robustheit

Wir leben in einem System, das über Jahrzehnte auf maximale Effizienz getrimmt wurde – in der Energieversorgung ebenso wie in der Logistik oder anderen Bereichen. Alles Überflüssige wurde eliminiert, jede Reserve als vermeintlich „unnötig“ betrachtet. Das hat zwar kurzfristig Kosten gesenkt, langfristig aber die Verletzlichkeit dramatisch gesteigert. Schon geringfügige Störungen können heute komplexe Dominoeffekte auslösen – bis hin zu großflächigen Versorgungsausfällen.

Städte, die sich ausschließlich auf zentrale Versorgungssysteme verlassen, sind in diesem Zusammenhang besonders verwundbar. Robustheit entsteht dort, wo lokale Redundanzen, autonome Funktionseinheiten und eine vorbereitete Bevölkerung zusammenspielen. Das ist kein Rückschritt, sondern eine notwendige Rückkopplung in einer überkomplexen, global vernetzten Welt und zugleich ein Überlebensprinzip in der Natur.

Sektorübergreifendes Energiemanagement als Rückgrat

Die Basis resilienter Stadtstrukturen liegt in einem sektorübergreifenden Energiemanagement. Energie, Wärme, Mobilität, Kommunikation und Versorgungssysteme müssen als ein vernetztes Ganzes betrachtet und gemeinsam gedacht werden – nicht als lose Sammlung von Einzelprojekten. Das Konzept der Energiezellen bietet hier einen zukunftsweisenden Ansatz, um dieses Systemdenken und -handeln wieder zu etablieren.

Wie Zellen im menschlichen Körper versorgen sich Energiezellen zunächst selbst und tauschen dann überschüssige Energie mit Nachbarzellen aus. Sie können im Krisenfall autonom weiterarbeiten und sichern so lebenswichtige Grundfunktionen auch dann, wenn das zentrale Netz versagt. Solche dezentralen Zellen, die im Englischen auch als „Microgrids“ bezeichnet werden, sind keine Luxuslösung, sondern das Fundament einer modernen, krisenfesten Energieversorgung. Sie eröffnen Stadtwerken zudem ein neues Betätigungsfeld. In gewisser Weise ist es auch eine Rückbesinnung auf die Aufgaben vor der Marktliberalisierung – allerdings unter anderen Rahmenbedingungen.



Herbert Saurugg

ist ein international anerkannter Experte für Blackout- und Krisenvorsorge (www.saurugg.net) sowie der Präsident der Gesellschaft für Krisenvorsorge (www.gfkv.org). Der ehemalige Berufsoffizier beschäftigt sich seit 2011 mit der systemischen Betrachtung gesellschaftlicher Verwundbarkeiten durch Infrastruktur- und Versorgungsausfälle, mit besonderem Fokus auf das europäische Stromversorgungssystem.

Das sektorübergreifende Denken eröffnet zudem Synergien: Abwärme aus einer Industrieanlage kann lokale Gebäude versorgen, Batteriespeicher in E-Mobilen können Netzschwankungen ausgleichen, Photovoltaikanlagen werden Teil der Daseinsvorsorge und Wärmenetze tragen zu einer wirksameren Energieversorgung bei. Stadtwerke und Gemeinden werden so zu aktiven Gestaltern der Resilienz, nicht zu passiven Abnehmern zentraler Vorgaben.

Exnovation – Platz für Neues schaffen

Resilienz entsteht nicht nur durch Hinzufügen neuer Systeme, sondern oft erst durch das Loslassen alter Strukturen. Dieser Prozess des bewussten Rückbaus,

© Foto: Businessfoto Wien

der Exnovation, als Gegenstück zur Innovation, ist ein notwendiger Schritt, um Ressourcen – sowohl finanziell als auch personell – für wirklich wichtige und zukunftsfähige Aufgaben freizumachen.
Wir müssen uns von ineffizienten Routinen und Prozessen, überholten Denkmustern sowie technischen Sackgassen trennen. Exnovation ist somit keine „Verzichtspolitik", sondern eine Strategie, um Handlungsspielräume zu schaffen. Jede Stadtverwaltung kennt die Situation: zu viele Projekte, zu wenig Personal, ineffiziente oder fehlende Prozesse, steigende Bürokratieanforderungen und zu wenig Zeit. Wer nicht exnoviert, verliert langfristig seine Gestaltungsfähigkeit.
Daher gilt es, auch bewusst liebgewonnene Prozesse oder Aktivitäten zu hinterfragen: Bringen diese heute oder morgen noch den erforderlichen Mehrwert? Oder kann man auf sie verzichten, um etwas Neues oder Wichtigeres angehen zu können? Die große Hürde dabei ist, dass wir Menschen uns generell schwer damit tun, Dinge wegzulassen. Doch wirkliche Innovationen entstehen häufig erst durch Reduktion und Vereinfachung – ebenso ein Überlebensprinzip in der Natur.
Viele Anforderungen kommen von extern, sodass sie nicht einfach ignoriert werden können. Sie sind jedoch kein Naturgesetz. Es gilt daher, genau die Dinge aufzudecken, bei denen der Nutzen nicht mehr im Verhältnis zum Aufwand steht und die Wirksamkeit fehlt. Den meisten Verursachern sind diese Zusammenhänge gar nicht bewusst, da sie von den anderen Anforderungen nur wenig mitbekommen. Zudem hält jeder Absender seine Maßnahme für die wichtigste und Nebenwirkungen werden selten bedacht. Daher braucht es vernetztes Denken und Handeln, um eine wirkliche Wirksamkeit zu erzielen. Dazu wird es auch notwendig sein, mehr Eigenverantwortung und weniger Micromanagement zu fördern, wo versucht wird, alles abzusichern. Das raubt uns die Handlungsfähigkeit.

Die Menschen als Teil des Systems

Eine resiliente Stadt ist nicht nur eine technische Herausforderung. Zentral ist die Einbindung der Bevölkerung als aktiver Teil des Systems. Bewusstseinsbildung, Eigenverantwortung und Vorsorge – beispielsweise für eine temporäre Selbstversorgung oder Nachbarschaftshilfe – sind soziale Netzelemente, die technische Strukturen niemals ersetzen können.
Resilienz lebt von der Kooperation zwischen Verwaltung, Wirtschaft, Zivilgesellschaft und Wissenschaft. Sie braucht einen klaren, gemeinsamen Takt – ein orchestriertes Zusammenspiel anstelle von isolierten Einzelmaßnahmen. Nur so kann aus vielen autonomen Akteur:innen eine harmonische, lernfähige Struktur entstehen, die einem gut eingespielten Orchester ähnelt.
Zudem kann die steigende technische Komplexität nur mit einer zumindest gleich hohen organisatorischen Komplexität dauerhaft beherrscht werden. In komplexen Systemen treten immer Widersprüchlichkeiten auf, mit denen unser einfaches Entweder-oder-Denken Probleme hat. Dies führt auch zu immer mehr Polarisierung und in eine Sackgasse. Denn damit lassen sich die heutigen und zukünftigen Herausforderungen, die ein Sowohl-als-auch-Denken erfordern, nicht bewältigen. Hier stoßen wir auch immer häufiger mit unseren siloartigen Parteistrukturen an unsere Grenzen, denn wir brauchen Vernetzung und Kooperation statt Polarisierung und Trennung. Alles andere führt, wie immer wieder in der Geschichte, zu Disruption und dem Lernen aus Schaden. Wollen wir das wirklich?

Ein neuer Gestaltungsrahmen

Grundsätzlich sind wir resilient, denn sonst hätte uns die Evolution bereits aussortiert. In den vergangenen Jahren hat sich jedoch in vielen Bereichen eine Fragilität, also Zerbrechlichkeit, ausgebreitet. Dies betrifft sowohl die gesellschaftliche Polarisierung, internationale Konflikte wie auch immer komplexer werdende Infrastruktur. Wir haben es also in der Hand: Entweder wir passen uns erneut an die sich zunehmend rascher verändernden Rahmenbedingungen an – oder wir warten auf den Härtetest, der sehr schmerzhaft werden kann. Denn im Gegensatz zu früheren Zeiten mit einer wesentlich kleinteiligeren Versorgung sind wir heute hochgradig von internationalen Lieferketten und Versorgungsleistungen abhängig, in denen sich strategische Schocks rasch und schwerwiegend ausbreiten können.
Wir brauchen daher ein neues Systemdenken: weg von kurzfristigen Scheinlösungen, hin zu einer langfristig tragfähigen gesellschaftlichen Resilienz und infrastrukturellen Robustheit.
Resilienz ist dabei weder eine technische Kennzahl noch eine politische Modeerscheinung. Sie ist die Voraussetzung dafür, dass unsere Städte und die Menschen, die darin wohnen, in einer Zeit wachsender Unsicherheiten funktionsfähig bleiben und im besten Fall sogar gestärkt aus Krisen hervorgehen. Dafür müssen wir bestehende Denkmuster hinterfragen, Sektorgrenzen überwinden und die Bevölkerung als gestaltenden Faktor anerkennen. Und wir müssen Anpassung als Chance verstehen.
Die resiliente Stadt ist das Spiegelbild einer lernenden Gesellschaft. Sie reagiert nicht erst auf Krisen, sondern bereitet sich bewusst auf sie vor, nimmt erkennbare Entwicklungen vorweg und schafft Puffer für eine mögliche Krisenbewältigung. Dafür braucht es den Mut, neue Wege zu gehen, denn die Denkweise, die in die Krise geführt hat, trägt selten zur Problemlösung bei.
Je länger wir warten, desto teurer und schmerzhafter werden die Anpassungsprozesse. Kurzfristige Lösungen konzentrieren sich auf das Symptom und lassen sich häufig sofort umsetzen. Fundamentalere Lösungen versuchen, die Ursache des Problems zu beseitigen. Kurzfristige Lösungen sind meist schnell angewandt, verschlimmern aber langfristig das eigentliche Problem. Fundamentale Lösungen bringen kurzfristig oft deutliche Nachteile mit sich, stellen sich aber langfristig als vorteilhaft heraus. Es geht also auch um einen Bildungsauftrag, der Zusammenhänge vermittelt und zum Mitmachen motiviert.
Denn Resilienz kann nicht von oben verordnet werden, sondern muss sich von unten heraus, also von der Basis, entwickeln.



Das Wiener Sonnwendviertel

Wien-Plan: kluge Strategien für eine resiliente Stadt

Der neue Wiener Stadtentwicklungsplan 2035 rückt Klimaschutz, Klimaanpassung und Kreislaufwirtschaft in den Fokus.

Maria Samek, Michael Rosenberger, Gaby Berauschek, Stadt Wien – Stadtentwicklung und Stadtplanung (MA 18)

Was ist die Aufgabe von Stadtplanung? Auf den Punkt gebracht: Die Weichen für die Stadt von morgen stellen und trotz Herausforderungen die hohe Lebensqualität erhalten. Das verlangt ein klares Verständnis aktueller Trends, Weitblick und auch mutige Schritte. Stadt bedeutet Veränderung und offen zu sein für innovative Lösungen. Stadtplanung heißt auch, Verantwortung für künftige Generationen zu übernehmen. Aktuell stellt der Klimawandel – der gerade in Städten besonders zu spüren ist – die Stadtentwicklung vor eine der größten Aufgaben. Aber auch Bevölkerungswachstum, demografischer Wandel, Digitalisierung und Automatisierung verändern unsere Lebensweisen und verlangen entsprechende Antworten. Wien hat dafür einen Plan. Der neue Wien-Plan – Stadtentwicklungsplan 2035, der im Frühjahr 2025 vom Wiener Gemeinderat beschlossen wurde, legt wie kein Stadtentwicklungsplan zuvor den Fokus auf die „drei Ks“ – Klimaschutz, Klimaanpassung und Kreislaufwirtschaft. Der Wien-Plan folgt dabei den Zielsetzungen und Vorgaben der Smart Klima City Strategie Wien, des Wiener Klimafahrplans und dem Ziel der Klimaneutralität Wiens bis zum Jahr 2040. Der Schutz des Klimas und damit der Menschen, ein sorgsamer Umgang mit Ressourcen sowie die Bewältigung der Folgen der Klimakrise stehen an oberster Stelle.

Der Wien-Plan hat alle Angelegenheiten im Blick, die räumlich zu koordinieren sind: von leistbarem Wohnen, umweltfreundlicher Mobilität, dem Ausbau erneuerbarer Energien über Soziales, Wirtschaft bis hin zu Kultur. Aspekte wie Lebensqualität, Leistbarkeit, Gerechtigkeit und Effizienz sind dabei handlungsleitend. Die Strategie dient den Abteilungen der Stadt, den städtischen Unternehmen und Fonds als Regelwerk für Planungsprozesse, als Arbeitsprogramm für eigene Maßnahmen sowie als grundlegende Orientierung für alle langfristigen raumplanerischen Fragen. Gleichzeitig definiert er das öffentliche Interesse, legt die Ansprüche der Stadt an alle beteiligten Akteur:innen wie Projektentwickler:innen, Privatpersonen, Unternehmen, NGOs und andere Gebietskörperschaften offen und lädt zur Gestaltung der Stadt ein. Der Wien-Plan formuliert verbindlich Strategien sowie Vorgaben, Regelungen und Maßnahmen in acht Themenfeldern:

- Siedlungsentwicklung
- Grün- und Freiraum
- Öffentlicher Raum
- Mobilität
- Wirtschaft und Arbeit

© Foto: Stadt Wien/Gerd Götzenbrucker

- Urbane Zentren
- Planen für die soziale und gerechte Stadt
- Planen für die Energiewende

Kompakte Stadtentwicklung

Wien kommt mit knapp 80 m² versiegelter Fläche pro Kopf aus, während der österreichische Durchschnitt bei 330 m² liegt. Der sparsame Umgang mit der Ressource Boden bleibt im Wien-Plan das Grundprinzip der Siedlungsentwicklung. Folglich werden auch keine noch nicht bekannten Stadtentwicklungsgebiete festgelegt – der Flächenbedarf soll durch die konsequente Nutzung der Entwicklungspotenziale in der Bestandsstadt sowie durch die vollständige Umsetzung bereits zuvor beschlossener bzw. bekannter Stadterweiterungsvorhaben gedeckt werden. Erst wenn sich abzeichnet, dass die Einwohner:innenzahl die 2,2-Mio.-Marke überschreitet, werden weitere Gebiete in Betracht gezogen. Auch die Weiterentwicklung bestehender Gebäude und Siedlungen wird verfolgt.

Lebendige Zentren und auch die wohnungsnahe Mischung verschiedener Nutzungen und Funktionen sollen dafür sorgen, dass die Wiener:innen ihren Alltag komfortabel und ressourcenschonend gestalten können. Einrichtungen für den täglichen Bedarf, soziale Infrastruktur, Freizeit- und Kulturangebote sowie nicht-kommerzielle Einrichtungen sollen im Sinne der „Stadt der kurzen Wege“ gut, rasch und umweltfreundlich erreichbar sein. Basierend auf einem gesamtstädtischen Zentrenleitbild werden bestehende Zentren stabilisiert und weiterentwickelt sowie in ausgewählten Stadterweiterungsgebieten neue Zentren geschaffen. Neue, großflächige Einzelhandelsprojekte werden hingegen klar begrenzt und können nur in dafür geeigneten Lagen errichtet werden.

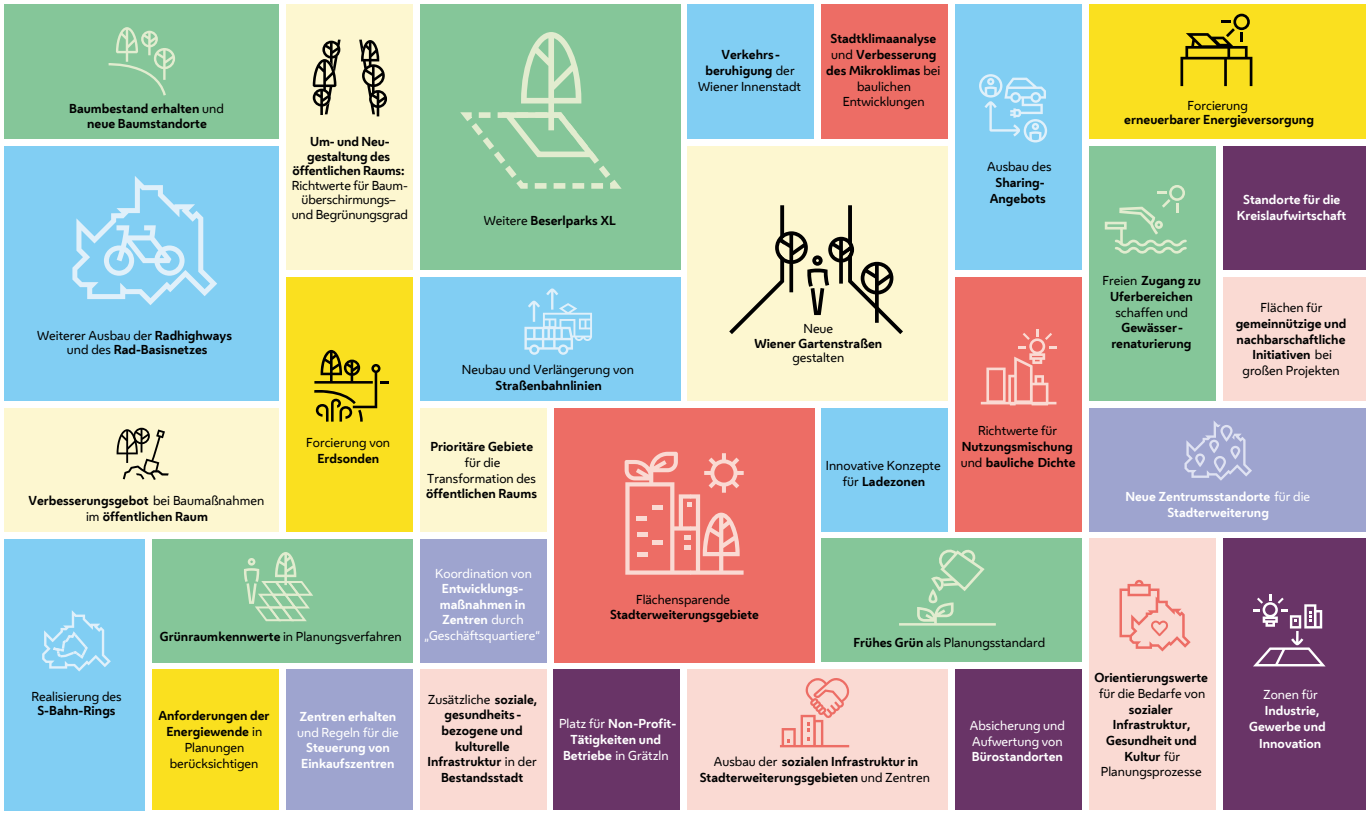
Klimafreundlich mobil

In Wien sollen alle auch ohne eigenes Auto bequem und rasch von A nach B kommen. Rückgrat dafür ist das gute öffentliche Verkehrsnetz, das stetig weiterentwickelt wird. Die Bedingungen für die aktive Mobilität – Zufußgehen und Radfahren – werden durch Vorgaben und Regelungen für Planungsprozesse weiter verbessert und Sharing-Angebote ausgebaut. Der aktuelle Modal Split 2024 bestätigt die Wirkung derartiger Maßnahmen. Drei Viertel der Wege – so viele wie nie – werden zu Fuß, mit den Öffis oder dem Rad zurückgelegt.

Nachhaltige Logistik mit Paketboxen, Ladezonenmanagement sowie ein Masterplan für Urbane Logistik sorgen für einen klimafreundlichen Wirtschaftsverkehr. Der weiterhin unbedingt erforderliche Kfz-Verkehr wird schrittweise dekarbonisiert und der Durchzugsverkehr reduziert. Das Parkraummanagement soll weiterent-

Das kommt!

Auswahl von Regeln und Maßnahmen, mit denen die Strategien des Wien-Plans umgesetzt werden:



© Abbildung: Stadt Wien

wickelt und für die Innenstadt erstmals ein Zufahrtsregelungsmodell umgesetzt werden. Der Wien-Plan enthält auch zahlreiche Ansätze für einen klimaneutralen Personen- und Güterverkehr über die Stadtgrenze hinweg.

Klimafitte Transformation

Die Grün- und Freiräume in Wien haben immer schon viele wichtige Funktionen für die Lebensqualität übernommen. Durch die Klimakrise sind zusätzlich das Mikroklima und die Biodiversität in den Fokus gerückt. Begrünte Aufenthaltsräume im dicht bebauten Stadtgebiet sind wesentliche Grundlage, auch die heißen Sommermonate in einer Stadt auszuhalten. Folglich hat die Erhaltung des hohen Grünraumanteils von über 50 % weiterhin Priorität. Bestehende Grünräume werden aufgewertet, neue Grünräume ausgestaltet. Die Wiener Gartenstraße ergänzt die Versorgung als innovatives Element im dicht bebauten Gebiet, Beserlparks XL beziehen die angrenzenden Straßenräume in die Begrünung ein, für Projekte im öffentlichen Raum wird ein Begrünungs- und Baumüberschirmungsgrad neu etabliert. Für die Entsiegelung und Begrünung im öffentlichen Raum wurden prioritäre Gebiete mit vielen Bewohner:innen, wenig Grün und starker Hitzebelastung ausgewiesen.

Wirtschaft und Arbeit

Der Wien-Plan unterstützt die Wiener Wirtschaft durch die Sicherung geeigneter Standorte mit guter Infrastruktur und einem passenden Umfeld für die Unternehmen. Das umfasst Flächen für Industrie und Gewerbe („Produktive Stadt“), Büro- und Dienstleistungsstandorte, aber auch in allen Gebieten integrierte Kleinflächen. Die vielfältige Dienstleistungswirtschaft bleibt mit über 80 % der Erwerbstätigen der dominierende Sektor, aber laufend gewinnen neue Tätigkeiten, etwa in der Energie- und Kreislaufwirtschaft, an Bedeutung. Besonders in Wirtschaftsstandortfragen ist eine Vertiefung der Zusammenarbeit in der Region unerlässlich, Metropolräume sind stark in sich verflochten und hängen voneinander ab.

Soziale und gerechte Stadt

Wien bleibt eine Stadt für alle. Stadtteile werden sozial durchmischt, alltagsgerecht, altersgerecht und gendersensibel geplant.
Einrichtungen der sozialen, gesundheitsbezogenen und kulturellen Infrastruktur sollen in hoher Qualität, kostengünstig und gut erreichbar zur Verfügung stehen, dafür werden durch klare Regelungen die erforderlichen Flächen in der Stadterweiterung gesichert. In der Bestandsstadt wird die Ergänzung von entsprechender Infrastruktur in Planungsprozessen unterstützt. Bei größeren Entwicklungen wird die Widmung „Gebiete für geförderten Wohnbau“ konsequent angewendet und auf diesen Flächen mindestens zwei Drittel der Wohnungen gefördert errichtet.

Planen für die Energiewende

Nicht zuletzt ist die Umstellung auf eine klimaneutrale Energie- und Wärmeversorgung eine der größten Aufgaben: Bis 2040 sollen die Wiener Haushalte und Betriebe ihren Wärme-, Kälte- und Strombedarf ausschließlich aus erneuerbaren Quellen decken. Dazu trägt auch der Wien-Plan bei, indem er die Erzeugung erneuerbarer Energie, den Umbau des Energiesystems und die Reduktion des Energieverbrauchs unterstützt. Wien setzt dabei u. a. auf Tiefengeothermie, in Aspern ist 2025 die erste Anlage in Testbetrieb gegangen. Im Vollausbau können mit der Wärme aus 3.000 Meter tiefen Quellen bis zu 200.000 Haushalte versorgt werden. Aber auch beim Sonnenstrom ist Wien im Vormarsch. Über 500 Photovoltaikanlagen sind bereits in Betrieb, im Schnitt werden jede Woche PV-Flächen in der Größe eines Fußballfeldes errichtet.
Darüber hinaus werden Baumaßnahmen im Wärme- und Stromleitungsnetz mit Verbesserungen im öffentlichen Raum verbunden. Der Flächenbedarf der Energiewende und der Kreislaufwirtschaft wird bei der Siedlungsentwicklung integriert berücksichtigt.

INFOBOX

www.wien.gv.at/stadtplanung/wien-plan





St. Pölten Promenadenring

Wie werden Städte und Gemeinden klimaresilient?

Klimawandelanpassung beginnt vor Ort – in unseren Städten und Gemeinden. Um widerstandsfähiger gegenüber Hitze, Starkregen und Trockenheit zu werden, braucht es Wissen und gezieltes Handeln. Um langfristig Know-how aufzubauen und konkrete Maßnahmen zu entwickeln, gibt es hilfreiche Angebote und vielfältige Erfahrungen, die Städte und Gemeinden nutzen können.

Städte und Gemeinden stehen – in Österreich wie auch weltweit – vor allem bei der Umsetzung der Pläne für Klimaschutz und Klimawandelanpassung vor zahlreichen Herausforderungen. Was in der Theorie einleuchtend erscheint, stößt in der Praxis auf zahlreiche Hürden: unzureichende Vernetzung zwischen Akteur:innen, begrenzte finanzielle Mittel und nicht zuletzt mangelnde Expertise.

Ein zentraler Erfolgsfaktor für die langfristige Entwicklung von Resilienz liegt in der Bewusstseinsbildung und im Kompetenzaufbau in der kommunalen Verwaltung. Dabei können Akteur:innen auf Netzwerke und Erfahrungen aus zahlreichen Projekten zurückgreifen.

Praktisches Know-how

Der Pilot-Lehrgang „Kommunale Klimawandelanpassungs-Beauftragte“[1] bietet ein umfassendes Programm, das auf die Bedürfnisse von Städten und Gemeinden zugeschnitten ist. Im Auftrag des BMLUK entwickelten das Umweltbundesamt und das Klimabündnis Österreich einen Online-Lehrgang, der Akteur:innen aus Verwaltung und Politik auf Gemeindeebene gezielt beim Kompetenzaufbau unterstützt. Der modulare Kurs vermittelt nicht nur Basiswissen nach dem Motto „Je früher sich die Gemeinde mit dem Thema beschäftigt, desto eher entsteht Klimaresilienz“, sondern befähigt die Teilnehmenden auch, Maßnahmen auf Gemeindeebene umzusetzen, auf wissenschaftlichen, fundierten Daten aufzubauen und Fördermöglichkeiten zu nutzen.

Pionierstädte als Role Models

47 Pionierstädte[2], in denen rund 40 % der österreichischen Bevölkerung leben, nehmen an der Mission „Klimaneutrale Stadt“ teil. Gemeinsam geht es um die Frage: Wie lässt sich das Ziel der Klimaneutralität noch schneller erreichen? Mit Unterstützung des BMIMI und in Kooperation mit dem Klima- und Energiefonds entwickeln die Pionierstädte Lösungen für die Energie- und Mobilitätswende sowie die Kreislaufwirtschaft. Zehn Pionier-Großstädte[3] mit jeweils

© Foto: Christian Krückel

über 50.000 Einwohner:innen gehen dabei als engagierte Vorreiter vor. In Städteporträts zeigen sie, wie sie mit den Herausforderungen umgehen und welche Wege sie einschlagen.
Das FFG-Projekt für KLImaKompetente Städte „KLIK“[4] unterstützt diese Initiative durch Bewusstseinsbildung und den Kompetenzauf- und -ausbau speziell im Bereich der Pionierstädte: Im Rahmen von modularen Weiterbildungsmaßnahmen sollen möglichst viele Verwaltungsangestellte aus unterschiedlichen Bereichen für Klimaschutz und Klimawandelanpassung sowie weitere relevante Themen sensibilisiert werden. Ziel ist es, das Klima-Thema als Querschnittsmaterie zu verankern und verstärkt in die tägliche Arbeit zu integrieren. Damit es nicht bei der Theorie bleibt, steht die Vermittlung von praxisorientierten Kompetenzen im Zentrum. Dazu dienen Good-Practice-Beispiele und Erfahrungen der Pioniergroßstädte als Anregung.

Im Porträt

Die Pionierstädte-Partnerschaft ermöglicht einerseits die Generierung von praxisnahem Wissen und andererseits schnelleres Lernen durch Erfahrungsaustausch im Netzwerk. Zahlreiche Städteporträts[5] zeigen, dass die Einbindung der Bürger:innen eine wichtige Rolle spielt, um Lösungen mit hoher Akzeptanz zu erarbeiten und Nutzungskonflikte zu minimieren. Gleichzeitig verdeutlichen die Porträts, welche lokalen Gestaltungsspielräume es aufgrund der jeweiligen geografischen Gegebenheiten gibt.

Maßnahmen gegen Hitzeinseln

Praktische Erfahrungen in der Umsetzung gibt es unter anderem bei konkreten städtebaulichen Maßnahmen, die vor allem der Vermeidung oder Abmilderung von städtischen Hitzeinseln – kurz „UHI“ (Urban Heat Islands) – dienen. Dabei handelt es sich um lokale signifikante Erwärmungen gegenüber dem Umland. Sie führen besonders bei anhaltenden Hitzewellen zu starken gesundheitlichen Belastungen bis hin zur Gefährdung von Menschen. Maßnahmen gegen die Überhitzung von Flächen, die der Kühlung dienen, sind etwa Baumpflanzungen, Bodenentsiegelung und das Schaffen von Frischluftschneisen.
Ein Erfolgsbeispiel dafür ist das Projekt „ADAPT-UHI“ (Urban Climate Change Adaptation for Austrian Cities – Urban Heat Islands)[6], das sich mit der Modellierung von Zukunftsszenarien für das Stadtklima beschäftigt hat. Ein zentrales Ergebnis daraus ist ein umfangreicher Maßnahmenkatalog als Entscheidungshilfe für die Stadtplanung. In den Pilotstädten Salzburg, Klagenfurt und Mödling modellierte das Projektteam Anpassungsszenarien inklusive Kosten-Nutzen-Analyse. Eine österreichweite Karte in der Auflösung 100 x 100 Meter zeigt das UHI-Risiko anhand eines Index. Ergänzend wurden grüne Infrastrukturen von Städten erhoben und bewertet.
Aus den Erfahrungen der Pilotstädte stammen auch allgemeine Empfehlungen, die auf alle Städte übertragbar sind. Sie beziehen sich vor allem auf den Ausbau von grüner und blauer Infrastruktur, damit sind der Grünflächenanteil oder die Beschattung (grün) und naturnahe Wasserflächen (blau) gemeint. Anschauliche Beispiele für mögliche Maßnahmen sind etwa, einen Baum pro Einwohner:in zu pflanzen oder Dächer durch helle Farben reflektierend (ohne zu blenden) zu gestalten. Auch kontinuierliche Entsiegelung und der bewusste Einsatz von Baumaterialien spielen eine Rolle: So neigen ungedämmte Betongebäude bei Hitze dazu, sich stärker aufzuheizen und die Wärme länger zu speichern im Gegensatz zu Holz. Das kann im Sommer sehr unkomfortabel sein.

Strategieplan der Stadt Wien gegen Hitzeinseln

Die Stadt Wien hat einen Strategieplan[7] gegen UHIs entwickelt, der sich gezielt der strategischen Herangehensweise an klimasensible Stadtplanung widmet. Darauf aufbauend enthält der Plan zahlreiche Maßnahmen und gibt Hinweise zu ihrer Umsetzung. Im Fokus steht die Methodik zur Maßnahmenbewertung. Die Evaluierung erfolgt mit einem mehrstufigen Bewertungsschlüssel anhand der Kategorien Mikro- und Mesoklima, Biodiversität, Lebensqualität für Menschen sowie Errichtungs- und Erhaltungskosten.
Die vielfältigen Erfahrungen und die zahlreichen Projekte zeigen, dass Städte und Gemeinden in Österreich sich für diese Zukunftsaufgabe vorbereiten – und auch viel im Umgang mit Klimarisiken und entsprechenden Maßnahmen voneinander lernen können.



Markus Leitner

Leiter des Teams Klimawandelanpassung & Resilienz

RELEVANTE LINKS

www.klimawandelanpassung.at/praxis und www.klimawandelanpassung.at

Broschüre zu urbaner Klimawandelanpassung: www.klimawandelanpassung.at/fileadmin/inhalte/kwa/pdf/werkzeuge/broschuere-stadtebund-2021/warum-sich-anpassung-an-den-klimawandel-lohnt.pdf

Folgen des Klimawandels: Das können wir tun! – Tipps für die gute Anpassung: www.bmluk.gv.at/dam/jcr:ba2ccdf2-2b01-4a14-87c7-fa9baf2bc830/Klimawandelanpassung.pdf

© Foto: Umweltbundesamt/B. Gröger

1 | www.gemeindeservice-stmk.at/wp-content/uploads/2025/07/einladung_agenda_lehrgang_kommunale_kwa-beauftragte_2025.pdf
2 | www.klimaneutralestadt.at/de/initiativen/pionierstaedte/
3 | www.klimaneutralestadt.at/de/initiativen/pionierstaedte/staedteportraits/grossstaedte.php
4 | https://projekte.ffg.at/projekt/5138258
5 | www.klimaneutralestadt.at/de/initiativen/pionierstaedte/staedteportraits/grossstaedte.php
6 | www.klimawandelanpassung.at/newsletter/kwa-nl42/kwa-adaptuhi
7 | www.wien.gv.at/umwelt/uhi-strategieplan



Wien Energie rüstet traditionellen Wiener Markt mit Photovoltaikanlage und Energiespeicher auf – Marktamtsgebäude wird „Blackout-fit“.

Krisenmanagement ist Teamsport

Wenn’s brennt, braucht es mehr als einen Solisten – Krisenmanagement ist ein Auftrag an uns alle.

Marcel Lehner, Leiter Konzernsicherheit/Chief Security Officer (CSO), Wiener Stadtwerke Gruppe

Es gibt Momente, in denen es zählt – und zwar wirklich zählt: Der Strom fällt aus, der Verkehr kommt zum Erliegen, Wasserleitungen brechen, Daten fließen plötzlich in falsche Hände oder eine Pandemie zwingt ganze Organisationen in den Ausnahmezustand. Willkommen im Alltag von Krisenmanager:innen – einer Rolle, die nicht glamourös, aber systemrelevant ist. Was hier beschrieben wird, ist kein Katastrophenszenario aus dem Drehbuch eines Endzeitfilms, sondern die Realität möglicher Störfälle – und sie zeigt eines deutlich: Krisenmanagement ist kein Einzelkampf, sondern ein hochdynamischer Teamsport. Nicht Alarmismus, sondern die klare Benennung dieser oft verdrängten Wahrheit steht im Zentrum.

Als Chief Security Officer der Wiener Stadtwerke Gruppe – einem Konzern, der rund 18.000 Mitarbeitende vereint, die an kritischen Infrastrukturen arbeiten – weiß ich aus erster Hand, was es bedeutet, Verantwortung nicht nur für ein einzelnes Unternehmen, sondern für eine funktionierende Stadt zu tragen. Gemeinsam mit dem Österreichischen Städtebund nehme ich diesen Artikel zum Anlass, um aufzuzeigen, wie wir Krisenresilienz neu denken müssen – vernetzt, vorbereitet und mit einem klaren Blick für das Wesentliche: die Zusammenarbeit über Unternehmens- und Verwaltungsgrenzen hinweg.

Die neue Realität – Komplexität, Vernetzung, Verwundbarkeit

Früher konnte man noch sagen: Wenn das Licht ausgeht, holt man die Taschenlampe. Heute bedeutet ein Stromausfall nicht nur Dunkelheit, sondern mitunter auch, dass keine Daten mehr fließen, dass keine U-Bahn mehr fährt, dass die Kommunikation zusammenbricht. Die Komplexität unserer modernen Infrastruktur ist nicht nur

© Foto: Wien Energie/Christian Hofer

ein technologischer Fortschritt, sie ist auch ein potenzieller Krisenmultiplikator.
Strom, Wasser, Gas, öffentlicher Verkehr, digitale Kommunikation, Abfallwirtschaft: Das alles sind hochkomplexe Systeme, die nicht losgelöst voneinander existieren. Wer den Strom abschaltet, bringt die IT in Bedrängnis. Wer die IT lahmlegt, gefährdet unter Umständen die Steuerung von Energieanlagen. Wer den Verkehr unterbricht, hemmt Einsatzkräfte. Und hier kommt der entscheidende Punkt: Kein Unternehmen – nicht einmal Großkonzerne – kann eine Krise im Alleingang bewältigen. Warum? Weil sich Krisen nicht an Organisationsgrenzen halten. Ein IT-Angriff bei einem Zulieferer kann sich binnen Minuten auf Dutzende Systeme ausweiten. Ein Hochwasser kennt keine Eigentumsverhältnisse. Und ein Blackout betrifft nicht nur das Energieunternehmen, sondern die gesamte Stadtgesellschaft – vom Krankenhaus bis zur Bäckerei an der Ecke.

Was Krisenmanagement bedeutet

Oft wird Krisenmanagement mit Feuerwehraktionen verwechselt: Es brennt – wir löschen. Doch das eigentliche Krisenmanagement beginnt lange vor dem ersten Funken.

Vorbereitung ist alles – und nie abgeschlossen.
Krisenmanagement heißt: Pläne machen, Szenarien durchspielen, Lücken erkennen – und dann wieder von vorn. Bei den Wiener Stadtwerken gibt es für jedes Konzernunternehmen spezifische Notfall- und Krisenpläne, aber – und das ist entscheidend – auch konzernweite Strukturen, die im Ernstfall reibungslos ineinandergreifen müssen.
Wir sprechen hier von über zehn Unternehmen – von Wien Energie über die Wiener Linien bis zur Bestattung Wien – mit völlig unterschiedlichen Aufgaben, aber einem gemeinsamen Ziel: das Leben in Wien auch im Krisenfall am Laufen zu halten.
Deshalb gibt es regelmäßige konzernweite Krisenstabsübungen, bei denen etwa ein großflächiger IT-Ausfall oder ein Blackout simuliert werden. Das mag aufwendig erscheinen, doch wer nicht probt, kann im Ernstfall auch nicht performen.

Kommunikation ist das Rückgrat jeder Krisenbewältigung.
In einer Krise ist jede Sekunde kostbar – und jedes Missverständnis potenziell fatal. Deshalb ist eine klare Kommunikationsstruktur unerlässlich. Wer spricht wann mit wem? Wer informiert die Behörden, wer die Öffentlichkeit? Wer hat welche Entscheidungsbefugnisse? Diese Fragen müssen nicht erst gestellt, sondern beantwortet sein – und zwar vor der Krise.

Vertrauen ersetzt keine Prozesse – aber Prozesse ohne Vertrauen sind wertlos.
Das mag paradox klingen, aber es trifft den Kern: Prozesse und Strukturen sind das Gerüst, aber Vertrauen ist das Schmiermittel, das alles in Bewegung hält. Wenn die Kolleginnen und Kollegen aus unterschiedlichen Unternehmen im Konzern einander nur flüchtig kennen, dann wird es im Krisenfall schwierig. Deshalb setzen wir auf Netzwerke, auf persönliche Beziehungen, auf Austausch und gemeinsames Lernen.

Die Wiener Stadtwerke als Modell für Zusammenarbeit

Wien hat nicht nur Kaffeehäuser, sondern auch ein funktionierendes Modell für interdisziplinäres Krisenmanagement. Die Wiener Stadtwerke arbeiten konzernweit in einer Art, die vielleicht nicht spektakulär klingt, aber in ihrer Wirksamkeit beeindruckend ist.
Ein Konzern, viele Stärken:

- Wien Energie und Wiener Netze sorgen für Strom, Fernwärme und Gasversorgung – ein Rückgrat der kritischen Infrastruktur.
- Wiener Linien bewegen täglich über zwei Millionen Menschen –und müssen im Krisenfall auch Evakuierungen oder Versorgungsfahrten stemmen können.
- Wiener Lokalbahnen verbinden Stadt und Umland – ihre Logistik- und Personenverkehrsdienste sind im Ernstfall essenziell für die Versorgungssicherheit.
- Wipark managt Parkgaragen – oft neuralgische Punkte bei Großveranstaltungen oder Katastrophen.
- Wien IT betreibt und schützt die digitalen Systeme des Konzerns – und spielt damit eine Schlüsselrolle bei der Abwehr von Cyberbedrohungen.
- Bestattung Wien und Friedhöfe Wien gewährleisten auch in Ausnahmesituationen würdevolle Abschiede und einen funktionierenden Betrieb im sensibelsten Bereich der Daseinsvorsorge.
- immOH! verantwortet das Immobilienmanagement innerhalb des Konzerns – von strategischer Flächenvorsorge bis zur operativen Objektbetreuung in Krisenzeiten – inklusive Notfallmanagement für kritische Infrastrukturen.



Teamgeist wird auch bei den Wiener Linien großgeschrieben.

© Foto: Simon Wöhrer

- GWSG stellt im Wohnbau nicht nur leistbaren, sondern auch resilienten Wohnraum bereit – eine oft unterschätzte Säule städtischer Krisenresilienz.

All diese Unternehmen haben ihre eigenen Aufgaben, aber im Krisenfall arbeiten sie als Einheit – koordiniert über den zentralen Krisenstab, mit definierten Eskalationswegen, redundanter Kommunikationstechnologie und dem Willen zur Kooperation.

Was dieses Modell auszeichnet:

- Transparenz in der Vorbereitung: Alle Unternehmen wissen, wer was wann zu tun hat.
- Gemeinsame Trainings: Nicht nur Feuerwehr- und Blaulichtübungen, sondern auch Cyber-Krisensimulationen.
- Einheitliche Sicherheitsrichtlinien: Um systemübergreifende Angriffe zu verhindern.
- Redundante Infrastrukturen: Um im Fall eines Ausfalls weiterarbeiten zu können.
- Ein zentrales Lagebild: Damit alle auf derselben Informationsbasis agieren können.

Über den Tellerrand hinaus

Ein gut funktionierendes internes Krisenmanagement ist essenziell, aber nicht ausreichend. Denn keine Stadt, kein Unternehmen, kein Ministerium ist eine Insel. Die Resilienz eines Systems misst sich auch daran, wie gut es mit anderen zusammenarbeitet.

Deshalb sind wir als Wiener Stadtwerke eng vernetzt mit städtischen Behörden, Landesstellen, Einsatzorganisationen und sogar mit anderen Städten. Der Austausch mit der Berufsfeuerwehr, der Polizei, dem Magistrat, dem Innenministerium, aber auch mit dem Bundesheer gehört für uns zum Alltag –nicht nur im Ernstfall, sondern vor allem davor.

Ein Beispiel: Bei einer großangelegten Blackout-Übung wurden nicht nur technische Maßnahmen getestet, sondern auch logistische Fragen: Wie gelangen Einsatzkräfte ohne funktionierenden ÖPNV an ihren Arbeitsplatz? Oder: Wie kommunizieren wir, wenn Handynetze ausfallen?

Dabei wird klar: Krisenmanagement ist kein Verwaltungsakt. Es ist ein multidisziplinäres Zusammenspiel von Menschen mit Expertise, Verantwortung und im Idealfall einem klaren Blick für das Ganze.

Lessons Learned – und was noch zu tun bleibt

Wir leben in einer Zeit, in der sich die Bedrohungslagen verschieben. Naturkatastrophen, Cyberangriffe, gesellschaftliche Spannungen: alles Faktoren, die auch Österreich betreffen. Und dennoch – oder gerade deshalb – sind wir gut beraten, nicht in Schockstarre zu verfallen, sondern aktiv an unserer Resilienz zu arbeiten.



Netzausbau in Niederösterreich: Wiener Netze erweitern das Umspannwerk Ebenfurth.

Was wir gelernt haben:

- Planung ersetzt nicht das Denken: Kein Notfallplan kann jede Eventualität abbilden. Entscheidend ist die Fähigkeit, flexibel zu reagieren.
- Technik ist nur so gut wie die Menschen, die sie bedienen: Investitionen in IT und Infrastruktur sind wichtig, aber ohne kompetente und trainierte Mitarbeitende bleiben sie leere Hüllen.
- Kultur schlägt Struktur: Eine Kultur der Offenheit, des Austauschs und der Verantwortungsbereitschaft ist entscheidender als das schönste Organigramm.
- Fehler sind Lernchancen, wenn man sie analysiert: Nach jeder Übung, nach jeder realen Störung führen wir strukturierte Nachbesprechungen durch. Das ist kein Formalismus, sondern Überlebensstrategie.

Wir brauchen ein neues Narrativ des Zusammenhalts

Krisen sind Prüfsteine – für Systeme, für Institutionen, für Menschen. Und sie sind der Lackmustest für etwas, das in unserer Leistungsgesellschaft gerne übersehen wird: Solidarität, Kommunikation, Verantwortung.

Wenn ich eines mit Sicherheit sagen kann, dann dies: Keine noch so ausgefeilte Technik, kein perfekter Masterplan, keine teure Beratung kann das ersetzen, was wirklich zählt – Zusammenarbeit. Nicht aus Pflicht, sondern aus Überzeugung.

Die Wiener Stadtwerke sind kein Monolith, sondern ein Netzwerk von Unternehmen, das sich seiner Verantwortung bewusst ist. Und genau diese Haltung wünsche ich mir auch auf übergeordneter Ebene – in anderen Städten, in der Politik, in der Gesellschaft.

Denn eines ist sicher: Die nächste Krise kommt. Ob wir ihr gemeinsam begegnen oder isoliert scheitern – das liegt an uns.

Lasst uns vorbereitet sein. Lasst uns vernetzt sein. Lasst uns Verantwortung teilen.

Denn Krisenmanagement ist kein Solo – es ist ein Orchester. Und es ist höchste Zeit, dass wir alle unsere Instrumente stimmen.

© Foto: Wiener Netze/Manfred Tucherl

Die resiliente Stadt – Fiktion oder Wirklichkeit?

Städte sind permanent Risiken ausgesetzt – Klimawandel, Pandemie, Blackout, Cyber Crime oder einfach nur ein wachsendes Aufgabenportfolio, um nur einige zu nennen. Zur Bewältigung benötigen Städte eine hohe Widerstandsfähigkeit. Diese ist im hohen Maß von den finanziellen Spielräumen der Kommunen abhängig. Spielräume, die nicht mehr vorhanden sind.

Seit Beginn der Pandemie kämpfen nicht nur Städte und Gemeinden in Niederösterreich mit finanziellen Schwierigkeiten, sondern in ganz Österreich. Die finanziellen Mittel reichen nicht mehr aus, um die elementaren Aufgaben einer Stadt oder Gemeinde zu erfüllen. Eine Risikovorbereitung findet somit nur wenig Platz im Budget, eine Tatsache die man nicht mehr leugnen kann. Die niederösterreichischen Städte und Gemeinden kämpfen nach wie vor mit steigenden Personalkosten, einerseits durch die Abgeltung der Inflation der letzten Jahre und andererseits durch die steigenden Personalaufnahmen im Kindergartenbereich verursacht durch die Kindergartenoffensive und die zunehmende Zahl an Stützkräften. Die vorhandenen Fördermittel decken nur einen geringen Teil der Ausgaben. Während der Anteil an der Sozialhilfeumlage und der Beitrag zu den Krankenhäusern (NÖKAS-Umlage) kontinuierlich zwischen 6 und 10 Prozent steigt, erfahren die Einnahmen aus Ertragsanteilen kaum eine Erhöhung. Eine interessante Entwicklung, wenn man bedenkt, dass die Gehaltssteigerungen der letzten drei Jahre auch zu einem höheren Steueraufkommen geführt haben und in weiterer Folge durch Investitionen auch eine Mehreinnahme an Umsatzsteuer zu verzeichnen ist.

Die finanziellen Spielräume der niederösterreichischen Kommunen sind kaum mehr vorhanden, Neuverschuldungen sind keine Option und die Kassenkredite explodieren. Die logische Konsequenz ist die Konsolidierung, eine Steigerung der Einnahmen durch Abgaben- und Gebührenerhöhungen und die Streichung von Ausgaben. In diesem Fall sollte man sich die Frage stellen, ob nicht durch die Streichung von essenziellen Ausgaben neue Risiken geschaffen werden, ob in Bereichen der Haftungen, der Amtshaftung oder der Gesundheit, der Sicherheit, dem Schul- und Kindergartenbereich oder in der kritischen Infrastruktur. Die Frage der finanziellen Risikovorsorge, ob im Bereich des Hochwasserschutzes oder in der Bekämpfung der Erwärmung von Stadtzentren, in der Modernisierung der EDV-Anlagen oder in der Blackoutvorsorge stellt sich nicht, wenn die Entscheidung ansteht, ob Löcher in der Straße instandgesetzt werden oder doch der Feuerwehr Atemschutzgeräte gekauft werden sollten.

Was hilft wie schnell?

Derzeit gibt es einige Ansätze neben der Konsolidierung, um die finanzielle Lage zu verbessern, wie Gemeindekooperationen, Erhöhung der Grundsteuer oder auch der Vorsteuerabzug bei Personalgestellung. Hilft das den Städten und Gemeinden tatsächlich, und wenn ja, wie schnell?

Alle angedachten Möglichkeiten führen frühestens in zwei Jahren zu einer eventuellen Erleichterung und der wesentlichste Punkt wurde bis dato noch nicht berücksichtigt, nämlich die Tatsache, dass keine Gemeinde oder Stadt mit einer anderen vergleichbar ist. Jede Kommune hat ihre Spezialitäten und passt oftmals nicht in ein generalistisches Muster. Während die eine hohe Kommunalsteuereinnahmen hat, verfügt die andere über keine Betriebe, hat aber eventuell Tourismusabgaben (außer in Niederösterreich, hier wurden sie den Gemeinden gekürzt), die eine Stadt hat 70 km Gemeindestraßen und die andere nur 20 km, manche haben Grundbesitz, manche keinen, manche sind Zuzugsgemeinden und manche Abgangsgemeinden. Solange man die Basis nicht erkundet, werden viele Maßnahmen nicht zum gewünschten Ziel führen.

Die nächste Krise kommt bestimmt, und dann wird sich zeigen, ob Städte und Gemeinden noch resilient sind. Ich befürchte jedoch, dass es ein böses Erwachen gibt.



René Gneist

Stadtamtsdirektor Bad Vöslau und 1. Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft Stadtamtsdirektoren Niederösterreichs

© Foto: Silke Ebster

Kommunale Resilienz

Wie Gemeinden unter (finanziellem) Druck handlungsfähig bleiben

Dalilah Mitringer und Wolfgang Oberascher, KDZ – Zentrum für Verwaltungsforschung

Teuerung, steigende Personalkosten, Investitionsdruck, neue Aufgaben – viele österreichische Gemeinden erleben derzeit, was Resilienz im härtesten Sinn bedeutet: den Umgang mit Dauerstress.

Während der Begriff „Resilienz“ im öffentlichen Diskurs im Zusammenhang mit Sicherheitsfragen, Umweltkatastrophen oder Cyberabwehr gesehen wird, setzt Resilienz eigentlich schon viel früher an – nämlich in einer persönlichen und organisatorischen Dimension. Sie entscheidet darüber, ob Verwaltung und Politik auch unter Engpässen handlungsfähig bleiben.

Der finanzielle Druck als Stresstest

Resilienz beschreibt – so das KDZ-Whitepaper „Resiliente Gemeinden“ – die Fähigkeit, Krisen nicht nur zu überstehen, sondern aus ihnen zu lernen und daraus zu wachsen. Im Zentrum steht das Wechselspiel zwischen Robustheit und Anpassungsfähigkeit. Robustheit gibt Stabilität in unsicheren Zeiten, während Anpassungsfähigkeit ermöglicht, auf neue Bedingungen flexibel zu reagieren.

Übertragen auf die aktuelle Haushaltslage vieler Gemeinden bedeutet Robustheit stabile Einnahmen, eine solide Haushaltssteuerung und strategische Rücklagenbildung. Anpassungsfähigkeit hingegen zeigt sich in der Bereitschaft, Prioritäten neu zu setzen, Kooperationen einzugehen und mit knappen Mitteln neue Wege zu finden.

Der finanzielle Druck wirkt damit wie ein Stresstest für kommunale Resilienz: Er zwingt Verwaltungen und politische Entscheidungsträger:innen, Strukturen zu hinterfragen, Routinen zu überdenken und sich auf das Wesentliche zu konzentrieren.

Resilienz hat viele Stellschrauben

Viele Gemeinden reagieren auf finanzielle Engpässe mit linearen Kürzungen. Doch Resilienz entsteht nicht durch Reduktion, sondern durch intelligente Anpassung und Fokussierung darauf, mit den vorhandenen Mitteln das Maximum an Wirksamkeit zu erzielen.

Ein zentrales Element ist die strategische Vorausschau – jene Fähigkeit, Risiken frühzeitig zu erkennen und sich auf unterschiedliche Szenarien vorzubereiten. Gemeinden, die systematisch analysieren, wo ihre (finanziellen) Schwachstellen liegen, können rechtzeitig gegensteuern. Dazu gehören auch Controlling-Instrumente, die Finanz- und Leistungsdaten



Regio Feldkirch-Vorderland: Bürger:innencafé

© Foto: www.vorderland.com

zusammenführen, um politische Entscheidungen evidenzbasiert abzusichern.

Personalpolitik:
Menschen als Schlüssel der Resilienz

Finanzielle Engpässe treffen nicht nur Budgets, sondern auch Menschen. Pensionierungswellen stehen bevor, wodurch viel Wissen verloren gehen kann. Manche Stellen werden nicht nachbesetzt, und wenn doch, dann haben junge Talente andere Erwartungen an Arbeitgeber:innen als frühere Generationen. Unter diesen Bedingungen wird Personalmanagement zur strategischen Kernaufgabe.

Die Gemeinden, die laufend in Qualifikation und Weiterbildung investieren sowie flexible Arbeitsmodelle einführen, bauen sich dadurch auch Handlungsspielräume. Die Marktgemeinde Schwarzach im Pongau etwa hat die 4-Tage-Woche eingeführt – ein Schritt, der zunächst als Experiment begann und heute die Zufriedenheit und Bindung der Mitarbeiter:innen stärkt. Solche Maßnahmen sind kein Luxus, sondern Ausdruck vorausschauender Personalpolitik. Wer seine Belegschaft stärkt, stabilisiert das gesamte System.

Führung und Kommunikation:
das Um und Auf in der Unsicherheit

Finanzielle Resilienz beginnt nicht erst im Budget, sondern in der Haltung jener, die Verantwortung tragen. Führungskräfte in Städten und Gemeinden stehen vor der schwierigen Aufgabe, zugleich Stabilität zu gewährleisten, wo (gesetzliche) Verlässlichkeit gefragt ist, und Veränderung zuzulassen, wo bestehende Strukturen und Prozesse an Grenzen stoßen.

Führung ist am Ende vor allem eine kommunikative Aufgabe, insbesondere wenn schmerzhafte Veränderungen bevorstehen. Es braucht Transparenz gegenüber Politik, Mitarbeitenden und Bevölkerung, damit Prioritätensetzungen nachvollziehbar bleiben. Wer Vertrauen schafft, gewinnt Handlungsspielraum – auch bei unbequemen Entscheidungen. Eine offene Fehler- und Lernkultur ist Voraussetzung, um Innovationen zu ermöglichen. Führungskräfte, die ihre Selbstbefähigung des Personals fördern, ein offenes Ohr für die Expertise ihrer Mitarbeiter:innen haben und Räume schaffen, in denen Wissen geteilt wird, schaffen dadurch die Grundlage für Resilienz in der Organisation. Denn Vertrauen ist kein „weiches" Thema – es ist der zentrale Stabilitätsfaktor jeder Organisation.

Beziehungen als Währungsreserve

Wenn Geld knapp wird, wird Sozialkapital unbezahlbar. Ein starkes Sozialkapital – also die Kultur von vertrauensvollen Beziehungen zu Bürger:innen, Kolleg:innen, Vereinen und Unternehmen – ist nämlich das zweite Standbein kommunaler Resilienz.

Durch die laufende Pflege und Stärkung der zwischenmenschlichen Beziehungen zu Personal und Stakeholdern einer Gemeinde können Räume für Innovationen entstehen und auch die Identifikation mit dem Lebensort gefördert werden. Solidarität und Verantwortungsgefühl von Menschen steigen, wenn man sich mit der Gemeinde verbunden fühlt. In Zeiten begrenzter Mittel können im Idealfall funktionierende Netzwerke Aufgaben übernehmen, die der öffentliche Sektor allein nicht mehr stemmen kann.

Beispiele, wie das langjährig aufgebaute Beteiligungssystem der Marktgemeinde Götzis, zeigen, wie stark Gemeinden werden, wenn Verwaltung, Zivilgesellschaft und Politik an einem Strang ziehen. Aber auch die Stadt Traiskirchen hat mit einer eigenen Ehrenamtskoordination eine Verbindungsstelle zu Vereinen und Zivilgesellschaft geschaffen. Eine solche Beziehungsarbeit braucht Zeit, aber sie zahlt sich aus – nicht nur in Krisen, sondern auch im Alltag.

Kooperation als Antwort auf strukturelle Engpässe

Arbeit an der eigenen Resilienz endet nicht an der Gemeindegrenze. Angesichts begrenzter finanzieller Ressourcen wird interkommunale Zusammenarbeit zum entscheidenden Instrument, um Synergien zu nutzen und Doppelsysteme zu vermeiden.

Der Verband Regio Vorderland-Feldkirch etwa hat ein gemeinsames Bauamt etabliert, das für mehrere Gemeinden zentrale Planungs- und Infrastrukturaufgaben übernimmt. So werden Fachwissen, Kapazitäten und Kosten geteilt. Ähnlich setzt der Zukunftsraum Lienzer Talboden auf regionale Kooperation in Fragen der Raumplanung, Digitalisierung und Klimawandelanpassung.

Kooperationen wie diese zeigen, dass Resilienz nicht durch Abgrenzung, sondern durch Vernetzung entsteht. Gemeinden, die sich zusammenschließen, erhöhen ihre Handlungsspielräume – nicht nur finanziell, sondern auch strategisch. Sie werden zu regionalen Akteurinnen, die gemeinsam auf Herausforderungen reagieren können, anstatt sie einzeln zu schultern.

Die Haltung entscheidet

Die Herausforderungen der Gegenwart sind real und werden nicht rasch verschwinden.

Doch gerade dieser Druck eröffnet die Chance, Resilienz als zukunftsweisendes Prinzip kommunaler Steuerung zu begreifen. Resiliente Gemeinden sind jene, die den Mut haben, Bestehendes zu hinterfragen, Neues zu wagen und Vertrauen und Beziehungen als Ressource zu pflegen. Sie schaffen stabile Finanzen nicht durch Stillstand, sondern durch Bewegung – durch vorausschauende Planung, klare Prioritäten, kooperative Strukturen sowie eine starke und offene Organisation.

Das KDZ-Whitepaper „Resiliente Gemeinden" zeigt, dass Resilienz nicht am Krisenrand beginnt, sondern im Zentrum des Verwaltungshandelns. Gerade in Zeiten finanzieller Knappheit wird sie zum entscheidenden Erfolgsfaktor.

INFOBOX

Das Whitepaper „Resiliente Gemeinden" entstand aus einem Netzwerk aus kommunalen Praktiker:innen, die sich regelmäßig zu diesem Thema ausgetauscht haben. Das Whitepaper steht kostenlos zum Download unter www.kdz.eu/de/resiliente-gemeinden bereit.

Werte, Wirkung, Widerstandskraft

Der Wien Holding-Weg zur resilienten Stadt



Was ist eine resiliente Stadt?

Eine resiliente Stadt hält Krisen nicht nur stand, sondern wächst an ihnen. Sie verbindet wirtschaftliche Stabilität mit sozialem Zusammenhalt, ökologischer Verantwortung und einer lernfähigen, anpassungsbereiten Verwaltung. Für eine Stadt bedeutet Resilienz mehr als Robustheit oder Widerstandsfähigkeit, sie beschreibt vielmehr die Fähigkeit, Herausforderungen früh zu erkennen, flexibel darauf zu reagieren und Strukturen zu schaffen, die Lebensqualität sichern. Genau hier setzt die Wien Holding mit ihrem breiten Portfolio an Kultur-, Infrastruktur- und Innovationsprojekten an.

Gemeinwohl schafft Widerstandskraft

Wie stark Verantwortung und wirtschaftliche Kraft zusammenwirken, zeigte das dritte „Gemeinwohl-Frühstück" von Urban Innovation Vienna: Fünf Wien-Holding-Unternehmen – die Vereinigten Bühnen Wien, das Mozarthaus Vienna, die Internationalen Büros der Stadt Wien, Viennabase und die UIV – wurden für ihre erfolgreiche Bilanzierung nach den Werten der Gemeinwohl-Ökonomie ausgezeichnet. Diese Form der Bilanzierung macht sichtbar, welchen Beitrag Unternehmen zum sozialen, ökologischen und gesellschaftlichen Mehrwert leisten – ein zentraler Faktor für eine Stadt, die Zukunftsorientierung und Krisenfestigkeit verbindet.

Werteorientierung als Grundlage

„‚Mehr Wien zum Leben' beschreibt unseren Auftrag – Lebensqualität für Wien zu schaffen", betont Wien Holding-Geschäftsführer Oliver Stribl. Gemeinwohlorientierung übersetzt diesen Anspruch in eine messbare Wirkung und ergänzt die Finanzbilanz um eine zweite Ebene. Mitarbeitende, die sehen, welchen Beitrag ihre Arbeit zur Stadt leistet, entwickeln Motivation, Bindung und Stolz – wichtige Komponenten, die Organisationen stabil und widerstandsfähig machen.

Resilienz beginnt bei den Menschen: UIV Urban Innovation Vienna

Resiliente Städte brauchen Arbeitgeberkulturen, die Menschen langfristig stärken. Die UIV Urban Innovation Vienna wurde für ihre familienfreundliche Ausrichtung mit dem staatlichen Gütezeichen „beruf und familie" ausgezeichnet. Flexible Arbeitszeiten, familienfreundliche Meeting-Routinen und eine unterstützende Arbeitsumgebung sorgen dafür, dass sich niemand zwischen Karriere und Familie entscheiden muss. Ein umfassendes Auditing bestätigte die bestehenden Maßnahmen und definierte weitere Schritte – etwa einen Friends & Family Day oder klar geregelte Rahmenbedingungen für längere Auszeiten.

Familienfreundlichkeit bei Viennabase

Bei Viennabase, dem Betreiber von vier Studierendenheimen der Wien Holding, ist Familienfreundlichkeit seit langem gelebte Praxis. Flexible Arbeitszeitmodelle, Homeoffice-Möglichkeiten, individuelle Lösungen für besondere Lebenssituationen und eine wertschätzende, unterstützende Unternehmenskultur erleichtern den Mitarbeitenden die Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Dieses Engagement wurde nun ebenfalls mit dem staatlichen Gütezeichen gewürdigt. Im Rahmen der Zertifizierung wurde eine umfassende Evaluierung durchgeführt, die bestehende Maßnahmen prüfte und den Bedarf für weitere Angebote identifizierte. Die Auszeichnung bestätigt das kontinuierliche Bestreben des Unternehmens,



© Fotos: David Bohmann (3), Viennabase, Harald Schlossko







Bewusstsein für unterschiedliche Lebensrealitäten zu schaffen und praxisnahe Lösungen für bessere Vereinbarkeit zu entwickeln.

Hafen Wien: gelebte Unterstützung

Auch der Hafen Wien wurde – gemeinsam mit seinem Tochterunternehmen Terminal-Sped – mit dem Gütesiegel „beruf und familie" ausgezeichnet. Kinderbetreuung, flexible Lösungen in fordernden Lebensphasen und nachhaltige Rahmenbedingungen gehören dort seit Jahren zur gelebten Praxis. Workshops zu Führungskultur, Kommunikation und Angehörigenbetreuung begleiteten den Zertifizierungsprozess und halfen, die Angebote gezielt weiterzuentwickeln.

Wien Holding als Treiberin der Resilienz

Mit Investitionen in Kultur, Innovation, Klimaschutz, Mobilität, internationale Vernetzung und qualitätsvolle Wohnangebote stärkt die Wien Holding jene Strukturen, die Resilienz im Alltag sichtbar machen. Kulturelle Einrichtungen schaffen Teilhabe, Innovationsprojekte fördern klimagerechte Lösungen, internationale Büros vernetzen Wien global, und Wohnangebote wie Viennabase geben jungen Menschen stabile Lebensräume.

Verantwortung, die wirkt

Die aktuellen Auszeichnungen zeigen: Die Wien Holding lebt jene Werte, die Wien zu einer der resilientesten Städte der Welt machen – Gemeinwohlorientierung, soziale Innovation und eine Unternehmenskultur, die Menschen stärkt. So entsteht ein Wien, das Krisen nicht nur bewältigt, sondern daraus lernt, wächst und seine Zukunft aktiv gestaltet.



Österreichische Cyber Security Challenge 2025 in Bregenz

Digitale Souveränität in Österreich

Österreichs digitale Lebensadern verlaufen durch Gemeindeämter, Rathäuser, Magistrate, Bezirkshauptmannschaften, Bundesdienststellen und kommunale Unternehmen. Angriffe werden zunehmen, Abhängigkeiten sind gewachsen und verstärken sich. Warum Gemeinden und Städte jetzt auf Cyber-Resilienz setzen müssen.

Franz Hoheiser-Pförtner, Vorstand Cyber Security Austria

Bei digitaler Resilienz geht es um den Alltag in Kindergärten, Schulen, Gesundheitseinrichtungen, Wasserverbänden, Abfallwirtschaftsverbänden, Elektrizitätsverbänden, gemeinnützigen Bau-, Wohn- und Siedlungsgenossenschaften, Sozialdiensten, Verwaltungseinrichtungen, Verkehrsbetrieben und Stadtwerken. Die digitalen Services sind das Rückgrat der Kommunen, die all diese Systeme verbinden – und genau dort setzt die Cyber-Bedrohung an.

Cyber-Angriffe treffen nicht „nur die IT“

Erpressungstrojaner, Identitätsdiebstahl, Manipulation von Lieferketten, unbefugte Fernzugriffe auf Steuerungssysteme der Ver- und Entsorgung – kommunale IT ist längst kritische Infrastruktur. Wenn digitale Abläufe, Leitstände oder Kommunikationskanäle ausfallen, ist das kein technisches Randproblem. Es erschwert oder legt Krankenhäuser, Pflege- und Betreuungszentren, Wasser-, Abwasser- und Elektrizitätsanlagen lahm, verzögert Auszahlungen, behindert Schul- und Kindergartenbetriebe und verursacht einen weiteren Vertrauensverlust der Bevölkerung. Auch die sich rasant wandelnde geopolitische Lage entwickelt sich zunehmend von einem Risiko zu einer konkreten Bedrohung für die digitale Daseinsvorsorge. Desinformationskampagnen, Technologie- und Lieferkettenabhängigkeiten sowie „Presidential Orders“ zeigen gleichermaßen, wie verletzlich wir geworden sind. Für Österreichs Kommunen bedeutet das: Digitale Souveränität, Datenhoheit und Resilienz müssen als Kernaufgaben verstanden und aktiv ausgebaut werden!

Wo Abhängigkeiten gewachsen sind – und warum sie uns verwundbar machen

- Plattform-Ökosysteme. Österreichs Verwaltung arbeitet mit eng verzahnten E-Mail-, Office-, Datei- und Chatlösungen weniger globaler Anbieter. Das ist effizient – aber störanfällig. Die Abhängigkeit erkennen wir leider erst, wenn ein Kettenglied bricht (z. B. AWS-Ausfall).
- Cloud Computing und digitale Abläufe. Zahlreiche Anwendungen und digitale Abläufe werden zunehmend außerhalb eigener Rechenzentren betrieben. Herstellereigene Schnittstellen, komplexe

© Foto: M. Squarcina CSA

Verträge und außereuropäische Rechtsräume erschweren im Krisenfall den Wechsel oder die Rückholung dieser Anwendungen und der digitalen Abläufe.

- Betriebssysteme und Spezialsoftware. Historisch gewachsene Fachanwendungen erwarten bestimmte Umgebungen. Wenn genau diese Umgebung kompromittiert oder nicht verfügbar ist, stehen die digitalen Abläufe – samt Zahlungen, Terminen, Bescheiden usw. – still.
- Identitäten und Wallets. Die elektronische Identitätsüberprüfung ist Dreh- und Angelpunkt vieler digitaler Verwaltungswege. Die zusätzliche Einbindung von Apple- oder Android-Wallets erhöht Reichweite und Komfort – aber auch die Abhängigkeit von Plattformen, deren Regeln und Update-Zyklen. Ohne staatliche Referenz-App und europäisch abgestimmte Alternativen entsteht schnell ein Nadelöhr, das Österreich nicht selbst ermächtigt und steuert.
- Digitale Schlüssel- und Datenhoheit. Kryptografische Schlüssel und sensible Register gehören in europäisch kontrollierte Infrastrukturen, damit im Ernstfall keine technischen und rechtlichen Lücken entstehen – besonders für kommunale Unternehmen mit Versorgungsauftrag.
- Menschen und Fähigkeiten. Resilienz ist kein fertiges Produkt. Es braucht Security-Spezialist:innen, die Vorfälle einordnen, Gegenmaßnahmen priorisieren, Forensik beherrschen und Lieferketten verstehen. Ohne dieses menschliche Know-how wird jede digitale Investition und Innovation zum Placebo.

KI ist ein Verstärker

Künstliche Intelligenz kann unterstützen, aber sie löst unsere Abhängigkeiten nicht – sie verstärkt sie: Leistungsfähige KI-Modelle liegen bei wenigen Anbietern, Schnittstellen und Preise ändern sich einseitig, Entscheidungswege bleiben sehr schwer prüf- und nachvollziehbar, der Rechen- und Datenbedarf bindet an bestimmte Cloud- und Hardware-Ökosysteme. Im Kontext der digitalen Souveränität ist KI daher Werkzeug – nicht Betreiber. Sie entfaltet Nutzen, wenn die EU und Österreich die Datenräume steuern, Schnittstellen offen und Entscheidungen demokratisch verantwortet bleiben. Andernfalls wird KI die ohnehin schon bestehenden Abhängigkeiten dramatisch vergrößern.

Die Rolle der Kommunen

Österreichs Städte und Gemeinden sind die erste staatliche Linie: Sie betreiben oder steuern die Leistungen für Bürger:innen – von der Gesundheitsversorgung über Trinkwasser, Abwasser, Elektrizität, Müllabfuhr und Verkehr bis zu Wohnen und sozialen Diensten. Kommunale Unternehmen bringen zusätzliche operative Komplexität: Fernwirknetze, IoT-Geräte und externe Dienstleisterketten. Die Sichtweisen von Gemeinden, Städten, Ländern und Bund spielen in der Cyber-Resilienz eine wichtige Rolle und müssen gleichwertig berücksichtigt werden, wenn es um Identitätsdienste, Datenräume, Cloud-Strategien, Datenspeicher oder die Absicherung kritischer Prozesse geht.

Souveränität als österreichischer Weg

„Alles selbst machen" ist genauso unrealistisch wie „alles auslagern". Ein österreichischer Souveränitätsansatz liegt dazwischen:

- Austauschbarkeit durch offene Standards, dokumentierte Exportpfade und klar definierte Rollen der Betreibenden,
- Transparenz durch nachvollziehbare, revisionssichere IT-Protokolle und überprüfbare IT-Sicherheitsmaßnahmen,
- Schlüsselhoheit durch EU-basierte Schlüsselverwaltung,
- Kompetenz durch eigene Teams in Gemeinden, Ländern und Bund und durch IT-Ausbildung

In dieser Logik sind auch Ideen wie eine föderierte „Austria-Cloud" oder ein gehärteter Verwaltungs-Client („Austrix") zu verstehen: nicht als Dogma, sondern als mögliche Bausteine, die Portierbarkeit, Browser-basierte Fachverfahren, europäische Schlüsselverwaltung und klare Betreibendengrenzen stärken. Ob solche Bausteine entstehen, ist eine Frage gemeinsamer Prioritäten und der Bereitschaft, Kompetenzen in Österreich sowie in Europa gemeinsam umzusetzen.

Ausbildung macht den Unterschied

Ohne Menschen gibt es keine Resilienz. Österreich braucht – quer durch alle Bundesländer – Security-Rollen, die nicht nur „bedienen", sondern entscheiden können: „Cloud- und Security Operation Center (SOC)"-Betrieb, Kryptografie und Public Key Infrastructure (PKI), sichere Software-Lieferketten, Identitäts- und Wallet-Standards, IT-Vorfalls-Reaktion und Forensik. Das österreichische Bundesheer, das auf Linux und offene Standards setzt, zeigt: Ein Richtungswechsel ist möglich, wenn Ziel und Governance zusammenpassen.

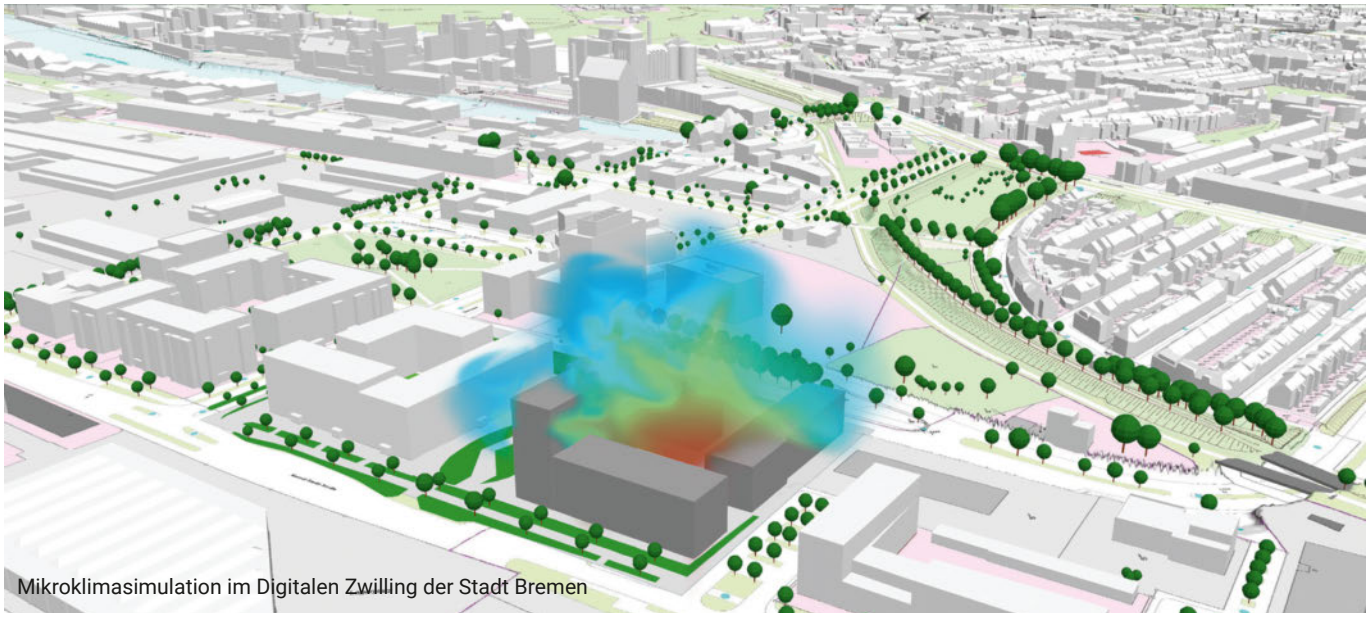
Gemeinsam denken, statt isoliert handeln

Digitale Resilienz akzeptiert, dass Störungen passieren – und legt den Fokus auf Handlungsfähigkeit: Welche Verfahren sind kritisch? Wo liegen Daten, wer hält die Schlüssel? Welche Alternativwege (Papier, Offline, Ersatzsysteme ...) sind vorbereitet? Wie sieht Bürger:innenkommunikation im Notfall aus? Wer entscheidet in den ersten 60 Minuten? Städte, Gemeinden, Länder und Bund finden darauf eigene Antworten – wichtig ist, dass diese Antworten existieren, verstanden, aufeinander abgestimmt und geübt werden, um sich nach einem Störfall rasch zu erholen oder an veränderte Bedingungen anzupassen.

Die Zusammenarbeit von Bund, Ländern, Städten und Gemeinden ist auch in der Digitalisierung mehr als Budgetabstimmung – sie ist Technologiepolitik. Hier gehören Architektur, Organisation, Beschaffung, Betrieb, Recht und Ausbildung an einen Tisch. Die kommunale Sicht mit der operativen Erfahrung aus Gesundheit, Wasser, Abfall, Energie, Wohnen und Verkehr ist dabei kein Anhängsel, sondern Voraussetzung für digitale Lösungen, die österreichweit – oder idealerweise in einem gemeinsamen europäischen Verbundsystem – funktionieren.

INFOBOX

www.verbotengut.at



Mikroklimasimulation im Digitalen Zwilling der Stadt Bremen

KI als Resilienzverstärker

Wie technologische Innovation hilft, Städte robuster und anpassungsfähiger zu machen

Wolfgang Oberascher und Dalilah Mitringer, KDZ – Zentrum für Verwaltungsforschung

Die kommunale Ebene bildet das Rückgrat staatlicher Daseinsvorsorge. Gemeinden und Städte stehen zunehmend unter Druck: steigende Anforderungen, Fachkräftemangel, begrenzte Budgets und der Wunsch nach mehr Bürger:innennähe. In diesem Kontext gewinnt der Begriff Resilienz – die Fähigkeit, Krisen zu bewältigen und sich an veränderte Bedingungen anzupassen – an Bedeutung. Eine Schlüsselrolle kann dabei die künstliche Intelligenz (KI) spielen. Resilienz bedeutet für Kommunen, robust, lernfähig und anpassungsfähig zu sein – etwa bei Naturereignissen, Pandemien oder gesellschaftlichen Umbrüchen. Es geht um die Fähigkeit, Verwaltungsprozesse aufrechtzuerhalten, Bürger:innen zu unterstützen und innovativ auf neue Herausforderungen zu reagieren.

Was heißt das konkret?

Künstliche Intelligenz bietet Werkzeuge, um Verwaltungsabläufe zu automatisieren, Entscheidungen datenbasiert zu treffen und Serviceangebote zu verbessern. Sie kann Routineaufgaben übernehmen, Muster erkennen und Prognosen erstellen – und damit die Resilienz von Kommunen stärken.

An dieser Stelle sei aber auch eine kritische Reflexion der „Allmacht der KI“ erlaubt. Denn nicht überall, wo KI draufsteht, ist KI enthalten, sondern tatsächlich nur fortgeschrittene Automatisierung. Beispielsweise können Datenanalysen oder workflowbasierte Prozesse hoch automatisiert sein, ohne eine echte „intelligente“ Komponente zu besitzen.

Dennoch ist das Potenzial der Automatisierung in Österreichs Städten und Gemeinden noch längst nicht ausgeschöpft. Professionell umgesetzt, kann sie viele interne Prozesse erleichtern und Mitarbeitenden Zeit für komplexere Aufgaben verschaffen. Doch zurück zur Resilienzdebatte im Kontext der künstlichen Intelligenz – was macht unsere Städte und Gemeinden robuster, was macht sie anpassungsfähiger?

Ein stabiles Fundament

Auch wenn dies oft der am wenigsten glamourös erscheinende Aspekt ist, gehört er zu den zentralen Merkmalen moderner KI-Systeme: Jedes KI-System ist nur so gut, wie die Qualität der zugrundeliegenden Daten. Dies würdigt auch der AI-Act mit Artikel 10, welcher sich mit dem Thema der Daten und Daten-Governance auseinandersetzt.

Gleichzeitig stehen KI-Systemen in der Praxis oft nur eingeschränkte Datenbestände zur Verfügung – aus Datenschutzgründen, wegen restriktiver Schnittstellen oder organisatorischer Hürden.

Das Ergebnis zeigt sich im so oft gesehenen Halluzinieren: KI-Systeme erzeugen Antworten auf Basis von Plausibilitäten, wenn ihnen keine ausreichenden oder

© Abbildung: Stadt Bremen

qualitativ hochwertigen Daten zur Verfügung stehen. Aus diesem Grund ist gute Datenqualität für jede Stadt und Gemeinde essenziell. Als weitere Elemente der Robustheit können konsistente und rechtssichere Entscheidungen im Verwaltungshandeln angesehen werden. Moderne KI-Systeme werden hier zum Beispiel schon im Bereich der baubehördlichen Genehmigungen zur (Vor-) Beurteilung von Einreichplänen in Übereinstimmung mit einschlägigen Rechtsnormen (Bauordnungen, OIB Normen u. Ä.) eingesetzt.

Ein anderes Beispiel liegt im Feld der Raumplanung, wo KI-Systeme große Datenmengen analysieren können und etwa Verkehrsströme prognostizieren oder auch ganze Stadtentwicklungskonzepte modellieren können. Dazu werden Simulationen in digitalen Zwillingen durchgeführt. KI-Systeme können zudem Schwachstellen in IT-Landschaften analysieren und reduzieren, damit die Angriffsfläche und Exponiertheit der Arbeitsinfrastruktur der Dienstleistungsorganisation Gemeinde abnimmt.

Flexibel in einer volatilen Welt

Betrachtet man die zweite Kerngröße der Resilienz, nämlich die Anpassungsfähigkeit, lassen sich hier vielleicht sogar noch mehr Anwendungsbeispiele finden.

KI-Systeme können große Datenmengen analysieren, Muster erkennen und Frühwarnmechanismen aktivieren – etwa in der Haushaltsplanung. Dadurch lassen sich finanzielle Überraschungen am Jahresende vermeiden. Eine erhöhte Anpassungsfähigkeit fördert zudem auch interne Prozesse. Wenn sich gesetzliche Grundlagen ändern, können Prozesse automatisch angepasst werden. Interne Wissensdatenbanken lassen sich mithilfe großer Sprachmodelle (LLMs) gezielt abfragen. Idealerweise werden moderne ELAK-Systeme mit KI-Lösungen kombiniert.

Resiliente KI als Zukunftschance

Diese Beispiele zeigen, was KI-Systeme zur kommunalen Resilienz beisteuern können. Aus heutiger Sicht können diese Beiträge mannigfaltig sein – es muss jedoch auch die Schlussfolgerung erlaubt sein, dass ohne die intensive Arbeit an Datenqualität und Datenverknüpfung das volle Potenzial von KI-Systemen nicht ausgeschöpft werden kann.

Das bedeutet, dass bereits erste Schritte hin zu mehr Resilienz durch KI unternommen wurden – mit beachtlichen Ergebnissen. Nun gilt es, KI-Systemen Zugang zu jenen Daten zu ermöglichen, die für fundierte Entscheidungen nötig sind.

Ohne strukturierte Data-Governance und sorgfältige Datenaufbereitung durch Menschen wird das kaum gelingen.

RENEXPO
CONNECT ENERGIES
19. – 20. März 2026
Messezentrum Salzburg
Fachmesse für die Energie der Zukunft.

www.renexpo.at
MESSE ZENTRUM SALZBURG



Erneuerbare Energie

Wie Windkraftanlagen dazu beitragen, dass Städte und Gemeinden resilienter werden und unsere Umwelt noch lebenswerter wird

Die Energiewende beginnt vor Ort – und Städte sowie Gemeinden spielen dabei eine Schlüsselrolle. Gerade die Windkraft bietet enorme Chancen: Sie stärkt die Unabhängigkeit von internationalen Energiemärkten und leistet einen maßgeblichen Beitrag zum Klimaschutz.
In Kombination mit anderen Maßnahmen wie Photovoltaik und Batteriespeicher wird Windkraft zur tragenden Säule einer zukunftssicheren Energieversorgung. Die Errichtung von Windkraftanlagen schafft nicht nur Arbeitsplätze in der Region, sondern erhöht auch die Resilienz von Gemeinden – und das in wirtschaftlicher wie ökologischer Hinsicht.

Öko-Maßnahmen tragen Früchte – und Blüten

Die Windkraft ist ein zentraler Pfeiler der erneuerbaren Energiezukunft in Österreich. Mit über 1.450 Windrädern und einer installierten Leistung von mehr als 4.000 MW deckt sie rund 16 % des heimischen Strombedarfs. Doch der Ausbau der Windenergie bringt nicht nur technische und wirtschaftliche Herausforderungen mit sich – auch ökologische Aspekte spielen eine entscheidende Rolle. Um den Eingriff in Naturräume auszugleichen, werden sogenannte Begleitmaßnahmen geschaffen. Diese dienen dem Schutz und Erhalt wertvoller Lebensräume und der Artenvielfalt.

Naturschutz trifft Energiezukunft

Die EVN, größter Windkraftbetreiber in Niederösterreich, geht mit gutem Beispiel voran. Insgesamt verwaltet die EVN Naturkraft – ein 100-%-Tochterunternehmen der EVN AG – rund 255 ha naturschutzfachlich betreute Flächen, darunter 192 ha Ausgleichsflächen, 53 ha Forst- und Horstschutzflächen sowie etwa 10 ha Totholzflächen. Diese Flächen sind nicht nur ökologisch wertvoll, sondern auch ein sichtbares Zeichen dafür, wie Energiewirtschaft und Naturschutz Hand in Hand gehen können.

Ein besonders eindrucksvolles Beispiel ist das rund 6 ha große Schwarzstorchbecken im Weinviertel, das eine Wasserfläche von rund 3,5 ha hat. Hier lassen sich regelmäßig bis zu 50 verschiedene Vogelarten beobachten – ein Hotspot der Biodiversität. Auch für seltene und gefährdete Arten wie Kiebitze, Rotmilane, Wiesenweihen und Schwarzstörche wurden gezielt Lebensräume geschaffen.
Diese Maßnahmen sind Teil eines umfassenden ökologischen Konzeptes. Die Flächen werden regelmäßig gepflegt und ökologisch überwacht. Ziel ist es, nicht nur den Status quo zu erhalten, sondern aktiv zur Verbesserung der ökologischen Situation beizutragen.

Welche Maßnahmen sind die richtigen?

Begleitmaßnahmen für ein Windkraftprojekt könnten unterschiedlicher nicht sein. Was genau umgesetzt werden soll, entscheidet sich im Rahmen der Genehmigung. Nachdem die zuständige Be-

© Alle Fotos: EVN/Daniela Matejschek

hörde das Projekt in verschiedenen Fachbereichen auf Herz und Nieren geprüft hat, wird – bei Einhaltung sämtlicher Rahmenbedingungen – ein Genehmigungsbescheid vergeben. In diesem Bescheid sind dann auch die jeweils umzusetzenden Ausgleichsmaßnahmen angeführt.
Handelt es sich um einen Windpark im Wald, werden meist Ersatzaufforstungen (z. B. im Verhältnis 2:1) notwendig. Anders kann aber auch die Schaffung von Lebensräumen für bestimmte Tier- und Pflanzenarten gefordert sein. Ein Beispiel: Die sogenannten „Bienenfresserwände“ bieten mit Sandwänden Brutplätze für die farbenprächtigen Zugvögel, die in Österreich nur an wenigen Standorten vorkommen.

Wir haben viel geschafft – und haben noch viel vor

EVN-Sprecher Stefan Zach ist sich sicher: „Die Bedeutung solcher Ausgleichsflächen wächst mit dem weiteren Ausbau der Windkraft. Bis 2030 soll die installierte Windkraftleistung der EVN von aktuell rund 500 MW auf 770 MW ausgebaut werden. Damit steigt auch die Verantwortung, Natur und Landschaft nachhaltig zu schützen.“ Die Erfahrungen der EVN zeigen: Mit durchdachten Maßnahmen und einem klaren Bekenntnis zum Naturschutz lassen sich erneuerbare Energiezukunft und Artenvielfalt miteinander vereinbaren. Die Ausgleichsflächen sind dabei nicht nur ein ökologischer Beitrag, sondern auch ein Symbol für eine zukunftsfähige Energiepolitik, die Mensch und Natur gleichermaßen berücksichtigt. „Unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter können sehr stolz darauf sein, welchen Beitrag wir im Rahmen unserer Projekte zu Biodiversität und Artenvielfalt in Niederösterreich leisten“, so Zach.

FAKTENCHECK: WARUM STEHEN WINDRÄDER STILL?

EVN-Sprecher Stefan Zach beantwortet Fragen zur Windkraft, die immer wieder gestellt werden.

ÖGZ: Wer an einem Windpark vorbeifährt und sieht, dass sich das eine oder andere Windrad nicht dreht, fragt sich schnell: ‚Funktionieren die überhaupt?‘
Stefan Zach: Es gibt viele Gründe, warum Windräder zeitweise stillstehen. Der offensichtlichste: Es weht kein oder zu wenig Wind. Ohne ausreichende Windgeschwindigkeit können die Rotorblätter keine elektrische Energie erzeugen. Besonders bei sehr schwachem Wind sieht man oft ein gemischtes Bild – einige Windräder drehen sich, andere nicht. Das liegt daran, dass jede Anlage mit einem eigenen Windmesser ausgestattet ist. Sie „entscheidet“ selbst, ob genug Wind vorhanden ist, um Strom zu produzieren.

Wie sieht es bei sehr starkem Wind oder Sturm aus?
Auch zu viel Wind kann ein Problem sein. Bei extremen Windgeschwindigkeiten – etwa über 100 km/h – schalten sich Windräder aus Sicherheitsgründen automatisch ab. Die Rotorblätter drehen sich dann aus dem Wind, um Schäden zu vermeiden. Übrigens kann auch Kälte ein Grund sein. Im Winter kann sich bei bestimmten Wetterlagen Eis an den Rotorblättern bilden. Sensoren erkennen das und schalten die Anlage automatisch ab. Nachdem das Eis abgefallen ist, wird sie wieder in Betrieb genommen.

Welche Gründe gibt es noch für stillstehende Windräder?
Ein häufiger Grund sind Wartungsarbeiten. Wie jede technische Anlage müssen auch Windräder regelmäßig gewartet werden. Das kann per Fernwartung oder direkt vor Ort geschehen. Während dieser Zeit wird die Anlage abgeschaltet. Meist betrifft das nur einzelne Windräder, nicht den gesamten Park. Hin und wieder kann es auch einen technischen Defekt geben. In solchen Fällen steht die betroffene Anlage still, bis der Fehler behoben ist. Das ist jedoch eher die Ausnahme als die Regel. Auch neu errichtete Windräder drehen sich manchmal nicht, da sie noch nicht ans Netz angeschlossen sind und erst alle Tests durchgeführt werden müssen, bevor die Einspeisung ins Netz beginnt.

Werden Windräder auch wegen einer Überproduktion von Strom oder zu geringer Netzkapazitäten abgestellt?
Es kann vorkommen, dass Windräder wegen negativer Strompreise abgestellt werden. Das kommt vor allem an sehr sonnigen und windreichen Tagen vor, an denen sowohl PV-Anlagen als auch Windkraftanlagen viel Strom produzieren und damit mehr Energie liefern, als in diesem Moment am Markt gebraucht wird.
In diesen – nicht sehr häufigen – Fällen gibt es dann „negative Strompreise“ am Markt. Daher werden Windkraftanlagen dann abgestellt, weil wir sonst dafür zahlen müssten, wenn wir Strom ins Netz einspeisen.
Übrigens: Negative Strompreise zeigen den Erfolg beim Ausbau erneuerbarer Energien. Es gibt immer mehr Stunden und Tage im Jahr, an denen die Erzeugung von Strom aus Wind und PV ausreicht, um den gesamten Strombedarf zu decken. Mit einem konsequenten Ausbau von Netz- und Speicherinfrastruktur sorgen wir dafür, dass diese wertvolle Energie intelligent verteilt werden kann. Stillstehende Windräder sind also kein Zeichen von Ineffizienz oder Fehlplanung. Vielmehr zeigen sie, wie durchdacht und sicher moderne Windkraftanlagen arbeiten. Sie reagieren flexibel auf Wetterbedingungen, technische Anforderungen und Sicherheitsaspekte – und leisten so einen wichtigen Beitrag zur erneuerbaren Energiezukunft.



Stefan Zach
EVN-Sprecher

Tiefengeothermie in Wien

Ein Meilenstein für Energieunabhängigkeit und Klimaschutz

Martin Vögele, Wien Energie

Wien gilt seit Jahren als eine der lebenswertesten Städte der Welt. Um auch in Zukunft eine hohe Lebensqualität sicherzustellen und den Wiener:innen ein zukunftsfähiges Zuhause zu bieten, haben sich die Stadt Wien und die Wiener Stadtwerke das Ziel gesetzt, bis 2040 klimaneutral zu sein.
Ein zentrales Element auf diesem Weg zur Klimaneutralität ist die Wärmewende, denn etwa 30 Prozent der CO_2-Emissionen der Stadt entfielen im Mittel der Jahre 2014–2018 auf den Gebäudesektor[1], konkret auf Heizen, Kühlen und Warmwasserbereitung. Eine entscheidende Rolle kommt hier der Wien Energie zu: Sie versorgt rund 460.000 Haushalte und 8.000 Business-Kund:innen verlässlich mit Fernwärme. Das Besondere an diesem System ist, dass Wärmeerzeuger und Wärmeabnehmer durch ein über 1.300 Kilometer langes Warmwasserleitungsnetz miteinander verbunden sind – eines der größten Fernwärmenetze in Europa.

Was Wien wärmt

Derzeit stammt gut die Hälfte der Wiener Fernwärme aus erdgasbetriebenen Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen (KWK). Zur Abdeckung von Lastspitzen kommen zusätzlich Heizkraftwerke (HKW) zum Einsatz. Rund ein Drittel der Fernwärme wird durch thermische Abfallverwertung bereitgestellt, der Rest durch industrielle Abwärme, Biomasse sowie Erd- und Umgebungswärme. Bis 2040 plant Wien Energie, die Fernwärme vollständig zu dekarbonisieren. Bereits bis 2029 investiert das Unternehmen rund 800 Millionen Euro in nachhaltige Wärmeprojekte und Kreislaufwirtschaft. Doch technologische Umstellungen allein genügen nicht: Damit die Wärmewende einer Millionenstadt gelingt, braucht es die enge Zusammenarbeit zwischen Forschung, Industrie und öffentlicher Hand. Wie der Wandel konkret erfolgen kann, wurde in einer 2021 veröffentlichten und 2023 aktualisierten Dekarbonisierungsstudie dargelegt. Die Entwicklung der zukünftigen Fernwärmeaufbringung ist darin grafisch dargestellt (Abbildung 1).

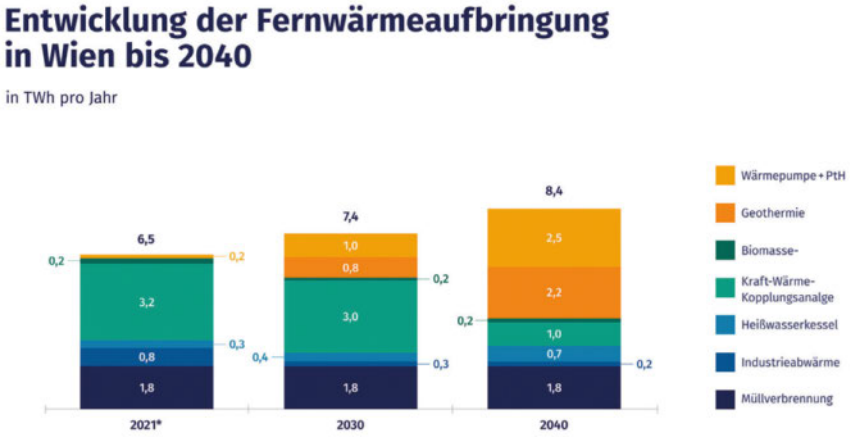


Abbildung 1: Entwicklung der Fernwärmeaufbringung in Wien bis 2040 in TWh

Was daraus ersichtlich wird, ist, dass ein klimaneutrales Wiener Fernwärmesystem nur durch einen breit aufgestellten Technologiemix realisiert werden kann.
Eine Schlüsseltechnologie stellen dabei Großwärmepumpen dar, welche die Abwärme von Abwasser und industriellen Prozessen nutzbar machen. Um Lastspitzen ausgleichen zu können, werden auch in Zukunft noch Kraftwerke benötigt. Diese sollen dann mit grünen Gasen wie Wasserstoff oder Biomethan klimafreundlich betrieben werden. Um kurzfristige und saisonale Bedarfsschwankungen zusätzlich abfedern zu können, setzt Wien Energie außerdem auf Wärmespeicher.
Eine neue, vielversprechende Rolle nimmt zukünftig die Tiefengeothermie ein. Als stabile, lokal verfügbare und emissionsfreie Energiequelle kann sie einen substanziellen Beitrag zur Dekarbonisierung der Wärmeversorgung leisten und markiert zugleich einen Meilenstein auf dem Weg in eine fossilfreie Zukunft Wiens.

Wärmeschatz in 3.000 Meter Tiefe

Wien verfügt über einen geologischen Standortvorteil, den es so in Europa nur selten gibt: Direkt unter der Stadt erstreckt sich ein natürliches und an menschlichen Zeitskalen gemessen unerschöpfliches Heißwasservorkommen, aus dem verlässlich erneuerbare Energie für die Fernwärme gewonnen werden kann – ein bislang ungenutzter Wärmeschatz, 3.000 Meter unter den Füßen der Wiener:innen.
Bereits im Jahr 2012 wurde das tiefengeothermische Potenzial im östlichen Wiener Becken durch eine Tiefbohrung in Essling erstmals erkundet. Dabei stießen Geowissenschaftler:innen auf das sogenannte „Aderklaaer Konglomerat“ – eine vielversprechende Gesteinsschicht mit günstigen Voraussetzungen für die Nutzung von Tiefengeothermie. Damit wurde ein wichtiger Erfahrungsgewinn und somit entscheidender

© Abbildung: Compass Lexecon, Wien Energie 2023

Grundstein für die Entwicklung gelegt. In den Folgejahren, zwischen 2016 und 2022, führte Wien Energie gemeinsam mit Forschungseinrichtungen und Industriepartner:innen wie der OMV im Rahmen des Projekts „GeoTief“ die Untersuchungen der geologischen Strukturen im Großraum Wien fort. In enger Zusammenarbeit entstand dabei ein auf Seismik basierendes, hochauflösendes 3D-Modell des Wiener Untergrunds. Ein im Rahmen des Projekts durchgeführter Fördertest in der bestehenden Tiefbohrung bestätigte das geothermische Potenzial im „Aderklaaer Konglomerat“. Die Ergebnisse dieses Forschungsprojekts bilden heute die Entscheidungsgrundlage für den Einstieg in die geothermische Wärmeerzeugung, bei der ebendiese heißen Tiefenwässer über Förderbohrungen an die Oberfläche gepumpt werden. Über einen Wärmetauscher wird die geothermische Energie entzogen und diese Wärme direkt in das Wiener Fernwärmenetz abgegeben. Das abgekühlte Tiefenwasser wird anschließend wieder in einem geschlossenen Kreislauf in die ursprüngliche Gesteinsschicht zurückgeführt (siehe Abbildung 2). Tiefengeothermie ist grundlastfähig – sie steht unabhängig von Tageszeit oder Wetter ganzjährig zur Verfügung und kann einen stabilen Beitrag zur Versorgungssicherheit leisten. Für Wien Energie war die frühe wissenschaftliche Auseinandersetzung mit diesem Potenzial entscheidend, um heute als Vorreiterin in die Umsetzung gehen zu können.

Erschließung des tiefengeothermischen Potenzials

Um dieses bedeutende geothermische Potenzial bestmöglich zu entwickeln, wurde 2023 das Gemeinschaftsunternehmen „deeep“ gegründet – ein Joint Venture von Wien Energie und OMV. Darin bündeln beide Firmen ihre jahrzehntelange Erfahrung und technologische Kompetenz in ihren jeweiligen Fachgebieten: Wien Energie betreibt eines der größten Fernwärmenetze Europas und verfügt über umfassendes Know-how in der Wärmeversorgung urbaner Räume. OMV wiederum bringt ihr umfassendes Untertagewissen sowie ihre Expertise in der Bohr- und Fördertechnik ein – insbesondere aus ihrer jahrzehntelangen Tätigkeit im nahegelegenen Weinviertel. Ein wegweisender Meilenstein ist dabei die erste Tiefengeothermie-Pilotanlage in Aspern, mit deren Bohrungen im Dezember 2024 begonnen wurde. Das Projekt umfasst insgesamt drei Bohrungen: eine Pilotbohrung, um weitere geologische Daten zu gewinnen, eine Förderbohrung zur Produktion des heißen Formationswassers sowie eine Injektionsbohrung, über die das abgekühlte Wasser in einem geschlossenen Kreislauf wieder zurück in das Reservoir geleitet wird.



Impressionen: Pilotprojekt Geothermie-Anlage „Hydros“ Seestadt, Aspern

Die Bohrungen wurden Mitte 2025 erfolgreich abgeschlossen. Es folgen umfangreiche Fördertests, bei denen Temperatur, Fließrate und die chemische Zusammensetzung des geförderten Tiefenwassers überprüft werden. Basierend darauf beginnen Detailplanung und Bau der obertägigen Anlagen. Die Inbetriebnahme der Geothermie-Anlage Aspern ist für 2028 vorgesehen. Mit einer thermischen Leistung von 20 MW soll sie zukünftig rund 20.000 Wiener Haushalte klimaneutral versorgen und kann damit allein bis zu 54.000 Tonnen CO2 pro Jahr einsparen.

Die Anlage in Aspern ist erst der Anfang: Bis in die 2030er-Jahre sollen weitere Geothermie-Anlagen folgen, die bis 2040 rund 200 MW thermisch und damit klimaneutrale Fernwärme für umgerechnet bis zu 200.000 Haushalte bereitstellen können. Damit leistet die Technologie nicht nur einen wesentlichen Beitrag zur Dekarbonisierung der Wiener Wärmeversorgung, sondern erhöht zugleich die Versorgungssicherheit und stabilisiert langfristig die Preise. Um das Potenzial rasch zu heben, sind alle Akteure – von der Politik bis zu den Umsetzern – gefragt, Maßnahmen zu setzen, die zu einfacheren Genehmigungsverfahren führen.

Die Erschließung der Tiefengeothermie markiert einen historischen Meilenstein für Wien. Sie ist ein Zukunftsprojekt mit Weitblick – für den Klimaschutz, für eine unabhängige Energieversorgung und für ein leistbares Leben in einer Stadt, die auf Nachhaltigkeit setzt.

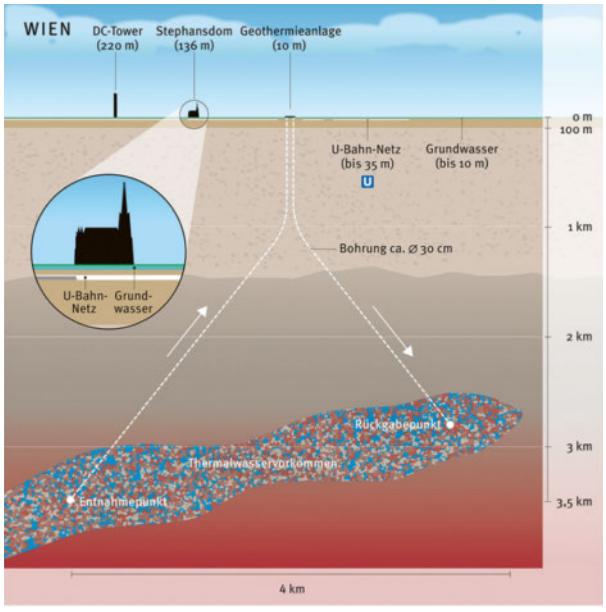


Abbildung 2: Dimension einer geothermischen „Dublette“, bestehend aus Injektions- und Förderbohrung, unter der Stadt Wien. Die Bohrungen werden auf eine Tiefe von ca. 3.000 m Tiefe abgeteuft und besitzen einen Durchmesser von ca. 30 cm, wodurch mit keinerlei Auswirkungen auf das Grundwasser oder die Oberfläche zu rechnen ist.

1 | Gebäude - Klimaschutz: Wien wird klimaneutral - Wiener Klimafahrplan
www.wien.gv.at/spezial/klimafahrplan/klimaschutz-wien-wird-klimaneutral/gebaude/

© Abbildung: Wien Energie, Foto: deep/Johannes Zinner

Kommunale Wärmeplanung

Die kommunale Wärmeplanung gilt als Schlüssel zur klimaneutralen und krisenfesten Stadt. Sie schafft Orientierung im Ausstieg aus fossilen Heizsystemen und stärkt lokale Handlungsspielräume. VKÖ, VÖWG und Österreichischer Städtebund begleiten Städte und Energieversorgungsunternehmen mit der AG Städtische Wärme bei dieser Aufgabe.

Die kommunale Wärmeplanung (KWP) ist ein strategisches Instrument, mit dem Städte und Gemeinden ihre künftige Wärmeversorgung systematisch, datengestützt und standortgerecht gestalten können. Sie zeigt auf, wie bestehende Heizsysteme schrittweise dekarbonisiert, erneuerbare Energiequellen integriert und Wärmenetze ausgebaut werden können. Damit wird die Wärmeplanung zur zentralen Steuerungsebene der Wärmewende – also des Umstiegs auf klimafreundliche Versorgungssysteme.

Ihren Ursprung hat die KWP in der europäischen Energieeffizienzrichtlinie EED III. Nach Artikel 25 Absatz 6 sind alle Städte mit mehr als 45.000 Einwohner:innen verpflichtet, Wärmepläne zu erstellen. Kleinere Kommunen können freiwillig folgen. Die interkommunale Zusammenarbeit ist explizit erlaubt, sofern die geografischen und administrativen Rahmenbedingungen sowie die Wärmeinfrastruktur dies zulassen. Die legistische Ausarbeitung eines Gesetzestextes hätte bis 11. Oktober 2025 durch die Bundesländer erfolgen sollen.

Der europäische Rahmen wird flankiert von weiteren Initiativen – etwa der Erneuerbaren-Energien-Richtlinie (RED III) und der Gebäuderichtlinie (EPBD) –, die gemeinsam auf eine klimaneutrale Energieversorgung und eine höhere Energieeffizienz zielen. In Österreich bilden neben dem nationalen Emissionszertifikate-Handelsgesetz (NEHG) insbesondere das Erneuerbare-Wärme-Gesetz (EWG) sowie eine Reihe von Förderprogrammen den Umsetzungsweg. Ergänzend setzt die Bundesregierung derzeit punktuelle Schwerpunkte, etwa durch das angekündigte Erneuerbaren-Ausbau-Beschleunigungsgesetz (EABG), die Umsetzung europäischer Gesetzgebung zur Gasnetzstilllegung oder die Wiedereinführung von Förderungen für Sanierung und Heizkesseltausch.



Workshop der AG Städtische Wärme

Warum kommunale Wärmeplanung?

Laut dem zuständigen Ministerium verursacht der Wärmesektor rund die Hälfte des Energieverbrauchs in Österreich (https://energie.gv.at/verbrauch/wie-ist-das-heizverhalten-in-den-bundeslaendern?utm). Fossile Heizsysteme dominieren vielerorts weiterhin den Gebäudebestand. Die KWP soll diese Strukturen geordnet umbauen, Abhängigkeiten von fossiler Energie verringern und lokale Ressourcen wie Abwärme, Biomasse oder auch Geothermie besser nutzen.

Dabei geht es nicht nur um Klimaschutz, sondern auch um Leistbarkeit: Die Kosten für Betrieb, Instandhaltung und Sicherung des Gasnetzes müssen schon heute von immer weniger Anschlüssen finanziert werden. Dementsprechend steigen die Netzentgelte. Ohne eine Stilllegung von Teilen des Gasnetzes drohen die Netzentgelte für die verbleibenden Gaskund:innen noch weiter zu steigen.

Wärmeplanung bedeutet also auch soziale und infrastrukturelle Resilienz. Sie sorgt für Planungssicherheit, beugt Kostenexplosionen vor und stärkt die Versorgungssicherheit auf lokaler Ebene. Damit Kommunen und Energieversorgungsunternehmen diese Rolle ausfüllen können, braucht es jedoch klare Zuständigkeiten, gesicherten Datenzugang, sozial gerechte Förderungen sowie verbindliche Beteiligungsverfahren zur Förderung von Transparenz und Akzeptanz. Hier bestehen noch erhebliche Herausforderungen: Zuständigkeiten sind zwischen den politischen Ebenen geteilt, Datenzugänge oft unzureichend geregelt und Förderungen häufig kurzfristig oder wenig planbar.

© Foto: Wimmer

Wir betonen daher, dass Resilienz planbar ist – wenn rechtliche, technische und soziale Voraussetzungen zusammengedacht werden. Dafür braucht es rechtliche Verbindlichkeit und eine koordinierte Unterstützung beim Umstieg oder Anschluss alternativer Systeme. Ebenso entscheidend ist die Integration der Wärmeplanung in angrenzende Rechtsmaterien wie Bauordnung, Widmungsrecht, Wohn- und Förderrecht. Die Wärmewende ist keine technische Einzelmaßnahme, sondern ein umfassendes Instrument der kommunalen Daseinsvorsorge.

Die AG Städtische Wärme

Um Kommunen bei dieser anspruchsvollen Aufgabe zu unterstützen, haben der Verband kommunaler Unternehmen Österreichs (VKÖ) und der Verband der öffentlichen Wirtschaft und Gemeinwirtschaft Österreichs (VÖWG) gemeinsam mit dem Österreichischen Städtebund die „Arbeitsgruppe Städtische Wärme“ ins Leben gerufen. Im Jahr 2025 fanden acht Termine zum Jahresthema **„Kommunale Wärme- und Kälteplanung“** statt – vier digital, vier in Präsenz. Die AG versteht sich als Plattform für Städte, Energieversorger und Ländervertreter:innen und bietet Raum für Fachinput, Praxisberichte und Diskussion.

Ziel der AG ist es einerseits, über die Phasen der kommunalen Wärmeplanung zu informieren, konkrete Herausforderungen zu benennen und gemeinsam Lösungsansätze zu entwickeln. Andererseits wollen wir Praxiswissen an die Politik zurückmelden. So wurde ein Optionenpapier erarbeitet, das die Erfahrungen der Mitglieder bündelt und in die politische Debatte zur Gesetzgebung einbringt.

Ergänzend zeigte eine Studienreise nach Mannheim und Augsburg, wie die Verzahnung von Wärmeplanung und Gasnetzstilllegung in der Praxis funktioniert. In beiden Städten wurde sichtbar, wie Kooperation zwischen Energieversorgungsunternehmen und Kommunen in diesem äußerst komplexen Prozess gelingen kann und welche Schritte auf Österreich übertragbar sind.

Die AG ist damit nicht nur Lern- und Austauschplattform, sondern auch Impulsgeberin für die praktische Umsetzung der Wärmewende in Österreichs Städten. Bei Interesse an der kostenfreien AG Städtische Wärme melden Sie sich sehr gerne bei uns!

Welche Position vertreten wir?

Die Position von VÖWG und VKÖ zur kommunalen Wärmeplanung ist im „Optionenpapier zur Umsetzung der kommunalen Wärmeplanung“ festgehalten, das im Rahmen der AG entstanden ist. Es formuliert vier zentrale Handlungsfelder:

1. **Rechtlicher Rahmen und Zuständigkeiten:**
   Wir fordern eine bundesweit koordinierte Rahmengesetzgebung, die klare Zuständigkeiten zwischen Bund, Ländern und Gemeinden schafft. Nur so kann Planungssicherheit entstehen. Die Wärmeplanung soll drittverbindlich werden, also für alle relevanten Akteur:innen – von Netzbetreibern bis Gebäudeeigentümer:innen – gelten.
2. **Datenzugang und Planungssicherheit:**
   Eine einheitliche Datenbasis ist Grundvoraussetzung für die Wärmeplanung. Diese sollte idealerweise über eine bundesweite Planungsplattform mit standardisierten Schnittstellen und klaren Datenschutzregelungen erfolgen. Nur so können Gemeinden wie Energieversorgungsunternehmen fundierte Entscheidungen treffen und regionale Unterschiede berücksichtigen.
3. **Förderlogik und soziale Treffsicherheit:**
   Wir setzten uns dafür ein, dass Förderungen langfristig, planbar und sozial gerecht ausgestaltet sind. Sie sollen den Kesseltausch, thermisch-energetische Sanierungen und den Ausbau von Fernwärme unterstützen. Staatliche Garantien könnten Investitionen in Abwärmenutzung und alternative Energien absichern. Wichtig ist, dass die Programme auch einkommensschwache Haushalte gezielt entlasten.
4. **Beteiligung und Unterstützung:**
   Die Wärmewende gelingt nur mit Akzeptanz vor Ort. Daher plädiert der Verband für frühzeitige Information, Bürger:innenbeteiligung und kommunale Unterstützungskapazitäten. Öffentlichkeitsarbeit soll förderfähig sein, und eine zentrale Anlaufstelle auf Bundesebene könnte Kommunen bei rechtlichen und technischen Fragen begleiten.

Gemeinsam Richtung Resilienz

Die KWP steht sinnbildlich für die Transformation der Daseinsvorsorge im 21. Jahrhundert: datenbasiert, kooperativ und sozial ausgewogen. Mit unserer AG Städtische Wärme wollen wir Städten, Energieversorgungsunternehmen und anderen Stakeholdern der KWP den Raum geben, diese Entwicklung aktiv zu gestalten.

Die Bundesländer sind nun gefordert, den rechtlichen Rahmen für die kommunale Wärmeplanung zu schaffen. Jetzt ist der richtige Zeitpunkt, Erfahrungen zu bündeln, Standards zu setzen und Kooperationen zu vertiefen. Denn Resilienz entsteht nicht von selbst – sie wird geplant.

Der vollständige Text des Optionenpapiers steht Mitgliedern von VÖWG, VKÖ und dem Österreichischen Städtebund zur Verfügung.



Jonas Rechin

ist Referent für Energiepolitik beim VÖWG und VKÖ.
Er befasst sich mit energiepolitischen Fragestellungen auf nationaler und europäischer Ebene und gestaltet gemeinsam mit den Mitgliedsunternehmen die Positionierung der Verbände in aktuellen energiepolitischen Diskursen.

© Foto: Privat

Energieeffizienz zuerst

Die Stadt Wien senkt den Energieverbrauch, propagiert Sparmaßnahmen und sorgt für Krisenzeiten vor.

Ursula Heumesser, Stadt Wien – Energieplanung (MA 20)

Ein sparsamer Umgang mit Energie ist besonders wichtig. Jede Kilowattstunde (kWh) Strom oder Gas, die wir nicht verbrauchen, macht unabhängig von Importen, spart Ressourcen und Geld. Gerade die hohen Energiepreise waren für viele Menschen der Anlass, sich stärker als bisher mit Energiesparen und dem Ausstieg aus fossilen Energieträgern zu beschäftigen. Die Steigerung der Energieeffizienz ist die Grundlage zur Dekarbonisierung des Energiesystems und sollte immer der erste Schritt sein, bevor weitere Maßnahmen angedacht werden. Dadurch wird nicht nur der Energieverbrauch gesenkt, sondern auch die Stadt auf zukünftige Herausforderungen, wie den Ausstieg aus fossilen Energieträgern, vorbereitet.

Rechtlicher Rahmen

„Energieeffizienz zuerst!“ ist das Leitmotiv auf dem Weg zu einer dekarbonisierten Gesellschaft. Dementsprechend gewinnt das Thema Energieeffizienz seit über 20 Jahren auch auf EU-Ebene stark an Bedeutung. Eine Vielzahl von wichtigen rechtlichen Rahmenbedingungen, wie das Energieeffizienzgesetz und die neue EU-Energieeffizienzrichtlinie (EED III)[1] spiegeln diesen Trend wider. Mit der neuen Energieeffizienzrichtlinie wird das „Energieeffizienz zuerst!“-Prinzip erstmals als übergeordneter Grundsatz verankert. Hier sollen Entscheidungen für Varianten mit dem geringsten Energieverbrauch getroffen werden, sofern diese nach Maßgabe einer Kosten-Nutzen-Analyse kosteneffizienter sind. Zusätzlich wird ein Schwerpunkt auf öffentliche Gebäude gelegt. Diese sind zu inventarisieren und 3 Prozent der Gesamtfläche der beheizten öffentlichen Gebäude jährlich zu sanieren.

Im Rahmen des Energieeffizienzgesetzes müssen die Energieeffizienz-Maßnahmen und Energie-Einsparungen für die Stadt Wien gesammelt werden.

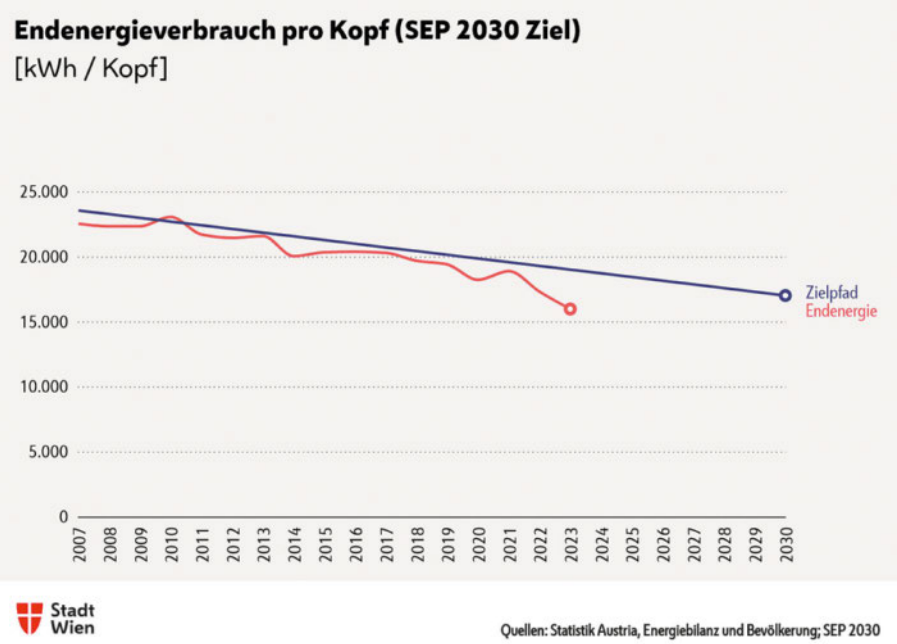
Auch das Regierungsprogramm der Bundesregierung setzt klare Schwerpunkte auf Energieeffizienz und die Steigerung der Energieeffizienz in allen Sektoren.

Die Geschichte der Energieeffizienz in Wien

In Wien genießt das Thema Energieeffizienz schon lange hohe politische Priorität. Seit den 90er-Jahren beschreitet Wien gezielt diesen Pfad und verabschiedete im Jahr 2006 mit dem Städtischen Energieeffizienz-Programm (SEP) ein umfassendes Umsetzungsprogramm. Damit rückten die Steigerung der Energieeffizienz und das Energiesparen noch stärker ins Zentrum der politischen Agenda. Und das mit erfolgreicher Bilanz: Heute benötigt ein geförderter Wohnungsneubau um die Hälfte weniger Heizenergie als noch vor zehn Jahren und auch die immer effizienter werdenden Geräte senken zusätzlich den Energieverbrauch.

Zukunftsfähig bleiben und Energie einsparen

Das Städtische Energieeffizienz-Programm 2030 (SEP 2030) wird derzeit überarbeitet und an die aktuellen Gegebenheiten angepasst. Die Neuauflage garantiert, dass auch in Zukunft der Grundsatz der Energieeffizienz in Wien stark verankert bleibt. Mit dem SEP 2030 reagiert die Stadt, zusätzlich zu den



Die Grafik zeigt, dass der Endenergieverbrauch pro Kopf bereits unter dem Ziel von 2030 liegt.

© Grafik: Stadt Wien

klima- und energiepolitischen Vorgaben seitens der EU und des Bundes, auch auf die übergeordneten Ziele der Smart Klima City Wien Rahmenstrategie und andere Fachkonzepte der Stadt Wien.
Im Mittelpunkt des Programms stehen Maßnahmen und Instrumente zur Erreichung dieser Ziele.

Rückläufiger Energieverbrauch

Das Ziel des Städtischen Energieeffizienz-Programms 2030: Den Endenergieverbrauch pro Kopf um 30 Prozent gegenüber 2005 senken. Dieses Ziel entsprach den Trends der letzten Jahre und steht auch im Einklang mit dem Energieeffizienz-Ziel der Smart Klima City Strategie Wien.
Aufgrund der ambitionierten Handlungen der Stadt und durch das konsequente Umsetzen der Maßnahmen konnte das im Jahr 2018 definierte SEP-2030-Ziel bereits 2023 erreicht werden. Aktuell konnte der Energieverbrauch von 2005 bis 2023 vom 33,7 Prozent pro Kopf gesenkt werden. Absolut betrachtet sank im selben Zeitraum der Energieverbrauch um 19,5 Prozent, obwohl die Bevölkerung um 21 Prozent gewachsen ist.

Wien als Vorbild bei der Maßnahmenumsetzung

Die Maßnahmen und Instrumente des SEP 2030 konzentrieren sich hauptsächlich auf den eigenen Kompetenzbereich als Stadt und Land. Zusätzlich wird durch Maßnahmen für den eigenen Wirkungsbereich (z. B. bei Magistratsgebäuden) die Vorbildrolle der Stadt Wien hervorgehoben.
Im Rahmen der „thermisch-energetischen Wohnhaussanierungsförderung“ gelang es, die Sanierungsqualität weiter anzuheben und die erzielten spezifischen Energieeinsparungen pro Quadratmeter weiter zu steigern.
Im Bereich der öffentlichen Beleuchtung werden der Leuchtmittelaustausch bzw. die Nachtabsenkung forciert. Bei der Neuerrichtung bzw. bei Umbauten und Modernisierungen von Verkehrssignalanlagen wird die LED-Technologie eingesetzt.

Aber auch die Bewusstseinsbildung zum Thema Energieeffizienz ist ein wesentlicher Bestandteil des SEP 2030. Im Rahmen einer Energiesparkampagne 2021 wurden in allen Amtshäusern Plakate mit Energiespartipps aufgestellt.
Mit dem SEP 2030 setzt Wien ein wichtiges Zeichen und bekennt sich dazu, den eingeschlagenen Energieeffizienz-Kurs konsequent weiterzuverfolgen. In Wien gilt daher auch zukünftig „Energieeffizienz zuerst!“.

INFOBOX

https://www.wien.gv.at/umwelt/energieeffizienz-sep2030



1 | https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/HTML/?uri=CELEX:32023L1791

© Abbildung: Stadt Wien



IKB-Infrastruktur: stark genug für extreme Unwetter

Aufgrund der Klimakrise wird es in Zukunft häufiger besonders kräftig regnen. Die Unwetter der letzten Jahre waren bereits ein Vorgeschmack. Die IKB bereitet sich und ihre Anlagen auf eine stürmische Welt vor – etwa mit dem neuen Inndüker in Innsbruck.

Clara Maier, Innsbrucker Kommunalbetriebe AG (IKB)

Überschwemmungen, Murenabgänge und Hangrutschungen, beschädigte Gebäude und gesperrte Straßen: Immer wieder kommt es inzwischen zu heftigen Unwettern. Mit solchen „extremen Niederschlagsereignissen" ist aufgrund der Klimakrise in Zukunft öfter zu rechnen. Die Regenmengen im Sommer nehmen zwar tendenziell ab, konzentrieren sich aber zugleich auf weniger Regentage. Das bedeutet längere Trockenperioden. Aber wenn es einmal regnet, dann intensiv.
Das stellt auch eine Gefahr für die Infrastruktur dar. Wir zeigen, wie die IKB in ihren unterschiedlichen Geschäftsbereichen von extremen Unwettern betroffen ist und wie sie ihre Infrastruktur stärker und widerstandsfähiger macht – und damit Innsbruck insgesamt schützt.

Resiliente Wasserkraft

Die IKB betreibt elf eigene Wasserkraftwerke und ist es gewohnt, mit Hochwasser umzugehen. Im August 2023 überschritten etwa die Pegelstände sowohl der Sill als auch der Ruetz jene Marke, die normalerweise nur bei einem 30-jährigen Hochwasser erreicht wird. Viel Gehölz, sogar ganze Baumstämme wurden mitgeschwemmt. Rasches Handeln des IKB-Teams sorgte dafür, dass es bei den Anlagen nur zu kleineren Schäden kam, die rasch behoben werden konnten. Die Kraftwerke Mühlen, Ruetz und Naturstrom Mühlau sowie das Zwischenkraftwerk an der Oberen Sill wurden kurzzeitig außer Betrieb genommen. Die Kraftwerke Obere und Untere Sill konnten trotz der heftigen Unwetter weiter Strom erzeugen. Die 2021 neu errichtete Schleuse Matrei, die mehr Hochwasser als zuvor abführen kann, bestand ihre erste Bewährungsprobe bravourös.

Robustes Stromnetz mit neuem Düker

Die IKB sorgt auch bei Unwettern dafür, dass der Strom durchgehend seinen Weg in Haushalte und zu anderen Abnehmer:innen findet. Sicherheitshalber wird bei Bedarf ein Krisenstab einberufen, das mobile Hochwasserschutzsystem aufgebaut, gefährdete Umspannstationen werden mit Sandsäcken gesichert.
Das Stromnetz der IKB zählt zu den zuverlässigsten in Österreich, da die Kabel zu einem großen Teil unterirdisch verlegt und damit gut gegen die Witterung geschützt sind. Wenn neue Anlagen errichtet werden, kalkulieren die IKB-Expert:innen bereits eine mögliche Gefährdung durch Hochwasser vorab ein und setzen vorausschauend Schutzmaßnahmen um.
Im Frühling 2023 verlegte die IKB sogenannte Düker unter dem Inn, um die Infrastruktur noch sicherer zu machen. Düker sind Leitungen, die unter einem Fluss oder auch unter einer Straße verlegt werden. Damit fließen jetzt Strom, aber auch Wasser und Internet nicht mehr durch Leitungen auf der Brücke, sondern unter dem Inn – und sind damit besonders gut vor äußeren Einflüssen wie zum Beispiel Hochwasser geschützt. Insgesamt wurden in drei Monaten drei Düker mit jeweils 190 Meter Länge im zentralen Stadtgebiet von Innsbruck errichtet.

© Alle Fotos: IKB

Sauberes Trinkwasser

Die Versorgung mit sauberem Trinkwasser ist auch bei Unwettern gewährleistet. Die IKB beobachtet laufend die Wasserstände der Sill und des Inns. Bei starkem Regen und bei Murenabgängen können Trübungen in den Quellen auftreten. Die IKB setzt daher eigene Trübungsmessgeräte ein, um eine allfällige Verschmutzung des Wassers sofort feststellen und auf alternative Versorgungskonzepte umsteigen zu können. Bei potenziell gefährdeten Anlagen ist zusätzliches Personal anwesend, um notfalls rasch reagieren zu können. Es kam auch während extremer Wetterereignisse in der Vergangenheit zu keinen Schäden. Zu verdanken ist das unter anderem den robusten baulichen Vorkehrungen, etwa widerstandsfähigen Schachtdeckeln. Der neue Inndüker trägt zukünftig zur zuverlässigen Trinkwasserversorgung ebenso bei wie der Ausbau der Mühlauer Quelle, des Herzstücks der Innsbrucker Trinkwasserversorgung.

Sonderrolle für das Abwasser

Die Abwasserentsorgung spielt im Falle von Unwettern ebenfalls eine besonders wichtige Rolle. Die IKB sorgt nämlich dafür, dass die Abwässer von Innsbruck und derzeit 14 weiteren Gemeinden zuverlässig in die Kläranlage geleitet und dort gereinigt werden. Grundlage dafür ist ein weit verzweigtes Kanalnetz, das von einem etwaigen Hochwasser direkt betroffen wäre. Wenn das Kanalsystem überfordert sein sollte, kann es zu Überflutungen kommen. Heftige Unwetter überstand das Kanalnetz der IKB jedoch bisher ohne Störungen. Der Bereitschaftsdienst wird verstärkt, laufende Kontrollfahrten stellen sicher, dass alle Anlagen störungsfrei funktionieren.

Die IKB betreibt mehrere Hochwasserpumpwerke und Speicherbecken, um Innsbruck vor den Auswirkungen von Starkregen und Hochwasserereignissen zu schützen. Wenn im Kanal ein hoher Wasserstand erreicht wird, können diese Anlagen – gemäß gesetzlichen Vorgaben – stark verdünntes Mischwasser in Inn und Sill ableiten. Zugleich wird durch elektrische Schieber verhindert, dass Flusswasser in die Kanalisation gedrückt wird. Da aufgrund des Klimawandels mit mehr Starkregenereignissen zu rechnen ist, ergreift die IKB außerdem Maßnahmen, um sich auf diese Zukunft vorzubereiten. So wurde etwa bei der Kläranlage ein freies Becken zu einem „Regenrückhaltebecken“ umgebaut. Bei starken Regenfällen kann hier zukünftig mehr Wasser aufgefangen werden. Außerdem beteiligt sich die IKB am EU-Projekt Crexdata, das Daten zur Verfügung stellt, um in kritischen Situationen zu unterstützen. Zusätzlich begann die IKB bereits vor drei Jahren, die digitale Datenbasis der hydrodynamischen Kanalnetzberechnungen weiter zu verfeinern – also den Wasserfluss im eigenen Kanalnetz detailliert zu analysieren. Wichtig dafür ist auch zu wissen, ob und wie Flächen in der näheren Umgebung bebaut sind. Je weniger Flächen versiegelt sind, desto geringer ist die Gefahr von Überflutungen.



Bauarbeiten für den neuen Inndüker: Für die Bohrung kam eine riesige Bohrmaschine zum Einsatz, die vom Ufer aus gesteuert wurde.

Starkes Internet trotz starken Unwetters

Zahlreiche Menschen in Innsbruck und darüber hinaus werden von der IKB mit schnellem Internet versorgt. Die nötige Infrastruktur wurde vorausschauend errichtet. Die wichtigsten Internetknotenpunkte sind speziell gegen externe Einflüsse wie Starkregen oder Muren geschützt. Das Rechenzentrum Karwendel etwa bleibt durch seine erhöhte Lage von solchen Naturgewalten verschont. Da Kabel auf Brücken besonders gefährdet sind, wurden Glasfaserleitungen in den neu errichteten Inndüker verlegt. So konnte die IKB auch während starker Unwetter bisher ohne Unterbrechung stabiles und schnelles Internet zur Verfügung stellen.

Zuverlässige Energieservices

Auch die Wärme- und Kälteanlagen der IKB und ihrer Kund:innen überstanden Unwetter bisher ohne Beschädigungen. Das Team der Energieservices errichtet und betreibt für Firmenkund:innen eigene Energieanlagen, außerdem errichtet es seit 2018 Grundwassernetze und damit eine kommunale Infrastruktur für Wärme und Kälte. Die Grundwasserbrunnenstube im Bereich der Innbrücke, bei der Grundwasser für den Betrieb von Wärmepumpen in der Umgebung entnommen wird, wird bei Unwettern abgedichtet und für eine Notabschaltung vorbereitet. Werden neue Grundwasserstuben errichtet, wird besonderes Augenmerk auf den Hochwasserschutz gelegt.

Abfallsammlung ohne Probleme

Die Abfallbehandlungsanlagen der IKB, also die Biogasanlage, die Deponie und die mechanische Abfallsortieranlage, sind für Starkregen ausgelegt. Die Abfallsammelfahrzeuge werden von starkem Regen nicht übermäßig beeinflusst. Daher kann der Betrieb der Abfallsammlung und -behandlung auch bei Regen und Gewitter ohne Einschränkungen aufrechterhalten werden.



II. Hochquellenleitung/Kläfferquelle bei Wildalpen

Trinkwasser für die Zukunft

Immer mehr Menschen leben in Wien. Die Sommer werden heißer und Hitzewellen halten länger an. Dadurch wird künftig mehr Wasser benötigt. Die Stadt begegnet dem mit der Strategie „Wiener Wasser 2050“.

Katja Dämmrich, Stadt Wien – Wiener Wasser, Stabsstelle Öffentlichkeitsarbeit und Kommunikation

Wie viel Trinkwasser eine Stadt benötigt, hängt von vielen Faktoren ab, die sich über die Zeit verändern. Das betrifft auch Wien. Die Basis für die moderne Trinkwasser-Infrastruktur wurde vor 150 Jahren mit der Inbetriebnahme der I. Hochquellenleitung gelegt. Seitdem hat sich die Infrastruktur deutlich erweitert. Hochquellwasser fließt jetzt aus 70 alpinen Quellen nach Wien und nicht mehr nur aus der ursprünglichen Kaiserbrunnquelle. Das Hochquellwasser ist die wichtigste Ressource für die Wasserversorgung Wiens. Es fließt im freien Gefälle in die Millionenstadt. Das bedeutet, dass die Verteilung des Wassers ohne Pumpen erfolgt.
Für die Versorgung stehen zusätzlich 30 Grundwasser-Brunnen in Wien und im nahen Umland zur Verfügung. Diese Wasserwerke stellen die Handlungsfähigkeit sicher. Aufgrund der Nähe zur Stadt ist das Grundwasser schnell für die Wasserversorgung verfügbar. Die gute Filter- und Reinigungswirkung des Untergrundes in den Schutzgebieten gewährleistet eine hohe Qualität des Grundwassers. Wien hat damit zwar beste Voraussetzungen für eine langfristig sichere Trinkwasserversorgung, aber auch die Bundeshauptstadt muss ihre Hausaufgaben machen, um für die Zukunft gut vorbereitet zu sein.

Herausforderungen

Wien wird laut Prognosen bis zum Jahr 2050 von derzeit rund 2 Millionen auf rund 2,3 Millionen Einwohner:innen wachsen. Der durchschnittliche Wasserbedarf wird im gleichen Zeitraum von aktuell 400.000 Kubikmeter auf etwa 450.000 Kubikmeter pro Tag zunehmen. Auch der Klimawandel beeinflusst die benötigte Wassermenge. In Wien werden mehr heiße Tage und längere Hitzewellen erwartet. Langanhaltende Hitzewellen bedeuten für Wasserversorgungsunternehmen meist Spitzenverbräuche. Gleichzeitig führt der Klimawandel verstärkt zu Extremwetterereignissen wie Dürre und Starkregen. Das kann die Verfügbarkeit von Quellwasser beeinträchtigen.
Diesen Herausforderungen begegnet die Bundeshauptstadt mit der Trinkwasser-Strategie „Wiener Wasser 2050“.

Strategie 2022 & Evaluierung 2025

Die Strategie wurde im Jahr 2022 von Wiens Bürgermeister Michael Ludwig und dem Wiener Klimastadtrat Jürgen Czernohorszky präsentiert. Sie umfasst den gesamten Weg des Wiener Trinkwassers – von der Wassergewinnung bis zu den Haushalten. Sie basiert auf drei Säulen:

© Foto: Wiener Wasser/Novotny

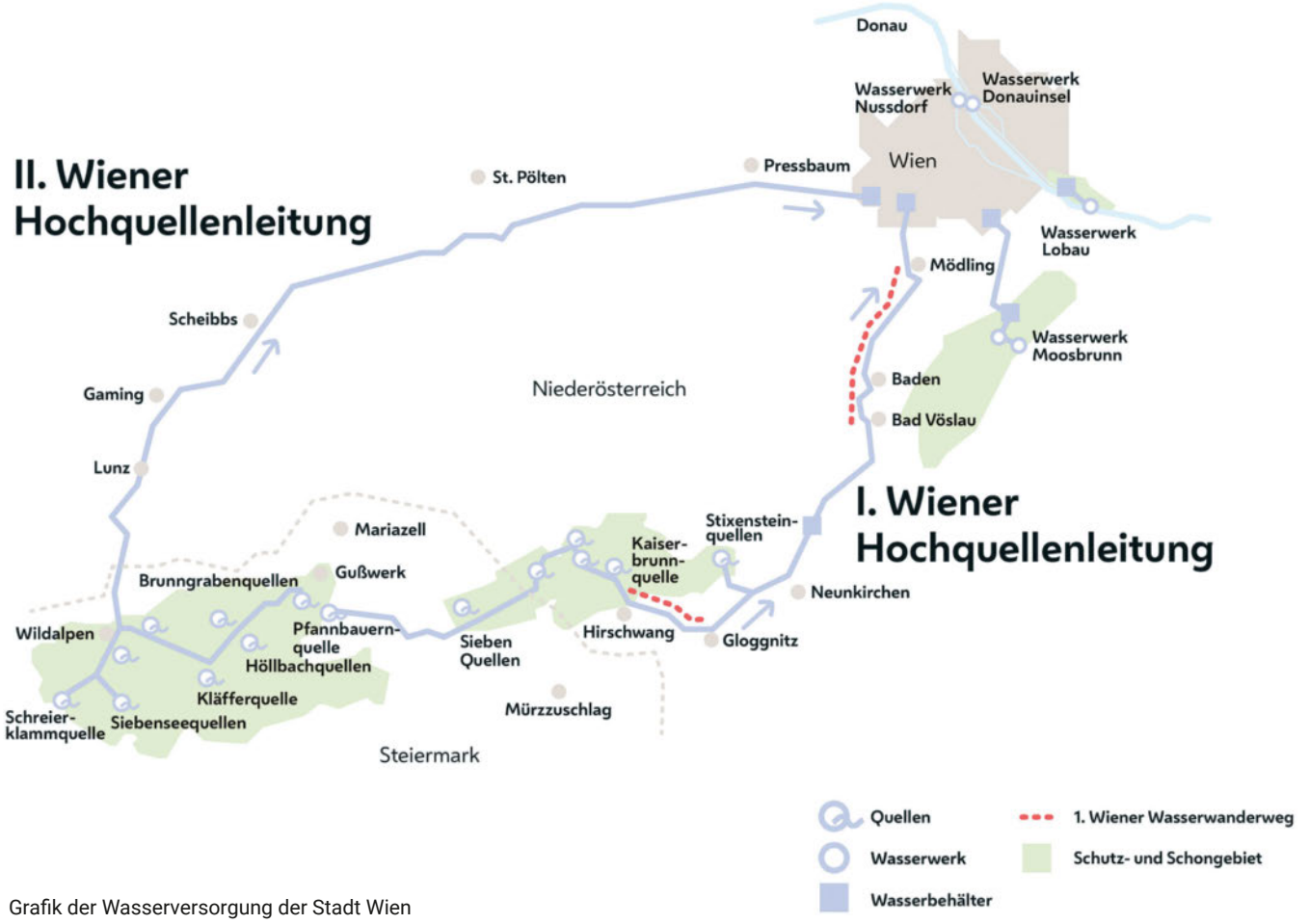
- Erhöhung der verfügbaren Wassermenge
- Ausbau der Wasserbehälter
- Sanierung und Erweiterung des Wiener Rohrnetzes

Damit sind die wichtigsten Aufgaben definiert, um die Wasserversorgung langfristig zu sichern. Dafür investiert Wien jährlich mehr als 120 Millionen Euro in die Trinkwasser-Infrastruktur.
Im Jahr 2025 wurde die Strategie evaluiert, ein Drittel der Maßnahmen wurde bereits erfolgreich umgesetzt. Grundlage für die Erstellung der Strategie sowie für die Aktualisierung ist ein etabliertes Risikomanagementsystem. Dabei sind die betrieblichen Unsicherheiten zu identifizieren und die Risiken als Grundlage für eine optimierte Prioritätenreihung zu verwenden. Jedes Jahr wird bewertet, ob sich die Ausgangslage verändert hat. So kann schnell auf neue Rahmenbedingungen reagiert werden.

Die drei Säulen im Detail

Erhöhung der verfügbaren Wassermenge
Bei einzelnen Quellen und Grundwasser-Brunnen wird die verfügbare Wassermenge erhöht. Ein Großprojekt startet im Frühjahr 2026: Auf der Donauinsel baut Wien ein hochmodernes Wasserwerk, das eine Filteranlage beinhaltet. Hier wird in Zukunft Grundwasser aus Schutzgebieten aufbereitet. Das Wasserwerk liefert künftig 1.000 Liter Trinkwasser pro Sekunde. Zum Größenvergleich: Das entspricht 18.000 gefüllten Badewannen in der Stunde. Mithilfe einer Pilotanlage werden einzelne Verfahrensschritte bereits während der Errichtung getestet. Nach vier Jahren Bauzeit soll bestes Trinkwasser ins Wiener Rohrnetz fließen.
Ein weiteres Beispiel für die Erhöhung der verfügbaren Wassermenge ist eine Quelle im steirischen Hochschwabgebiet, die momentan nicht vollständig genutzt werden kann. Mit einer zusätzlichen Leitung soll in Zukunft mehr Wasser verfügbar sein.

Ausbau von Wasserbehältern
Aktuell sind 29 Wasserbehälter in Wien und zwei Behälter in Niederösterreich in Betrieb. Das Speichervolumen aller 31 Behälter beträgt 1,6 Millionen Kubikmeter. Diese Menge ist notwendig, um optimal auf Veränderungen des Verbrauches reagieren zu können. Damit auch künftig die erforderlichen Reserven gesichert sind, werden Wasserbehälter laufend saniert und erweitert. Wenn alle Arbeiten abgeschlossen sind, kann Wien das Fünffache des heutigen Tagesverbrauchs – und damit mehr als zwei Millionen Kubikmeter – speichern. Damit ist sichergestellt, dass auch zu Spitzenverbrauchszeiten ausreichend Trinkwasser in höchster Qualität zur Verfügung steht.
Der imposanteste Wasserbehälter befindet sich in Neusiedl am Steinfeld (NÖ).



Grafik der Wasserversorgung der Stadt Wien

© Grafik: Wiener Wasser

Der Behälter ist in das Gefälle der I. Hochquellenleitung eingebunden und besteht aus vier Wasserkammern, die rund 600.000 Kubikmeter fassen. An diesem Standort fiel Ende 2024 der Baustart für ein Wiener Leuchtturmprojekt. Das Speichervolumen des Behälters wird in zwei Etappen ausgebaut. Bis Ende 2028 wird der Behälter um zwei Kammern erweitert, die insgesamt 200.000 Kubikmeter fassen. Damit erhöht sich das Speichervolumen nach vier Jahren Bauzeit auf 800.000 Kubikmeter. Danach ist ein Ausbau um weitere zwei Kammern sowie die Sanierung der aktuell bestehenden Kammern geplant. Nach der Fertigstellung beträgt das Speichervolumen allein an dem Standort eine Million Kubikmeter. Damit entsteht einer der größten geschlossenen Trinkwasserbehälter weltweit.

Erweiterung des Rohrnetzes

Das Quell- und Grundwasser gelangt über das Wiener Rohrnetz in die Haushalte. Wesentlich sind die überregionalen Transportleitungen in Wien: Durch sie werden die großen Wassermengen aus den Alpen auf das gesamte Stadtgebiet verteilt. Die Leitungen stehen daher im Fokus der Trinkwasser-Strategie. Um der zukünftigen Bevölkerungsverteilung inklusive der Neubaugebiete gerecht zu werden, ist die Anpassung und Erweiterung des unterirdischen Netzes notwendig.
Bis 2030 werden neue Transportleitungen mit einer Länge von 25 Kilometern und einem Durchmesser von 600 bis 1.000 Millimetern verlegt. Nach deren Fertigstellung gewährleisten fünf Transportleitungen die Betriebssicherheit der Wiener Wasserversorgung. Zudem ist die Sanierung des weiteren Rohrnetzes wichtig für die langfristige Versorgungssicherheit. Aktuell werden jährlich rund 40 Kilometer der Leitungen erneuert.

Umfassendes Paket

Die Strategie sieht viele weitere Projekte vor. Diese reichen von der Sicherstellung der Wasserqualität über die Krisenvorsorge bis hin zur Produktion von nachhaltiger Energie. Die vielen Maßnahmen haben alle ein Ziel, nämlich die hervorragende Lebensqualität und das beste Trinkwasser für nachfolgende Generationen zu sichern. Wien denkt dabei auch an den öffentlichen Raum, in dem an möglichst vielen Orten frisches Quellwasser zur Verfügung stehen soll. Dafür sorgen in der warmen Jahreszeit rund 1.600 Trinkbrunnen. Deren Anzahl wird laufend ausgebaut. Die Stadt sorgt so für eine sichere Wasserversorgung – und dafür, dass Trinkwasser das umweltfreundlichste, gesündeste und billigste Getränk in Wien bleibt.



Einer von 1.600 Trinkbrunnen

INFOBOX

www.wien.gv.at/umwelt/wasser-strategie-2050


II. Hochquellenleitung

© Fotos: Stadt Wien/Votava, Wiener Wasser/Novotny



Altglassammlung in Österreich – ausgereift, verlässlich und logistisch hoch entwickelt

Glasrecycling in Österreich funktioniert – seit bald 50 Jahren. Über die Erfolgsfaktoren der kommunalen Altglassammlung sprechen wir mit DI Eva Koller und Dr. Harald Hauke, Geschäftsführung der Austria Glas Recycling

Austria Glas Recycling ist Wegbereiter der österreichischen Atlglassammlung und hat das heimische Glasrecyclingsystem zu einem der erfolgreichsten weltweit gemacht. Wie gelingt das?
Harald Hauke: Glasrecycling in Österreich ist hoch entwickelt und etabliert. Es ist ein System, in dem viele Akteure koordiniert zusammenspielen und seit 1977 für Hygiene und Sauberkeit in Stadt und Land sorgen. Mit einer Recyclingquote für Glasverpackungen von über 80 % seit vielen Jahren zählen wir definitiv zu den Spitzenreitern. Es ist unsere Aufgabe, diese Vorreiterrolle auszubauen – zum Schutz der Umwelt und aus wirtschaftlicher sowie gesellschaftlicher Verantwortung.

Worauf gründet sich der Erfolg?
Eva Koller: Für den dauerhaften Erfolg des Systems bedarf es vieler Parameter. Es muss finanziell stabil sowie ökologisch werthaltig sein. Austria Glas Recycling punktet hier sowohl mit langjähriger Erfahrung als auch mit Innovationskraft. Wir stellen die Qualität bei Entsorgung und Transport sicher und informieren alle Zielgruppen im Rahmen professioneller Öffentlichkeitsarbeit. Nicht zuletzt ist der Status als Non-Profit-Unternehmen von Bedeutung, denn alle finanziellen Mittel werden wieder in das Recyclingsystem investiert.

Glasrecycling ist gelebte Kreislaufwirtschaft. Welche Zahlen können dies untermauern?
Harald Hauke: 25 Milliarden Glasverpackungen sind seit Beginn der Altglassammlung recycelt worden. Das sind 8 Millionen Tonnen, die im Kreislauf geblieben sind, als Sekundärrohstoff eingesetzt wurden und als neue Glasverpackungen auf den Markt gekommen sind. Das ist ökologisch sehr wertvoll und überdies betriebs- wie volkswirtschaftlich sinnvoll. In Österreich hergestellte Glasverpackungen bestehen im Durchschnitt über alle Formen und Farben zu 2/3 aus Altglas.

Welchen Stellenwert haben die Kommunen für eine erfolgreiche Altglassammlung?
Eva Koller: Die Kommunen zählen zu den wichtigsten Akteuren. Auf Basis vertraglicher Vereinbarungen und in enger Abstimmung mit ihnen arbeiten wir laufend daran, die regional optimale Ausgestaltung des Altglassammelsystems sicherzustellen. Austria Glas Recycling kooperiert seit Jahrzehnten mit kommunalen Abfallberater*innen. In ganz Österreich wirken diese dabei mit, die Menschen über Glasrecycling zu informieren und sie zum Mitmachen zu motivieren.

Glasrecycling vereint viele positive Aspekte, vom kreiswirtschaftlichen Prinzip bis hin zum Umweltschutz. Worin sehen Sie die größten Vorteile eines gut funktionierenden Glasrecyclingsystems?
Harald Hauke: Dank Glasrecycling sparen wir jährlich etwa 300.000 Tonnen an Primärrohstoffen und 260.000.000 Kilowattstunden elektrische Energie. Darüber hinaus trägt die Altglassammlung zur Versorgungssicherheit der heimischen Industrie bei und sichert vielfältige Arbeitsplätze in den Regionen. Sie ist ein bedeutsamer Wirtschaftsfaktor in Österreich.

Bezahlte Anzeige | © Foto: Austria Glas Recycling/Daniel Willinger

Graz: ein „Plan A“ fürs Blackout

Strategischer Weitblick, ein umfassendes Konzept und das Zusammenspiel von drei wichtigen Playern machen Graz im deutschsprachigen Raum zur Vorreiterin in Sachen Blackout-Vorsorge.

Was ein Blackout ist und welche Auswirkungen es haben kann, muss an dieser Stelle nicht mehr erläutert werden – längst sind Länder und Kommunen dabei, sich, ihre Infrastruktur und ihre Bevölkerung bestmöglich auf einen länger dauernden Stromausfall vorzubereiten.
Im deutschsprachigen Raum federführend ist hier die Stadt Graz: In zweijähriger Arbeit haben die Kooperationspartner:innen Stadt Graz (Magistratsdirektion, Referat Sicherheitsmanagement und Bevölkerungsschutz), deren Tochterunternehmen – dabei vorrangig die Holding Graz – und die Diözese Graz-Seckau den Ist-Zustand in Sachen Blackout-Vorsorge erhoben und erforderliche Maßnahmen erarbeitet. Die Erkenntnisse wurden in einem rund 100-seitigen detaillierten „Blackout-Konzept“, das die drei wesentlichen Blöcke „Haus Graz“, „Strategische Partnerschaften“ und „Bevölkerung“ enthält, sowie in mehrstufigen Checklisten und minutiösen Ablaufplänen zusammengefasst. Seit 2023 wird das Papier sukzessive umgesetzt, werden jährlich Teilbereiche daraus beübt und laufende Aktualisierungen durchgeführt.

Schwerpunkte und Ziele

Das Blackout-Konzept verfolgt diese zentralen Ziele:

- **Die Handlungsfähigkeit der Stadtverwaltung aufrechterhalten**
  Im Falle eines Blackouts trifft sich der Krisenstab der Stadt Graz zu vorgegebenen Zeiten im Stützpunkt des Grazer Parkraum- und Sicherheitsservice GPS. Dieser verfügt über ein autarkes Notstromsystem sowie über ein analoges Kommunikationssystem mit Funk und Satellitentelefon und auch über Kupferkabel-Krisentelefonie. Insgesamt stehen dem behördlichen Führungsstab sieben redundante Kommunikationswege zu allen Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben (BOS) sowie der kritischen Infrastruktur im Haus Graz zur Verfügung. So kann der Krisenstab beim Ausfall der digitalen Systeme die Führungsfähigkeit aufrechterhalten, kommunizieren, Entscheidungen kundtun und umsetzen.
- **Kritische Infrastruktur absichern**
  In einer umfassenden Analyse wurden im Blackout-Konzept die systemrelevanten Einrichtungen der Stadt festgehalten: Energieversorger, Wasserwerk, Kläranlagen, Spitäler, Pflegeheime etc. Mit den Betreibern dieser kritischen Infrastruktur wurden Pläne zur Weiterführung des Betriebs sowie Lösungen für eine Versorgung mit Notstrom, Treibstoff, wichtigen Versorgungsgütern etc. erstellt.
- **Die Bevölkerung informieren und unterstützen**
  Keine Stadt – mag die Blackout-Vorsorge noch so umfassend sein – kann die Bevölkerung im Krisenfall mit Lebensmitteln versorgen. Der beste Schutz ist für jede:n die Selbstvorsorge im eigenen Umfeld. Dazu gab es eine groß angelegte Informationskampagne der Stadt.
  Graz hat hier federführend am österreichweiten Konzept zur Versorgung



Am „Leuchtturm“ in Puntigam – einer Schule – übten Mitarbeiter:innen des Hauses Graz die Abläufe im Falle eines Blackouts.

© Alle Fotos: Stadt Graz/Foto Fischer

der Bevölkerung mit den Gütern des täglichen Bedarfs mit den großen Lebensmittel-Konzernen mitgearbeitet und war zugleich Pionierin in der Umsetzung und Prüfung der Tauglichkeit dieses Systems im urbanen Raum.

Leuchttürme, mobile Notrufsäulen, Wärmeinseln

Als Anlaufstellen für die Bevölkerung wurden als Herzstück der Krisen-Infrastruktur elf „Krisen-Leuchttürme“ und 26 „Krisen-Infopunkte“ eingerichtet. Diese Informations- und Kommunikationsdrehscheiben sind, über das Stadtgebiet verteilt, in bekannten Örtlichkeiten untergebracht (sechs in Kirchen, fünf in städtischen Einrichtungen wie Schulen, Rathaus, Amtshaus). Hier kann die Bevölkerung Lage-Informationen einholen und Hilfegesuche abgeben, etwa bei einem medizinischen Notfall. Die Leuchttürme sind mit Mitarbeiter:innen der Stadt Graz, des Grazer Parkraum- und Sicherheitsservice und der Diözese Graz-Seckau besetzt und mit Notstrom versorgt. Informationen können per Funk an die GPS-Zentrale weitergegeben werden. Niederschwellige Erste Hilfe ist möglich. An den Krisen-Infopunkten ist kein Personal vor Ort. Informationen und Hilfsgesuche werden über ein Schwarzes Brett kommuniziert.

Es wird auch „Mobile Notrufsäulen“ geben: Mit Funk ausgestattete Busse der Holding Graz Linien bleiben bei einem Blackout möglichst lange in Betrieb und können von der Bevölkerung per Handzeichen angehalten werden. Die Busfahrer:innen nehmen Notrufe entgegen, diese werden über die Zentrale an die zuständigen Einsatzorganisationen weitergeleitet.

Bei einem Blackout im Winter bietet Graz an zehn städtischen Schulen „Wärmeinseln“ – Turnsäle, die mit Holzöfen beheizt werden können.

Systemrelevant & Helfer:innen-Pool

Die Dienststellen im Haus Graz wurden in „systemrelevant“ und „nicht-systemrelevant“ eingeteilt. Während eines Blackouts sind die systemrelevanten Aufgaben aufrechtzuerhalten, dafür sind die Abteilungen selbst verantwortlich. Diese befinden sich jedoch in enger Abstimmung mit dem behördlichen Krisenstab, damit dies zu jeder Zeit gewährleistet werden kann. Aus den nicht-systemrelevanten Bereichen wurde ein Mitarbeiter:innenpool gebildet, der dem behördlichen Führungsstab für verschiedenste Aufgaben zur Verfügung steht.

Wo und wann sich die Führungsstäbe von Stadt, Holding und Diözese sowie die Pool-Mitarbeiter:innen treffen, wurde im Konzept genauestens festgelegt. Ebenso die Teilnahme von Verbindungsoffizieren der Einsatzorganisationen sowie wichtigen Haus Graz-Abteilungen.

Nottankkonzept

Viele systemkritische Leistungen und Services werden während eines Blackouts über einen Notstrombetrieb mit Dieselaggregaten am Laufen gehalten. Dafür wurde ein Nottankkonzept ausgearbeitet. Die Holding Graz verfügt über notstromversorgte Tank-Infrastruktur mit definierten Mindest-Füllmengen an Diesel. Aus diesem Vorrat wird ein Notöffentlicher-Verkehr betrieben, werden aber etwa auch die Geriatrischen Gesundheitszentren und die Feuerhalle (Leichenkühlräume) betankt. Für den Transport des Diesels stehen Pritschenwagen mit 440-Liter-Tanks zur Verfügung. Die Berufsfeuerwehr hat eigene Nottank-Möglichkeiten. Für die Versorgung der 18 für die Verkehrsleitung wichtigsten Ampelanlagen wurden ebenfalls mobile Notstromaggregate angeschafft.

Intensive Vernetzung

Neben vielen weiteren Details – z. B. wie werden Kinder in Kinderbildungs- und -betreuungseinrichtungen versorgt; wer befreit Menschen aus stecken gebliebenen Liftanlagen – werden folgende großen Themen im Blackout-Konzept abgehandelt: Abfallwirtschaft, Trinkwasserversorgung, Abwasserentsorgung, Erhaltung der Verkehrssicherheit, Bestattung, Fernwärme, Erdgas, Tierwohl …

Ein Abschnitt befasst sich mit der intensiven Vernetzung und Abstimmung mit den Einsatzorganisationen Polizei, Rettung und Feuerwehr sowie Militärkommando Steiermark, Land Steiermark und vielen weiteren Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben.

Resilienzmanagement

Das Blackout-Konzept für die Landeshauptstadt Graz ist „Work in progress“. Abgesehen von der alljährlich im Herbst durchgeführten Aktualisierung der 35 Kapitel gibt es laufend Abstimmungstreffen der Kooperationspartner:innen. Erfahrungen aus Planspielen, Katastropheneinsätzen und -übungen und die Beobachtungen internationaler Entwicklungen fließen in das Papier ein. Derzeit wird an der Weiterentwicklung des Konzepts zu einem umfassenden „Resilienzmanagement“ gearbeitet, damit die Stadt robust auf unterschiedlichste Krisen reagieren kann.

Fazit

Kein noch so umfassendes Konzept und keine noch so gute öffentliche Vorsorge kann die Bevölkerung einer Stadt mit rund 300.000 Einwohner:innen vor den negativen Auswirkungen eines länger dauernden Stromausfalls bewahren. Mit dem Blackout-Konzept ist Graz dank des Zusammenspiels von starken Partner:innen aber ein „Plan A“ gelungen, mit dem Kräfte sinnvoll gebündelt werden, um die Bürger:innen möglichst weitgehend vor Schäden zu bewahren.



Gilbert Sandner

Leiter Referat Sicherheitsmanagement und Bevölkerungsschutz der Stadt Graz, Leiter des Führungsstabes der Stadt Graz

INFOBOX

Das Blackout-Konzept zum Download und viele Infos zum Thema Blackout-Vorsorge der Stadt Graz finden Sie auf www.sicherheit.graz.at.



Feldbach ist vorbereitet

Wie sich die steirische Stadtgemeinde Feldbach für ein Blackout rüstet

Bgm. Josef Ober, Sicherheitsbeauftragter GR Josef Gsöls und KAT-Referent Peter Köhldorfer

Das Thema Blackout wird in der Stadtgemeinde Feldbach bereits seit 2016 bei Workshops mit den Feldbacher Feuerwehren verfolgt. Sehr rasch wurde klar, dass die Feuerwehren als Einsatzorganisationen alleine bei einem Blackout überfordert sein werden und es eine sehr viel breitere Beschäftigung durch alle Gesellschaftsschichten hindurch benötigt.

Es folgte 2017 eine Vortragsreihe zum Thema Blackout in allen Ortsteilen der Stadtgemeinde, eine Blackout-Broschüre wurde erstellt und ein KIRAS-Forschungsprojekt eingereicht und genehmigt. Mit diesem Projekt war es möglich, die Blackout-Vorsorge professionell aufzuarbeiten – das Ergebnis kann sich sehen lassen.

Für das Sicherheitsteam der Stadtgemeinde Feldbach waren drei Fragen zu klären:

1. Gibt es eine Lösung, wie wir die Stadtgemeinde auf niedrigem Niveau mit unserer Daseinsvorsorge durch ein Blackout führen können?
2. Ist diese Lösung technisch und menschlich machbar?
3. Ist diese Lösung finanziell leistbar?

Unsere Erkenntnis war: Es gibt eine einfache Lösung, sie ist machbar und sie ist leistbar.

Wasserversorgung

Der wichtigste Zuständigkeitsbereich der Stadtgemeinde Feldbach ist die Wasserversorgung. Hier ist es nicht so zeitkritisch wie beim Abwasser, da einige Hochbehälter im Versorgungsgebiet vorhanden sind und diese immer auf gewissem Niveau gehalten werden. Innerhalb von sechs Stunden müssen die Kommunalfahrzeuge mit ihren Zapfwellengeneratoren ausrücken und nach dem Wasserplan die Pumpen betreiben. Die Brunnenanlage mit der Wasseraufbereitung für das Ortswasser ist zudem mit Notstrom versorgt. Auch die überregionale Wasserversorgung wird durch den Wasserverband Vulkanland gesichert.

Abwasserentsorgung

Der zweitwichtigste Bereich ist die Entsorgung der Abwässer. Aufgrund einer Analyse der Abwassermengen in den verschiedenen Haupt- und Teilsträngen wurde für alle Sammel- und Pumpstationen ein Zeitplan ausgearbeitet, wann diese die Abwässer weiterzupumpen haben. Dazu wurden Zapfwellengeneratoren angeschafft, welche einzelnen Kommunalfahrzeugen zugewiesen wurden. Diese sind mit dem dazugehörigen Kabel ausgestattet und auch die Anlagen bedienerfreundlich umgebaut. Das Personal für die Bewegung der Geräte und die Inbetriebnahme der Stationen wird seitens der Stadtgemeinde Feldbach gestellt. Dies wird auch regelmäßig geprobt, da diese bei einem Blackout unmittelbar nach Inkrafttreten ausrücken müssen, um eine Überflutung zahlreicher Keller zu vermeiden.

Auch die Verbandskläranlage, bei der letztendlich alle Abwässer einlaufen, ist Blackout-sicher ausgeführt.

© Foto: Stadtgemeinde Feldbach

11 Selbsthilfebasen

Das dritte Standbein sind die Selbsthilfebasen. Diese sind so angelegt, dass sie von der gesamten Bevölkerung fußläufig erreichbar sind. Sie dienen in erster Linie – wie der Name schon sagt – dazu, sich selbst zu helfen bzw. um Hilfe anfordern zu können und werden von den acht Feldbacher Feuerwehren und einigen Vereinen betrieben, welche auch das Personal stellen und die von der Stadtgemeinde Feldbach zur Verfügung gestellten Zapfwellengeneratoren mit ihren Traktoren zu den Einspeisestellen bringen, um die Gebäude mit Strom zu versorgen. Alle Stationen sind über Funk mit der Feldbacher Einsatzzentrale verbunden.

Gesundheitseinrichtungen

Eine zentral gelegene Praxis für Allgemeinmedizin wird mit Notstrom versorgt und in Minimalbesetzung in Betrieb gehalten. Zwei der drei Feldbacher Apotheken werden ebenso mit Notstrom versorgt und können begrenzt mit ihrem Treibstofftank die Generatoren betreiben, bei Bedarf kommt Nachschub von der Stadtgemeinde.

Auch die lebensrettende Dialysestation in Feldbach hat einen Notfallplan. Die Behandlung der Patient:innen wird so angepasst, dass die Zeitspanne zwischen den Behandlungen auf ein Maximum gestreckt wird. Dies ist zwar etwas unangenehm, sichert aber das Überleben. Die Pflegeheime haben auch selbstständig vorgesorgt. Es werden Lebensmittel bevorratet und Notstrom ist vorgesehen, damit lebenswichtige Geräte wie Sauerstoffspender weiter funktionieren. Es ist allen bewusst, dass sie nicht einfach zusperren und ihre Patient:innen in das Krankenhaus überstellen können, da dieses für einen derartigen Ansturm nicht ausgelegt ist. Auch das Feldbacher Krankenhaus hat massiv mit einer vergrößerten Notstromanlage mit Zusatztanks nachgebessert. Somit kann nicht nur die Intensivstation weiter versorgt werden, sondern das gesamte Krankenhaus. Es muss nur vom Katastrophenschutz ausreichend Treibstoff nachgeliefert werden.

> „Eine moderne Gesellschaft, die die Frage ‚Was wäre, wenn der Strom 1, 2, 3 … Tage ausfällt' nicht beantworten kann, handelt fahrlässig und ist sich ihrer Verantwortung nicht bewusst."
>
> Bürgermeister Josef Ober

Städtischer Bauhof mit Tankstelle

Die Einsatzzentrale für alle Organisationen, der Städtische Bauhof und das Städtische Wasserwerk sind notstromversorgt. So wird auch sichergestellt, dass alle eingeteilten Mitarbeiter:innen ihrer Arbeit nachgehen und auch Reparaturen durchführen können. Bevor der Sprit in den Traktoren zu Ende geht, können diese in der gemeindeeigenen Tankstelle betankt werden oder der Sprit wird mit einer mobilen Tankstelle zugestellt. Auch die Einsatzorganisationen (Feuerwehr, Rettung und Polizei) können ihre Fahrzeuge am Städtischen Bauhof betanken. Ärzt:innen, Apotheken und die Dialysestation werden mit der mobilen Tankstelle versorgt. Es wird für jede:n ein Kontingent an Treibstoff vorrätig gehalten. Die gemeindeeigene 60.000-Liter-Tankstelle hat immer ausreichend Treibstoff vorrätig, damit der Betrieb, je nach Jahreszeit, ein oder zwei Wochen für das gesamte System bereitsteht. Damit es zu keiner unberechtigten Entnahme von Treibstoff kommt, sind vorab Kontingente für alle Akteur:innen mit Zutrittsberechtigungen vergeben worden. Damit diese auch eingehalten werden, wird der Zugang zu diesem Bereich durch Soldaten der benachbarten Kaserne Feldbach bewacht.

Gemeindewohnhäuser

Die gemeindeeigenen Wohnhäuser sind fast ausschließlich mit Fernwärme versorgt. Es wurden seitens der Stadtgemeinde Feldbach alle Übergabestellen so umgebaut, dass im Bedarfsfall ein Gemeindefahrzeug mit eingebautem Wechselrichter vor das Objekt fährt, die Anlage mit einem vorgefertigten Verlängerungskabel in Betrieb nimmt und das Gebäude mit Wärme versorgt. Dazu gibt es einen Ablaufplan, wie lange bei den einzelnen Gebäuden die Wärme ins Haus gepumpt wird. Es wird kein Vollbetrieb durchgeführt, sondern das Objekt vor Schaden bewahrt, damit keine Leitungen einfrieren und die Bewohner:in-nen ein gewisses Mindestmaß an Temperatur in ihren Wohnungen haben.

Kommunikation

Die Kommunikation erfolgt im Blackout-Fall über verschiedene Funksysteme und Kuriere zwischen der Einsatzzentrale und den Selbsthilfebasen. Die Bevölkerung bekommt die Informationen bei den Selbsthilfebasen und über ein Notfallradio, das stündlich auf 88,3 MHz die wichtigsten Informationen durchgibt. Die Eigenvorsorge der Bevölkerung ist ein sehr wichtiger Punkt. Die Gemeinde kann mit Unterstützung der Feuerwehren und einiger Vereine nur die Infrastruktur stellen, aber keine Versorgung mit Lebensmitteln und den wichtigsten Medikamenten. Die Eigenvorsorge der Bevölkerung, gemeinsam mit Nachbar:innen Lösungen zu finden, ist eine Frage von verantwortungsvoller Vorsorge, Bevorratung und gegenseitiger Unterstützung. Gewerbebetriebe und Landwirtschaften müssen eine eigene Notstromversorgung errichten, denn die Feuerwehren haben nicht die Kapazitäten, allen diesen Betrieben im Blackout-Fall eine Unterstützung zu geben. Die Bewusstseinsbildung für die Eigenvorsorge ist eine ständige Aufgabe für die Gemeinden und für alle Betriebe. Denn nur gut vorbereitete Mitarbeiter bei Einsatzorganisationen und Pflege- und Gesundheitseinrichtungen erscheinen zur Arbeit, zum Dienst oder zur ehrenamtlichen Tätigkeit.

Gemeinsam Großes erreicht

Dank eines KIRAS-Forschungsprojektes und dank Karl Puchas, Lokale Energieagentur GmbH, Herbert Saurugg und weiterer Experten sowie eines motivierten Gemeindeteams haben wir für uns eine gute Lösung gefunden, die wir gerne dem Zivilschutzverband Steiermark weitergegeben haben. Wir teilen unsere Erkenntnisse für alle Interessierten auf https://feldbach.gv.at/blackout/, doch das Wissen führt nur dann zum Erfolg, wenn es auch umgesetzt wird.

Sicheres Hohenems

Verwundbarkeit und Resilienz der Infrastruktur bei einem Blackout in der Vorarlberger Stadt Hohenems

Christian Klien, Katastrophenschutzbeauftragter der Stadt Hohenems

Ein Stromausfall kann lokal begrenzt auftreten oder großflächig ganze Regionen, Länder oder sogar Teile Europas betreffen. Die Stadt Hohenems setzt sich seit mehreren Jahren intensiv mit der Thematik eines möglichen Blackouts und der Sicherung ihrer kritischen Infrastruktur auseinander. Das tägliche Leben ist in nahezu allen Bereichen von einer funktionierenden Stromversorgung abhängig – die Versorgungssicherheit war noch nie so hoch, zugleich aber auch die Abhängigkeit.

Wasserversorgung

Gemeinsam mit dem Rheintalwasserverband kann die Trinkwasserversorgung der Stadt Hohenems auch im Krisenfall aufrechterhalten werden. Die wichtigsten Anlagen wurden für den Notstrombetrieb vorbereitet und mit Notstromeinspeisungen, Aggregaten sowie Treibstoffvorräten ausgestattet. Damit ist eine wesentliche Grundversorgung für die Bevölkerung auch bei längerem Stromausfall gewährleistet.

Abwasserentsorgung

Die öffentliche Abwasserentsorgung erfüllt eine zentrale hygienische und umweltschützende Funktion. Um Rückstau und Umweltschäden zu verhindern, muss die hydraulische Kette bis zur Kläranlage durchgehend funktionsfähig bleiben. Dies wird durch Notstromaggregate und Zapfwellengeneratoren im Wechseldienst sichergestellt. Umfangreiche Umbaumaßnahmen ermöglichen den Betrieb aller Pumpstationen auch bei Stromausfall. Somit ist gewährleistet, dass Abwässer ordnungsgemäß zur Kläranlage gelangen und keine Beeinträchtigung von Gebäuden oder Grundwasser erfolgt.

Treibstoffversorgung

Zur Aufrechterhaltung der Einsatzbereitschaft der Blaulichtorganisationen wurde in Hohenems eine notstromversorgte Tankstelle eingerichtet. Dadurch kann die Versorgung sämtlicher Einsatzfahrzeuge und technischer Geräte auch bei einem Blackout sichergestellt werden.

Kommunikation und Information

Ein eigenes Funknetz ermöglicht die Kommunikation zwischen Einsatzleitung, Notrufmeldestellen und Einsatzkräften. Dieses System dient sowohl der internen Koordination als auch der Verbindung zu Hilfe suchenden Bürger:innen. Zusätzlich wurde das Kommunikationsnetz auf das Gesundheitssystem ausgedehnt, um medizinische Anliegen rasch bearbeiten zu können. Über fünf im Stadtgebiet verteilte Notrufmeldestellen, die innerhalb von 15 Gehminuten erreichbar sind, können Informationen und Hilfe bezogen werden.

Einsatzbereitschaft der Feuerwehr

Das Feuerwehrhaus der Stadt Hohenems ist vollständig notstromversorgt und somit auch bei längeren Stromausfällen einsatzfähig. Darüber hinaus wurde Vorsorge getroffen, um bis zu 150 Personen über einen Zeitraum von 72 Stunden mit warmen Mahlzeiten zu versorgen.

Gemeindeeinsatzleitung

Mit dem Neubau des Rathauses wurde auch dieses Gebäude krisensicher ausgestattet. Ein 80-kVA-Batteriespeicher sowie ein 100-kVA-Notstromaggregat zur externen Stromeinspeisung gewährleisten die Einsatzfähigkeit der Gemeindeeinsatzleitung unter der Leitung des Bürgermeisters. Somit können notwendige Maßnahmen für die Bevölkerung unverzüglich umgesetzt werden.



Christian Klien bei der USV-Anlage

Notrufmeldestellen

Aufgrund der geografischen Gegebenheiten wurden fünf Notrufmeldestellen im Stadtgebiet eingerichtet, die für alle Bürger:innen in maximal 15 Gehminuten erreichbar sind. Sie verfügen über die erforderliche Grundausstattung, um Informationen und Unterstützung bereitzustellen.

Sensibilisierung der Bevölkerung

Um die Eigenvorsorge zu fördern, hat die Stadt Hohenems mehrere Informationsveranstaltungen zum Thema Blackout abgehalten. Zudem wurde die Broschüre „Sicherheitsinformation für den Katastrophenfall“ kostenlos verteilt. Weitere Informationen und Materialien stehen auf der Website der Stadt Hohenems zum Download zur Verfügung: www.hohenems.at.

© Foto: Privat


mehr wien zum leben.
wienholding
mehr
Wien
zum
leben.
Ihre LEBENSQUALITÄT
ist unsere Aufgabe.
Kultur und Sport, Immobilien, Logistik und Digital:
Die Wien Holding schafft Lebensqualität für unsere Stadt.
365 Tage im Jahr zu jeder Zeit an jedem Ort.
Für alle Wienerinnen und Wiener.
www.wienholding.at
Bezahlte Anzeige
GGK MULLENLOWE



Der Europäische Rechnungshof in Luxemburg kontrolliert die Verwendung von EU-Mitteln.

Die resiliente Stadt

Lehren aus den Berichten des Europäischen Rechnungshofes

Immer wieder stößt der Europäische Rechnungshof (EuRH) bei seinen Prüfungen auch auf strukturelle Probleme in unterschiedlichsten Politikbereichen, die die Anpassungsfähigkeit und Resilienz der EU und ihrer Mitgliedstaaten beeinträchtigen. Oft sind dies fehlende, fragmentierte oder überambitionierte Strategien, nicht darauf abgestimmte Finanzierungen, die zu geringe Treffsicherheit von Förderungen, fehlende Koordinierung unterschiedlicher Akteure oder Defizite bei Daten, die das Monitoring und Nachjustieren erschweren. Probleme, die – wenn sie nicht adressiert werden – nicht nur den wirtschaftlichen, effektiven und effizienten Mitteleinsatz beeinträchtigen, sondern auch die Handlungsfähigkeit der EU, der Mitgliedstaaten und der Städte und Gemeinden einschränken. Aber genau diese Handlungsfähigkeit ist entscheidend, wenn es um die angemessene Reaktion auf neue Herausforderungen wie Klimawandel, Extremwetterereignisse oder Versorgungsengpässe geht.

Bericht Intelligente Städte

Am Beispiel des Berichts Intelligente Städte[1] zeigen sich diese Herausforderungen deutlich. Im Zentrum stand ein Forschungsprogramm, das dazu beitragen sollte, die Städte in der EU ‚intelligenter' zu machen, vor allem im Hinblick auf die Nutzung technologischer Innovationen zur Verbesserung ihrer Verwaltung (schneller und näher zu Bürger:innen) und zur Verwirklichung des Grünen Deals (klimafreundliche Mobilität, CO2-Abdruck verringern …). In insgesamt 18 Leuchtturmprojekten haben 48 Leuchtturmstädte (in Österreich Wien), 72 Folgestädte (in Österreich Graz) und 515 weitere Partner zusammengearbeitet[2].

Die Prüfung zeigte, dass das Leuchtturmprogramm konkrete Lösungen geliefert und den beteiligten Städten geholfen hat. Der Bedarf der Städte wurde berücksichtigt, bei der konkreten Umsetzung der Projekte gab es jedoch Hindernisse. Ein Beispiel aus Wien zeigt etwa, warum innovative Lösungen erst mit Verzögerung in der Praxis ankommen: Mangels Tragfähigkeit des Geschäftsmodells ohne EU-Finanzhilfen musste erst ein neuer Betreiber gefunden werden, der das Angebot (Car-Sharing mit Elektrofahrzeugen) für eine breitere Öffentlichkeit bereitstellte[3].

Eine umfassendere Nutzung und Übernahme von erprobten Lösungen von anderen Städten und Gemeinden erwies sich als schwierig. Einerseits gab es zu wenig Koordinierung zwischen den Leuchtturmprojekten und anderen Initiativen wie z. B. der Mission „Klimaneutrale und intelligente Städte", andererseits unsichere Finanzierungen. 100 Städte bis 2030 klimaneutral zu machen – dieses Ziel der EU klingt visionär, setzt aber gewaltige Investitionen und koordinierte Förderung voraus. Vielen Städten fehlte der Überblick, welche öffentlichen oder privaten Mittel ihnen über die Forschungsprogramme Horizont 2020 und Horizont Europa hin-

© Foto: Europäische Union 2025, European Court of Auditors

aus überhaupt zur Verfügung stehen[4]. Das liegt auch daran, dass das Leuchtturmprogramm Teil einer zersplitterten Struktur von EU-Förderinstrumenten und Initiativen blieb – ohne übergeordnete Strategie und ausreichende Koordinierung.
Unter solchen Rahmenbedingungen sind Investitionen in und von Kommunen schwierig. Die Konsequenz ist, dass die Erfahrungen der beteiligten Städte nicht in hinreichendem Umfang genutzt werden. Unterm Strich bleibt daher, dass bei zielgerichteter Programmierung und Abstimmung deutlich mehr positive Wirkung hätte erzielt werden können.

Anpassung an den Klimawandel in der EU

Ähnliche Defizite hat der EuRH auch in seinem Bericht zur Bewertung der Anpassung an den Klimawandel in der EU[5] festgestellt: ambitionierte Ziele, aber die Maßnahmen bleiben hinter dem zurück, was notwendig wäre.
Hitzewellen, Dürren, Überschwemmungen – extreme Wetterereignisse haben die EU in den vergangenen zehn Jahren im Schnitt 26 Milliarden Euro jährlich gekostet[6]. Der Handlungsdruck, sich an die neuen Klimarealitäten anzupassen, wächst. 2021 legte die EU daher eine neue, im Europäischen Klimagesetz verankerte Strategie zur Anpassung an den Klimawandel vor – mit dem langfristigen Ziel, bis 2050 ein klimaresilientes Europa zu schaffen. Ein ehrgeiziges Ziel, das von allen Beteiligten auf allen Ebenen erhebliche Anstrengungen verlangt. Diese müssen nicht nur koordiniert werden, um die optimale Wirkung zu erzeugen. Es braucht auch verlässliche Daten, um eine solide Handlungsgrundlage zu haben.
Die Prüfung zeigte jedoch, dass einige Mitgliedstaaten bei der Erstellung ihrer nationalen Anpassungsstrategien noch auf veraltete wissenschaftliche Daten zurückgreifen. So nutzte auch Österreich im nationalen Anpassungsplan 2024 veraltete Daten aus 2014 für seine Bedarfsabschätzung, mit dem Risiko, den mit der Klimaanpassung verbundenen Investitionsbedarf zu niedrig zu schätzen[7].
Um die Klimaresilienz zu stärken, ist es entscheidend, dass Strategien auf allen Ebenen aufeinander abgestimmt sind und sämtliche Angebote ausgeschöpft werden. Der EuRH befragte Vertreter:innen von 400 Kommunen, darunter 113 in Österreich. Es zeigte sich, dass den meisten Informationen über Strategien und Pläne zur Anpassung an den Klimawandel fehlten, EU-Instrumente wie Climate-ADAPT, Copernicus oder der EU-Konvent der Bürgermeister:innen wurden nicht genutzt[8].
Ein weiterer Kritikpunkt war bei dieser Prüfung die Nachverfolgung der EU-Mittel und die Treffsicherheit der Förderungen. Aufgrund des bereichsübergreifenden Charakters von Anpassungsmaßnahmen und der Förderung aus verschiedenen Töpfen lassen sich die EU-Mittel nur schwer genau beziffern. Umgekehrt birgt dieser Querschnittscharakter auch die Gefahr, dass Projekte fälschlicherweise als relevant ausgewiesen werden[9]. Ein Drittel der vom EuRH geprüften Projekte trug kaum zur Anpassungsfähigkeit an den Klimawandel bei, zwei Projekte drohten zu einer höheren Anfälligkeit und damit Fehlanpassungen zu führen[10]. Aus EU-Mitteln geförderte technische Lösungen wie großflächige Bewässerung, Deichbau oder Schneekanonen sind langfristig weniger wirksam als strategische Alternativen wie der Umstieg auf weniger wasserintensive Kulturen, die Umsiedelung von Bewohner:innen von Küstenregionen oder die Forcierung von Ganzjahrestourismus.
Aufgrund dieser Schwachstellen besteht die Gefahr, dass die Strategien und Maßnahmen mit dem Klimawandel nicht Schritt halten – das hat auch Auswirkungen auf das Leben von Bürger:innen in Städten und Gemeinden.

Fazit

Aus Prüfungen des Europäischen Rechnungshofs lassen sich wichtige Rückschlüsse für Handlungsfelder auf kommunaler Ebene ziehen. Die Herausforderungen sind mannigfaltig, reichen weit über einzelne Politikfelder hinaus und beschränken sich nicht auf „die EU“ oder „den Mitgliedstaat“. Wer etwa Klimawandel, Mobilität oder Energieversorgung effektiv angehen will, muss auch die dahinterliegenden strukturellen Probleme erkennen und lösen. Nur so können langfristige, wirksame Lösungen entstehen. Und letztlich entscheidet nicht die Größe einer Institution über ihre Resilienz, sondern ihre Fähigkeit, sich anzupassen, zu reagieren und aus Beispielen – guten wie schlechten – zu lernen.



Helga Berger

ist seit August 2020 das österreichische Mitglied im Europäischen Rechnungshof. Der Europäische Rechnungshof kontrolliert die effiziente und effektive sowie ordnungsgemäße Verwendung von EU-Mitteln und trägt zur Verbesserung des Finanzmanagements der EU bei. Als unabhängige externe Kontrollinstanz der EU vertritt er die Interessen der europäischen Steuerzahler:in-nen. Er prüft die EU-Institutionen, aber vor allem auch die Verwendung von EU-Mitteln bei in den Mitgliedstaaten umgesetzten EU-Projekten.
www.eca.europa.eu/de

1 | SR 24/2023: www.eca.europa.eu/de/publications/SR-2023-24
2 | SR 24/2023, Paragraf 07 und Anhang I
3 | SR 24/2023, Box 2
4 | SR 24/2023, Paragraf 84
5 | SR 15/2024: www.eca.europa.eu/ECAPublications/SR-2024-15/SR-2024-15_DE.pdf
6 | https://ec.europa.eu/eurostat/databrowser/view/CLI_IAD_LOSS/default/table?lang=en&category=cli.cli_iad
7 | SR 15/2024, Paragraf 24 und Tabelle 1
8 | SR 15/2024, Paragraf 42
9 | SR 14/2024: „Ökologischer Wandel: Beitrag der Aufbau- und Resilienzfazilität ist unklar“, Abbildung 10
10 | SR 15/2024, Paragraf 53

© Foto: ECA

Bleibt Bargeld erhalten? Und wie!

Die Oesterreichische Nationalbank (OeNB) stärkt mit ihrer Geldautomaten-Initiative die Bargeldversorgung und setzt sich für die Wahlfreiheit beim Bezahlen ein.

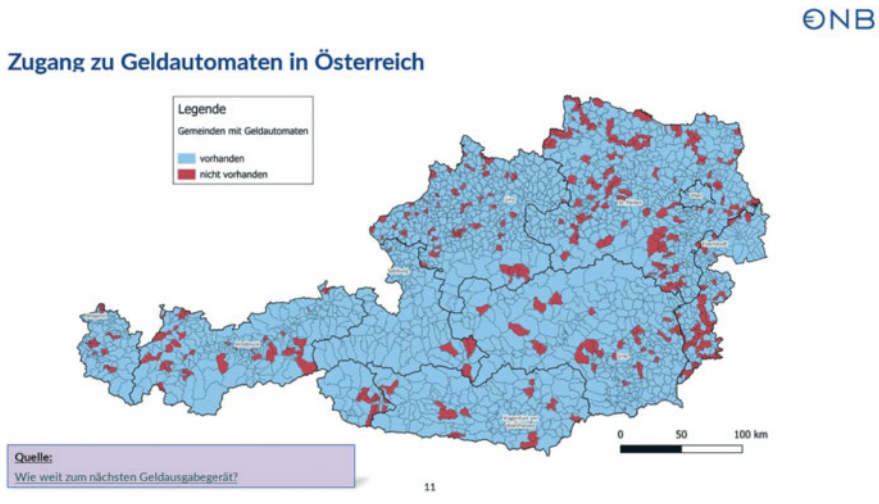
Bargeld ist derzeit das einzige öffentliche Zahlungsmittel. Das bedeutet auch, dass es als einziges kein privates Geschäftsmodell zur Gewinnerzielung ist, sondern der Versorgung dient. Sowohl die breite Akzeptanz als auch die weitreichende Verfügbarkeit von Bargeld im Alltag sind wesentliche Pfeiler für die soziale Teilhabe und die wirtschaftliche Stabilität.

94 % der Österreicher:innen können sich eine Welt ohne Bargeld nicht vorstellen. Dennoch steigt die Anzahl der Geschäfte, die Barzahlung ablehnen oder die Bezahlung mit Bargeld erschweren. Die OeNB fordert daher eine für Einzelpersonen durchsetzbare gesetzliche Annahmepflicht für Bargeld mit ganz wenigen sinnvollen Ausnahmen. Das bedeutet, dass es überall möglich ist, mit Bargeld zu bezahlen. Nur so kann die Wahlfreiheit zwischen digitalen und analogen Zahlungsmitteln gewährleistet werden.

Um gleiche Wettbewerbsbedingungen für alle Zahlungsmittel sicherzustellen, ist es notwendig, dass Zentralbanken ihr Premiumprodukt – das Bargeld – unterstützen. Nur so kann ein Gleichgewicht zu privaten Zahlungsanbietern hergestellt werden. Die Existenz von Bargeld wird insbesondere in Ländern mit hoher Bargeldnutzung weitgehend als selbstverständlich angesehen. Daher ist es für Zentralbanken von entscheidender Bedeutung, gerade jetzt, in Zeiten der fortschreitenden Digitalisierung, in Sachen Bargeld aktiv zu werden. Barzahlungen bieten zahlreiche Vorteile, wie etwa das Recht auf den Schutz personenbezogener Daten oder die bessere Ausgabenkontrolle, wie bereits Studien bestätigen.

EU-Vorstoß für Bargeldstatus

Der Vorschlag der Europäischen Kommission für das Paket zur einheitlichen Währung („Single Currency Package“) der EU sieht vor, die Annahme und den Zugang zu Bargeld gesetzlich zu sichern. Eine strengere nationale Gesetzgebung für die Annahmepflicht sollte jedenfalls weiter zulässig sein. Mitgliedstaaten sollen jährlich berichten, ob die Versorgung ausreichend ist. Bei Mängeln müssen politische Maßnahmen folgen – etwa geografische Mindestanforderungen oder Sanktionen bei Ablehnung. Gleichbehandlung ist auch im Kontext des digitalen Euro ein zentraler Punkt: Für die OeNB ist es eine Frage der Glaubwürdigkeit, dass für Bargeld und seinen digitalen Zwilling – soweit sinnvoll – dieselben Rechte und Pflichten gelten – insbesondere bei der Akzeptanzpflicht.



Bargeldgrundversorgung sicherstellen

Der Zugang zu Bargeld muss für alle Menschen einfach und ohne direkte Gebühren sein. Die OeNB betreibt ein Dashboard zur Überwachung der Versorgungslage und stellt auf Gemeindeebene Daten zur Erreichbarkeit bereit. Nach umfangreichen Verhandlungen wurde 2024 eine Vereinbarung zwischen dem Österreichischen Gemeindebund und den österreichischen Banken über die Bereitstellung von Bargeld in den Gemeinden geschlossen. Diese Vereinbarung sichert bis 2029 die flächendeckende Bargeldversorgung in ländlichen Gebieten. Die OeNB ergänzt dieses Netz in Abstimmung mit dem Städtebund und dem Gemeindebund und schließt gezielt bestehende Versorgungslücken. „Bargeld ist nach wie vor für viele Menschen unverzichtbar – vor allem auch für ältere Menschen oder Menschen ohne Bankkonto. Bargeld fördert nicht nur die soziale Teilhabe, sondern dient auch der lokalen Wirtschaft und stärkt die Innenstädte“, so Städtebundpräsident Michael Ludwig beim Beitritt des Städtebundes. Bis 2027 werden von der OeNB bis zu 120 neue Geldausgabeautomaten errichtet. Ziel ist ein gebührenfreier, wohnortnaher Zugang zu Bargeld und eine spür-

© Grafik Quelle: https://oenb.shinyapps.io/ErreichbarkeitGeldautomaten

bare Verbesserung der lokalen Bargeldversorgung.
Die OeNB setzt sich gemeinsam mit ihren Bargeldtochtergesellschaften darüber hinaus klar für einen effizienten und kostengünstigen Bargeldkreislauf ein. Mit der Einführung des Euro konnte die OeNB durch die Gründung der Geldservice Austria GmbH alle Hauptkassen der österreichischen Banken unter einem Dach vereinen. Seitdem arbeitet die OeNB kontinuierlich an weiteren Verbesserungen durch regional optimierte Versorgungslösungen. Besonders wichtig ist dabei der Austausch mit den Banken, um maßgeschneiderte Servicepakete anbieten zu können.

Bargeld ist demokratisch

Bargeld ist ein intelligentes Zahlungsmittel für alle, die bewusst entscheiden, wie sie bezahlen: Konsument:innen messen der Preisgabe der eigenen Daten immer mehr Relevanz zu. Zahlungen mit Bargeld erlauben Datenschutz und somit Privatheit bei Bezahlvorgängen. Weitere wichtige Eigenschaften umfassen die Kostenkontrolle und damit den bewussten Umgang mit Geld sowie die universelle Einsetzbarkeit: Mit Bargeld kann immer und überall bezahlt werden.

Resilienz durch Bargeld

Bargeld wird von den Menschen auch zur Wertaufbewahrung genutzt und unterstützt damit die Resilienz aller in Krisenzeiten. Wichtig für die Aufrechterhaltung einer resilienten Bargeldversorgungsstruktur ist auch die eigene Vorsorge in „ruhigen Zeiten“. Daher appelliert die OeNB an alle, vorausschauend zu agieren und kleine Mengen Bargeld (etwa 100 EUR pro Familienmitglied) für den Ernstfall zu Hause zur Verfügung zu haben.
Die Sichtweise der OeNB auf Bargeld hat sich aufgrund der geopolitischen Lage nicht geändert: Österreich ist und bleibt ein Bargeldland. Die jahrzehntelange Erfahrung zeigt, dass die Nachfrage nach Bargeld in Krisenzeiten rapide steigt. Würde die Bargeldinfrastruktur in ruhigeren Zeiten ausgedünnt, könnten Nachfrageschocks nicht mehr bewältigt werden. Mit diesem Wissen handelt die OeNB entsprechend.



Städtebund-Generalsekretär Thomas Weninger, Gouverneur Martin Kocher, Städtebund-Präsident Michael Ludwig, Vize-Gouverneurin Edeltraud Stiftinger (v. l. n. r.)

Jung, digital und trotzdem bar unterwegs

Seine einzigartigen Eigenschaften machen Bargeld auch zu einem modernen Zahlungsmittel – besonders für junge Menschen, wie die Ö3-Jugendstudie 2025 zeigt: 70 % der unter 26-Jährigen sehen Bargeld als Teil ihres Lifestyles. Selbst Online-Shopping erreicht mit 75 % nur eine geringfügig höhere Beliebtheit.
Wer sich neben den positiven Seiten auch der Risiken einer digitalen Welt bewusst ist, wird sich im Zeitalter der Digitalisierung bewusst für Bargeld als analoges Zahlungsmittel entscheiden – nicht aus Technikfeindlichkeit oder Innovationsmangel, sondern aus Überzeugung und Weitsicht. Nur weil etwas „alt“ und „bewährt“ ist, bedeutet das nicht, dass es nicht mehr „modern“ wäre oder gar verschwinden sollte. Um ein Beispiel zu geben: Das Fahrrad, eines der ältesten Fortbewegungsmittel, ist heute zeitgemäßer denn je. Kino, Radio, Theater – alle haben einen fixen Platz in unserem Leben und haben neuere technische Entwicklungen wie Videorekorder und CD-Spieler locker überlebt. Bargeld bleibt daher ein modernes, bewusst gewähltes Zahlungsmittel für alle Menschen, die auch weiterhin auf bewährte Weise bezahlen möchten und sich echte Wahlfreiheit bewahren wollen.



Matthias Schroth

ist Direktor der Hauptabteilung Recht, Bargeld und Beteiligungen in der Oesterreichischen Nationalbank. In dieser Funktion verantwortet er vor allem die Weiterentwicklung des baren Zahlungsverkehrs in der OeNB, die geschäftspolitische Strategie der Beteiligungsunternehmen des Geldwesens sowie die Verwaltung sämtlicher Beteiligungsunternehmen und die Rechtsabteilung.

Erreichbarkeit des nächsten Geldausgabeautomaten.

© Fotos: Stadt Wien/Christian Jobst, OeNB/Evelyn Lynam



Mit Daten zu besseren Straßen

Die Stadtgemeinde Saalfelden ließ 2025 ihr gesamtes Gemeindestraßennetz vom AIT Austrian Institute of Technology erfassen. Die objektive Datengrundlage soll eine effiziente, nachvollziehbare Straßenerhaltung ermöglichen.

Roland Spielhofer, AIT, und Daniel Trixl, Saalfelden

Straßen zählen zu den sichtbarsten Infrastrukturen einer Gemeinde – und zu den kostenintensivsten. In vielen Kommunen stehen die Budgets für die Straßenerhaltung in Konkurrenz zu anderen Aufgaben, etwa Bildung, soziale Einrichtungen oder Klimaschutzmaßnahmen. Entscheidungen über Sanierungen müssen daher gut begründet und langfristig tragfähig sein.

In Saalfelden kommt hinzu, dass die Gemeinde als Tourismusstandort besonders hohe Anforderungen an ihre Infrastruktur stellt. Neben der Verkehrssicherheit spielt auch der optische und funktionale Zustand der Straßen eine wichtige Rolle für das Ortsbild und die Aufenthaltsqualität. Gleichzeitig wächst der Anspruch an nachhaltige Mobilitätsformen: Radwege und Gehsteige müssen sicher, komfortabel und barrierefrei befahrbar sein.

Vor diesem Hintergrund entschied sich die Stadtgemeinde, ihr gesamtes Straßennetz erstmals flächendeckend und systematisch erfassen zu lassen. Ziel war es, eine objektive Grundlage für zukünftige Erhaltungsmaßnahmen zu schaffen – unabhängig von subjektiven Einschätzungen und punktuellen Meldungen.

Bestandsaufnahme und Planung

Zur systematischen Bestandsaufnahme setzte das AIT Austrian Institute of Technology im Juni 2025 das RoadLab ein, ein Messfahrzeug, das speziell für die flächendeckende Erfassung kommunaler Straßennetze konzipiert wurde. Das befahrene Netz umfasste rund 105 Kilometer, und die Messarbeiten konnten innerhalb von nur drei Tagen abgeschlossen werden – ohne den laufenden Verkehr zu beeinträchtigen.

Die Idee hinter dem Ansatz ist einfach, aber wirkungsvoll: Eine verlässliche Erhaltungsplanung kann nur auf einer objektiven Bewertung des Straßenzustands aufbauen. Diese Bewertung berücksichtigt sowohl die Art als auch das Ausmaß typischer Fahrbahnschäden – von Einzel- und Netzrissen über Abplatzungen, Schlaglöcher und Reparaturstellen bis hin zur Ebenheit, die als Indikator für Fahrkomfort und Sicherheit dient.

Durch die standardisierte Erfassung nach einem an gängige Richtlinien angelehnten System erhält die Gemeinde ein nachvollziehbares Bild über den Zustand jeder Straße. Die Ergebnisse dienen nicht nur als Momentaufnahme, sondern auch als Basis für den Vergleich und die Fortschreibung über mehrere Jahre hinweg.

Hightech für die Gemeinde

Das RoadLab ist eine kompakte, flexible Plattform für die präzise Erfassung von Fahrbahnoberflächen und Straßenraum. Es kombiniert modernste Sensorik, Satellitennavigation und hochauflösende

© Foto: AIT Johannes Zinner

4K-Kameratechnik. Dank seiner Bauweise kann es auch auf engen Nebenstraßen oder Radwegen eingesetzt werden – ein entscheidender Vorteil für kommunale Netze mit vielfältigen Straßenquerschnitten.
Zur Positionsbestimmung kommt eine sogenannte Koppelnavigation zum Einsatz, bei der GNSS-Daten mit Inertialsensoren kombiniert werden. So bleibt die Messung selbst bei kurzzeitigen Abschattungen, etwa in dicht bebauten Bereichen, kontinuierlich präzise. Alle Bilder und Messwerte werden georeferenziert und in der Nachbearbeitung mit Basisstationsdaten weiter verfeinert. Die resultierende Genauigkeit von rund einem Meter ermöglicht eine exakte Verortung jedes Schadens.
Das System dokumentiert die gesamte Fahrbahnbreite von etwa sechs Metern – nicht nur einen Fahrstreifen. Damit können sämtliche relevanten Schäden vollständig erfasst werden, was den Aufwand erheblich reduziert und die Datenqualität erhöht. Die anschließende Datenauswertung erfolgt mit Unterstützung von KI-Methoden und liefert ein umfassendes, objektives Zustandsbild des gesamten Netzes.

Einzelwerte & Gesamtzustand

Für jeden Straßenabschnitt werden die erkannten Schäden visuell bewertet und nach Schweregrad klassifiziert. Aus den Einzelschäden entstehen anschließend Abschnittswerte über jeweils 20 Meter Länge. Auf dieser Grundlage wird ein Gesamtzustand berechnet, der sowohl innerörtliche Unterschiede als auch zeitliche Entwicklungen sichtbar macht.
Die Schadensbewertung folgt dabei einem einfachen, nachvollziehbaren System. So können auch Personen ohne technische Ausbildung die Ergebnisse interpretieren und in die Planung einbeziehen. Die visuelle Dokumentation der Schäden sorgt zusätzlich für Transparenz und Nachvollziehbarkeit.

Mehr Klarheit für Planung

Die aus der Zustandserfassung abgeleiteten Daten wurden von der Gemeinde mit der verkehrlichen Bedeutung der einzelnen Abschnitte kombiniert. Daraus entstand eine priorisierte Maßnahmenliste, die unmittelbar in die Budget- und Bauplanung für die kommenden Jahre einfließt.
Diese datenbasierte Vorgehensweise erlaubt es, Mittel gezielt dort einzusetzen, wo sie den größten Nutzen bringen. Gleichzeitig stärkt sie die Argumentationsbasis gegenüber politischen Entscheidungsträger:innen und Bürger:innen, da die Prioritäten auf objektiv nachvollziehbaren Kriterien beruhen.
Die Erfahrungen aus Saalfelden zeigen, dass eine strukturierte Zustandserfassung nicht nur die technische Qualität der Straßenbewertung verbessert, sondern auch die Kommunikation und Entscheidungsprozesse innerhalb der Verwaltung erleichtert. Der Leiter des Wirtschaftshofes hob insbesondere hervor, dass die klaren Bewertungsmaßstäbe und die einfache Verfügbarkeit der Daten die künftige Maßnahmenplanung deutlich unterstützen.



Visualisierung des Straßenzustandes in Ampelfarben

Daten als Mehrwert

Ein zusätzlicher Nutzen ergibt sich aus der präzisen georeferenzierten Erfassung der Schäden: Die Daten können direkt in das gemeindeeigene Geoinformationssystem (GIS) integriert werden. Damit entsteht eine wertvolle Grundlage für weitere Aufgaben – etwa für die Koordination von Grabungsarbeiten externer Versorger wie Kanal, Wasser, Gas oder Telekommunikation.
Ein abgestimmtes Einbauten- und Grabungsmanagement auf Basis aktueller Zustandsdaten hilft, doppelte Aufgrabungen zu vermeiden, Kosten zu senken und die Lebensdauer der Straßen zu verlängern. Gleichzeitig können die Daten als Informationsquelle für Bürger:innen genutzt werden – etwa im Sinne einer transparenten Verwaltung und Informationsfreiheit.

Fazit: Transparenz, Effizienz und Zukunftsfähigkeit

Mit der umfassenden Zustandserfassung ihres Straßennetzes hat die Stadtgemeinde Saalfelden einen wichtigen Schritt hin zu einer datenbasierten, nachhaltigen Infrastrukturplanung gesetzt. Das Projekt zeigt, wie moderne Messtechnik, strukturierte Auswertung und kommunale Praxis ineinandergreifen können, um vorhandene Ressourcen optimal zu nutzen.
Die objektive Bewertung schafft eine belastbare Entscheidungsgrundlage für Erhaltungsmaßnahmen, ermöglicht den Nachweis effizienter Mittelverwendung und legt den Grundstein für eine kontinuierliche, strategische Straßenerhaltung.
Damit wird deutlich: Auch auf Gemeindeebene kann der Einsatz moderner Technologien wesentlich dazu beitragen, Infrastruktur gezielt, transparent und langfristig zu erhalten – zum Nutzen von Verwaltung, Bürger:innen und Wirtschaft gleichermaßen.

INFOBOX

Projekt: Zustandserfassung Gemeindestraßen Saalfelden

Zeitraum der Befahrung: 10.–12. Juni 2025

Erfasste Netzlänge: ca. 105 km

Durchführung: AIT Austrian Institute of Technology – RoadLab

Ansprechpartner:
Roland Spielhofer
AIT Austrian Institute of Technology
roland.spielhofer@ait.ac.at

Daniel Trixl
Leiter Wirtschaftshof
Wirtschaftshof Saalfelden
trixl@saalfelden.at
www.saalfelden.at

© Foto: AIT

Aktive Mobilität stärkt Klima, Gesundheit und Lebensqualität

Mit attraktiven Förderungen und fachlicher Begleitung unterstützt klima**aktiv** mobil Städte und Gemeinden dabei, ihre Verkehrsräume zukunftsfähig und klimafreundlich zu gestalten.

Raphael Glück, klima**aktiv** mobil

Aktive, klimafreundliche Mobilität verbessert nicht nur die Umwelt, sondern steigert spürbar die Lebensqualität in Städten und Gemeinden. Städte und Gemeinden haben dazu eine Vielzahl an eigenen Gestaltungsmöglichkeiten, welche vom Bund und der Klimaschutzinitiative klima**aktiv** mobil unterstützen werden. Wer zu Fuß geht oder mit dem Rad unterwegs ist, verursacht keine Emissionen, senkt Lärm und Feinstaub und fördert gleichzeitig Gesundheit und Bewegung. Darüber hinaus wirkt sich aktive Mobilität positiv auf die Gestaltung des öffentlichen Raums aus: Straßen werden sicherer, Ortszentren gewinnen an Aufenthaltsqualität und lokale Betriebe profitieren von einer lebendigen, fußläufig erreichbaren Umgebung. Weniger innerörtlicher Autoverkehr bedeutet mehr Raum zum Verweilen und Einkaufen – und stärkt damit auch die regionale Wirtschaft. Der Bund unterstützt diese Entwicklung im Rahmen des klima**aktiv** mobil Programms, das Städte, Gemeinden und Regionen fachlich begleitet und mit attraktiven Förderungen unterstützt. Viele Maßnahmen lassen sich auch im eigenen Wirkungsbereich kosteneffizient umsetzen – sichtbar und mit unmittelbarem Mehrwert für Bevölkerung und Umwelt. Mit einem Eigenmittelanteil von nur 15 % und einer Förderhöhe von bis zu 50 % schafft klima**aktiv** mobil optimale Voraussetzungen für Projekte zur Förderung des Gehens, Radfahrens und klimafreundlichen Mobilitätsmanagements.



Neugestaltung der Muchargasse (Lienz, T) in eine Begegnungszone – dieses Projekt wurde im Bereich Fußverkehr durch Mittel des klima**aktiv** mobil Programms gefördert.

© Foto: Stadt Lienz/Brunner Images

Raum fürs Gehen schaffen

Immer mehr Städte und Gemeinden gestalten ihren öffentlichen Raum zugunsten der Zufußgehenden um. Grundlage dafür bilden örtliche Fußverkehrskonzepte oder Masterpläne Gehen, in dnen konkrete Maßnahmen zur Förderung des Gehens festgelegt sind. Ziel ist ein durchgängiges Gehwegenetz und attraktive Bewegungsräume im gesamten Gemeindegebiet. Der Bund unterstützt Gebietskörperschaften mit praxisnaher Beratung und einer einfachen Anleitung zur Erstellung entsprechender Konzepte. Um die Umsetzung zu beschleunigen, stellt klima**aktiv** mobil im Förderschwerpunkt Fußverkehr gezielte Mittel für Investitionen in bauliche Maßnahmen, die Teil der kommunalen Fußverkehrsstrategie sind, bereit.

Radverkehr fördern

Alltagstaugliche und durchgängige Radverbindungen sind der Schlüssel für mehr Bewegung im Alltag. Entscheidend sind klare, sichere und komfortable Routen – ohne plötzliche Enden, mit geringen Steigungen und einer Infrastruktur, die Schutz und Komfort bietet. Besonders wichtig sind gemeindeübergreifende

Verbindungen, die auch längere Wegstrecken attraktiv machen. Der Ausbau regionaler und überregionaler Radwege schafft neue Möglichkeiten für klimafreundlichen Alltagsverkehr und fördert Gesundheit und Lebensqualität. Mit umfassender Beratung und einem starken Netzwerk an Partner:innen unterstützt klima**aktiv** mobil Städte und Gemeinden dabei, den Radnetzausbau gezielt voranzutreiben. Strategisch geplante Radverkehrsnetze sind laut Studien bis zu dreimal kosteneffizienter als zufällig gewachsene Einzelmaßnahmen. Der Bund setzt hier an und stärkt den Infrastrukturausbau über die mehrjährigen Radnetzausbauprogramme. Zudem werden einzelne Infrastrukturmaßnahmen zur Schließung von Lücken im Radwegenetz gefördert – etwa Radwege, Radbrücken oder Fahrradstraßen. Gerade in ländlichen Gemeinden, wo punktuelle Verbesserungen große Wirkung entfalten, stehen gezielt Fördermittel bereit.



Neu errichtete „Römerbrücke" über die Traun zwischen Wels und Schleißheim (beide OÖ); dieses Projekt wurde im Rahmen des Mobilitätsmanagements durch klima**aktiv** mobil gefördert.

Klimafreundliches Mobilitätsmanagement

Im ländlichen Raum entscheidet ein gut organisiertes Mobilitätsmanagement oft darüber, ob klimafreundliche Mobilität im Alltag funktioniert. Als Bindeglied zwischen öffentlichem Verkehr und individuellen Wegen schafft es dort Verbindungen, wo Bahn oder Linienbus nicht mehr ausreichen. Mit Angeboten wie Gemeindebussen, Ruf- und Shuttleverkehren, Mikro-ÖV-Systemen oder Sharing-Angeboten entstehen flexible Lösungen, die Arbeitsplätze, Schulen und Einrichtungen besser erreichbar machen. Das klima**aktiv** mobil Programm bietet dafür fachliche Begleitung, praxisnahe Beratung und erprobte Konzepte – von der ersten Idee bis zur Umsetzung. So entstehen Schritt für Schritt leistbare und gut vernetzte Mobilitätsangebote, die den öffentlichen Verkehr ergänzen und klimafreundliche Fortbewegung auch im ländlichen Raum ermöglichen.

Radabstellanlagen

Auch kleinere, kostengünstige Maßnahmen können viel bewirken: Sichere und gut erreichbare Radabstellanlagen sind oft der entscheidende Anreiz, um das Fahrrad regelmäßig zu nutzen. klima**aktiv** mobil unterstützt Gemeinden bei der Planung und Umsetzung hochwertiger Abstellmöglichkeiten, die den Bedürfnissen der Nutzer:innen entsprechen und das Radfahren im Alltag erleichtern.

(E-)Transporträder und (E-)Falträder

Ob für den Einkauf, den Weg zur Arbeit oder den Transport der Kinder – Räder mit elektrischer Unterstützung sind eine praktische und klimafreundliche Alternative im Alltag. Sie erweitern die Reichweite, machen auch längere oder hügelige Strecken mühelos bewältigbar und ersetzen in vielen Fällen das Auto. So lassen sich viele kurze Alltagswege gesund, leise und kostengünstig zurücklegen. Als zusätzlichen Anreiz unterstützt klima**aktiv** mobil auch 2025 den Ankauf von (E-)Transporträdern und (E-)Falträdern für Privatpersonen mit einem pauschalen Förderangebot – ein weiterer Schritt hin zu einer aktiven und klimafreundlichen Mobilität.

Kostenfreie Beratung über klimaaktiv mobil

Mit dem klima**aktiv** mobil Beratungsprogramm unterstützt das Bundesministerium für Innovation, Mobilität und Infrastruktur (BMIMI) Städte, Gemeinden und Regionen kostenfrei bei der Umsetzung klimafreundlicher Mobilitätsprojekte. Gemeinsam werden Projektideen besprochen, Fördermöglichkeiten aufgezeigt und Wege gefunden, Maßnahmen wirkungsvoll zu kombinieren oder zu erweitern. Die Beratung hilft außerdem, den richtigen Zeitpunkt für eine Einreichung zu wählen – ob vor oder nach Umsetzung, je nach Förderschwerpunkt. Zusätzlich werden die Umwelteffekte der geplanten Maßnahmen berechnet und Antragsteller:innen im gesamten Förderprozess fachlich begleitet.

INFOBOX

FÖRDER-INFOS:

Einreichungen im Rahmen der klima**aktiv**-mobil Förderangebote sind in Abhängigkeit des zur Verfügung stehenden Budgets bis längstens 27. 2. 2026 (12 Uhr) möglich.

https://www.klimaaktiv.at/gemeinden

Kontakt: kommunal@klimaaktivmobil.at bzw. +43 (0) 7612/709 11 13

© Foto: Stadt Wels/Rene Hauser

Jeder Schritt zählt

Die Initiative Österreich zu Fuß stärkt das Zu-Fuß-Gehen als eigenständige Mobilitätsform. Städte, Gemeinden und Regionen werden mit umfangreicher PR-Unterstützung eingeladen, den Weg gemeinsam zu gehen.

Bernhard Kalteis, Bundesfußverkehrskoordinator Mobilitätsministerium

Gehen ist die inklusivste, gesündeste und klimaverträglichste Mobilitätsform und gerät immer mehr in den Fokus. Denn das Geherlebnis ist entscheidend, wie oft und wie lange wir zu Fuß gehen. Maßnahmen für den Fußverkehr bereichern das direkte Wohnumfeld und sorgen für belebte Ortskerne. Sie schaffen Raum für Begegnungen und soziale Interaktion. Belebte und einladende Orte locken auch Kund:innen an – eine Umgebung, die zum Gehen und Verweilen einlädt, stärkt die lokale Wirtschaft.



PR-Paket für Umsetzer:innen

Österreich zu Fuß ist eine Initiative des Bundesministeriums für Innovation, Mobilität und Infrastruktur (BMIMI), um das Zu-Fuß-Gehen in Österreich zu stärken. Umsetzer:innen in Gemeinden, Städten, Regionen, Unternehmen und Vereinen werden motiviert und befähigt, den Fußverkehr in ihrem Wirkungsbereich aktiv zu fördern. Mit praxisnahen Anleitungen, kostenfreien Materialien zur Unterstützung und Kommunikation sowie einem wachsenden Netzwerk vermittelt die Initiative das nötige Knowhow und schafft Synergien, um konkrete Maßnahmen und Aktivitäten umzusetzen. Flyer, Poster und Social-Media-Pakete können mit dem Gemeindelogo individualisiert und zum Bewerben eigener Veranstaltungen verwendet werden. Schritt-für-Schritt-Anleitungen helfen bei der Gestaltung von fußverkehrsfreundlichen Rahmenbedingungen und zur Etablierung einer Gehkultur im Ort. Österreich zu Fuß bietet dabei ein Dach, in das bestehende und neue Initiativen wie „Burgenland zu Fuß“ oder „Graz geht immer!“ integriert werden können.

Lebensräume gestalten

Die Palette an Maßnahmen ist vielfältig. GEHmeinsame Spaziergänge sind ein niederschwelliges Angebot, um gemeinsam den Ort zu Fuß besser kennenzulernen und Freude am Gehen zu vermitteln. Mithilfe von unterschiedlichen Methoden der GEHmeinde-Analyse können Verbesserungspotenziale identifiziert und das Wissen der Bürger:innen abgeholt werden. Schon kleine Veränderungen verbessern die Aufenthaltsqualität: Bänke zum Rasten und Plaudern aufstellen, Hindernisse auf Gehwegen entfernen oder Straßen für Fußgänger:innen öffnen – verschaffen Sie sich einen Überblick mit dem Quick-Wins-Plakat. Oder Sie setzen das kommende Jahr über einen Fokus aufs Gehen. Über die österreichische Initiative „Österreich zu Fuß“ wurden für Sie im Jahr des Zu-Fuß-Gehens[1] Ideen gesammelt, wie Sie jeden Monat mit wenig Aufwand den Fußverkehr in den Mittelpunkt stellen können. Zahlreiche individualisierbare Materialien unterstützen dabei.

Schritt für Schritt

Ein Highlight ist der österreichweite Tag des Zu-Fuß-Gehens[2], der auch 2026 wieder gefeiert wird. Der **27. April 2026** steht ganz im Zeichen des Fußverkehrs. Feiern Sie mit und setzen Sie Aktionen für den Fußverkehr in Ihrer Stadt, Gemeinde oder Region!

INFOBOX

Im Download-Bereich von Österreich zu Fuß finden Sie alle Anleitungen, individualisierbare Materialien und vieles mehr.

https://oesterreichzufuss.at/gemeinden-und-stadte/

Kontakt: Bernhard Kalteis, Bundesfußverkehrskoordinator, Bundesministerium für Innovation, Mobilität und Infrastruktur (BMIMI)

1 | https://oesterreichzufuss.at/das-jahr-des-zu-fuss-gehens/

2 | https://oesterreichzufuss.at/tag-des-gehens/

© Foto: Bundesministerium für Innovation, Mobilität und Infrastruktur (BMIMI)

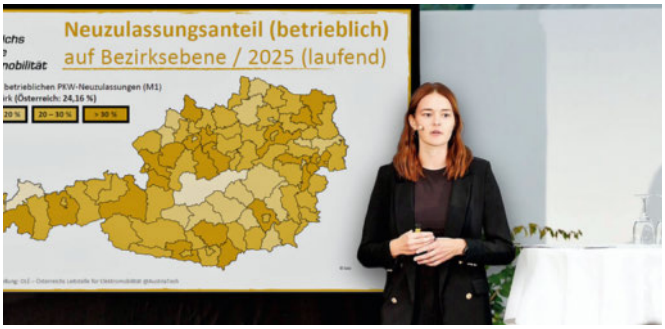
Leistungsstark für Elektromobilitätsprojekte

OLÉ für Bewusstseinsbildung, Vernetzung und datenbasierte Kommunikation für Gemeinden und Regionen

Die Mobilitätswende beginnt vor der Haustür. Österreichs Leitstelle für Elektromobilität der Bundesagentur AustriaTech – kurz OLÉ – unterstützt als Kompetenzstelle des Bundes Städte, Gemeinden und Regionen bei Elektromobilitätsprojekten vor Ort.
Österreichs Städte und Gemeinden haben eine zentrale Rolle bei der Realisierung der Mobilitätswende. Mit dem rasanten Wachstum der Elektromobilität gewinnt ihr Engagement zunehmend an Bedeutung: Bereits 2026 werden bis zu 30 % aller Pkw-Neuzulassungen batterieelektrisch sein – spätestens 2032 bereits über 95 %.
Gerade in dieser Phase des schnellen Umbruchs sind Kommunen in einer Schlüsselposition. In ihrer Gestaltungs- und Vorbildfunktion haben sie die Möglichkeit – und Verantwortung –, den Technologie- und Mobilitätswandel aktiv mitzugestalten. Umso wichtiger ist es, die Potenziale vor Ort zu erkennen, Bedarfe frühzeitig zu planen und Chancen für neue Elektromobilitätsprojekte gezielt zu nutzen.
Genau hier setzt OLÉ an: Sie unterstützt Akteur:innen, die Elektromobilität voranbringen möchten, mit besonderem Fokus auf Kommunikation, Bewusstseinsbildung und den Abbau von Mythen rund um das Thema Elektromobilität. Darüber hinaus begleitet OLÉ bei allen Fragen zur Planung, Initiierung und Umsetzung von Projekten vor Ort.

Datenbasierte Planung

Eine datenbasierte Standortanalyse bildet die Grundlage für jede fundierte Planung von Ladeinfrastruktur. Mit einer umfassenden und aktuellen Datenbasis unterstützt OLÉ Gemeinden und Regionen dabei, die vorhandene Ladeinfrastruktur präzise zu erfassen, die Auslastung zu analysieren, bestehende Lücken in der Versorgung zu identifizieren und geeignete Standorte für den zukünftigen Ausbau zu bestimmen.



Zielgruppenorientierte Kommunikation & Bewusstseinsbildung

Kommunikation & Bewusstseinsbildung

Eine faktenbasierte Kommunikation – ausgerichtet auf die Zielgruppe, die Sie ansprechen wollen – ist entscheidend, um die Mythen der Elektromobilität abzubauen und ihre Vorteile sichtbar zu machen. Mit zielgruppenspezifischen Fachvorträgen und Workshops informiert OLÉ über alle Aspekte der Elektromobilität und fördert den Austausch und die Vernetzung relevanter Akteur:innen. Das Angebot richtet sich an interessierte Bürger:innen, Gemeindevertreter:innen, Unternehmen oder Entscheidungsträger:innen in der Gemeinde.

Beratung & Vernetzung

Elektromobilität ist ein komplexes Thema – das merken besonders diejenigen, die Projekte vor Ort umsetzen möchten. OLÉ fungiert als zentrale Anlaufstelle, bietet Orientierung in den oft vielschichtigen Prozessen und unterstützt aktiv und individuell – beispielsweise bei der Klärung von Zuständigkeiten oder bei der Identifikation der Handlungsspielräume, die Gemeinden beim Ausbau der Ladeinfrastruktur zur Verfügung stehen. Gleichzeitig nutzt OLÉ ihr breites Netzwerk und ihre Tools, um die notwendigen Stakeholder für das jeweilige Vorhaben zu identifizieren und so Kooperationen zwischen allen Beteiligten zu fördern.

INFOBOX

KOSTENLOSE TOOLS DER OLÉ ENTDECKEN

Kostenlose Matchmaking-Plattform für Ladeinfrastruktur-Flächen:
www.ladegrund.at

Kostenloser Bedarfsrechner zur Ladeinfrastrukturplanung für Gemeindemitarbeiter:innen:
www.LADEPLANER.at

Leistungen im Rahmen der Basisaktivitäten werden in der Regel kostenlos angeboten.

austriatech
österreichs leitstelle elektromobilität

Kontakt: OLÉ - Österreichs Leitstelle für Elektromobilität
leitstelle-elektromobilitaet@austriatech.at

© Foto: Florian Wieser

Wichtige Klima-Player

Städte und Gemeinden spielen eine zentrale Rolle in der Umsetzung der österreichischen Klima- und Energiepolitik. Sie sind entscheidend für den Ausbau erneuerbarer Energien, nachhaltiger Mobilitätslösungen oder die Verbesserung der Energieeffizienz in Gebäuden.

Guido Dernbauer, Österreichischer Städtebund

Kommunale Förderprogramme

Kommunale Förderprogramme für Privathaushalte leisten einen wichtigen Beitrag zur Umsetzung nationaler Klima- und Energieziele auf lokaler Ebene. Sie unterstützen ihre Bürger:innen bei Investitionen in Energieeffizienz und erneuerbare Energien, wodurch CO_2-Emissionen reduziert und Energiekosten gesenkt werden. Gleichzeitig stärken sie das Bewusstsein für nachhaltiges Handeln und fördern die regionale Wertschöpfung. Im Rahmen einer Klimaschutzbefragung im Auftrag des Österreichischen Städtebundes wurden im Jahr 2024/25 seitens der Grazer Energieagentur 115 Mitgliedsgemeinden mit mehr als 9.000 Einwohner:innen sowie einige ausgewählte Kommunen zu ihren Förderprogrammen für Privathaushalte befragt. Dabei haben 58 Städte und Gemeinden ihre Förderprogramme wie in Abb. 1 ersichtlich angegeben.

33 % dieser 58 Kommunen haben noch andere Förderprogramme angegeben, nämlich z. B. Energieberatung & Sanierungsberatung, Dämmung oberste Geschoßdecke im Bestand, Dämmstoffe mit Umweltzeichen, effiziente Warmwasserbereitung, Schallschutzfenster & Schalldämmlüfter, Energiekostenzuschuss, E-Carsharing & Test-Gutscheine für Neuzugezogene, Schnupperticket ÖPNV, Ladeinfrastruktur für den mehrgeschoßigen Wohnbau, Fahrradabstellanlagen oder Fahrradanhänger.

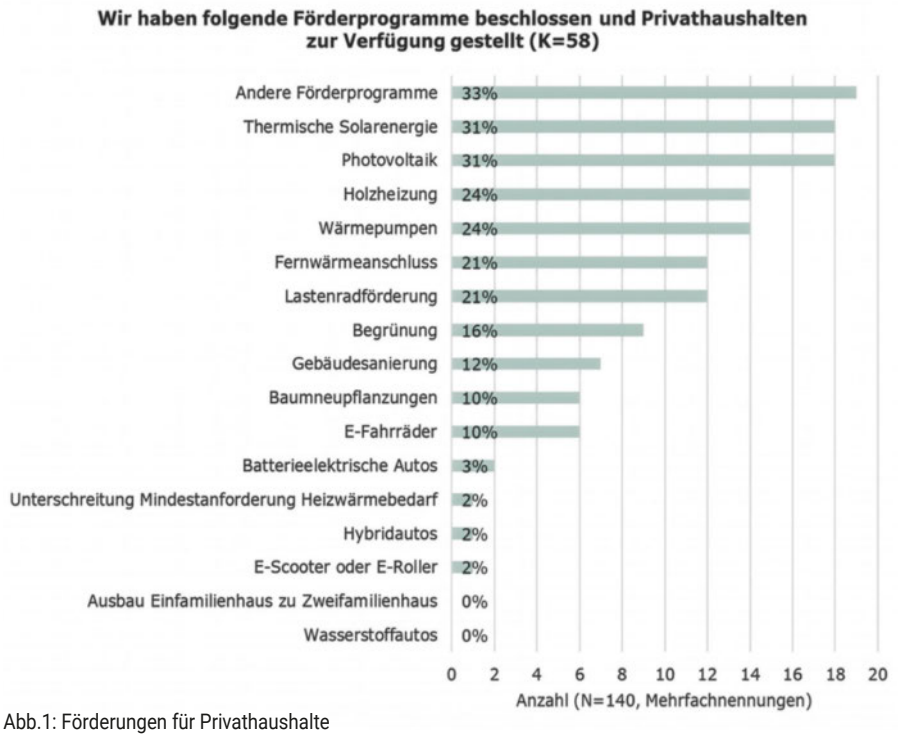


Abb.1: Förderungen für Privathaushalte

Unterstützungsbedarf der Kommunen

Ein zentrales Ergebnis der Befragung war der deutlich artikulierte Unterstützungsbedarf der Kommunen im Bereich des Fördermanagements. Viele Kommunen wünschen sich einen besseren Überblick über bestehende Fördermöglichkeiten, Unterstützung bei der Antragstellung und Projektabwicklung sowie gezielte Schulungsangebote für das kommunale Personal. Dieser Unterstützungsbedarf verdeutlicht, dass Förderungen zwar ein wirkungsvolles Steuerungsinstrument sind, ihre erfolgreiche Nutzung für Kommunen aber vielfach an organisatorischen, administrativen oder ressourcenbedingten Grenzen scheitert.

So sind Förderanträge häufig komplex und mit einem erheblichen personellen Aufwand verbunden. Die Vielzahl an Förderprogrammen bringt unterschiedliche Leitfäden und Vorgaben mit sich, etwa in Bezug auf Kostenaufstellungen oder Förderrichtlinien, die sich zudem je nach Ausschreibung laufend ändern können. Eine effiziente Abwicklung erfordert daher gezielt geschultes Personal. Hinzu kommt, dass Fördermittel bei Antragstellung nicht garantiert werden können, was die Planungssicherheit deutlich einschränkt.

Es gibt laut Grazer Energieagentur Ansatzpunkte, wie das Förderwesen für die kommunale Ebene noch besser gelingen kann:

- Zentraler, einfacher Zugang zu Förderinformationen
- Einfachere Antragstellung und Förderabwicklung
- Kommunale Schulungs- und Beratungsangebote zur Antragstellung und Förderabwicklung
- Fördercoaching durch die Zusammenarbeit mit regionalen Kompetenzzentren oder interkommunale Kooperationen

© Grafik: Grazer Energieagentur

- EU-Förderung durch vereinfachte Verfahren und Abwicklungen gezielter zugänglich machen
- Geförderte Projekte systematisch dokumentieren und Erfahrungen zur Verfügung stellen

Diese Ansatzpunkte wurden im Rahmen der Sitzung des Fachausschusses Umwelt am 14. Oktober 2025 in Schwaz, Tirol, diskutiert. Weitere Themen dieser Sitzung waren ein Update zu klimapolitischen Vorhaben der Bundesregierung, Green Budgeting aus städtischer Sicht, Einblick in geogene Naturgefahren wie Rutschung, Steinschlag und Muren und die Umweltschutz-Aktivitäten der Stadt Schwaz. Bei dieser Sitzung wurde auch der langjährige Leiter des Grazer Umweltamtes, Werner Prutsch, der bald in den Ruhestand wechselt, verabschiedet.

Die Sitzung endete mit einer Fachbesichtigung der Industrieproduktion der Tyrolit Gruppe in Schwaz.



Ausschussvorsitzender Vizebgm. a. D. Bernd Sengseis, Werner Prutsch, Stadträtin Viktoria Gruber



Teilnehmer:innen der Sitzung des Umweltausschusses in Schwaz mit Bgm.in Victoria Weber (3. von r.) und Stadträtin Viktoria Gruber (8. von r.)

© Fotos: Dernbauer

Konsultationsmechanismus zur Kärntner Tourismusreform

Landesgruppe Kärnten fordert Konsultation wegen Kostenverschiebung zuungunsten der Gemeinden.

Der Österreichische Städtebund, Landesgruppe Kärnten, hat beim Begutachtungsverfahren Zahl: 01-VD-LG-20258/2025-37, Entwurf eines Gesetzes, mit dem das Kärntner Tourismusgesetz geändert wird, den Konsultationsmechanismus ausgelöst. Der Entwurf des Kärntner Tourismusgesetzes verlagert erhebliche finanzielle und organisatorische Lasten auf die Gemeinden, ohne dass eine aussagekräftige Darstellung der finanziellen Auswirkungen vorliegt. Die Landesgruppe Kärnten betont: Wir befürworten die notwendige Organisationsreform im Kärntner Tourismus mit schlanken und effizienten Strukturen. Dies kann aber nur funktionieren, wenn eine transparente Kostenaufbereitung vorliegt und die Aufgaben- sowie auch die Kosten- bzw. Einnahmenaufteilung für Städte und Gemeinden fair gestaltet werden.

Vollständiger Text

www.staedtebund.gv.at/landesgruppen/kaernten/aktuelles-aus-kaernten/aktuelles-details/konsultationsmechanismus-zur-kaerntner-tourismusreform/

Lokale Wärme gemeinsam

Ein Forschungsprojekt unterstützt nachbarschaftliche Anergienetze im urbanen Raum.

Barbara Ruhsmann, ÖGUT

In ländlichen Regionen oder kleineren Städten eine Energiegemeinschaft gründen? Das ist nichts Neues mehr. Österreichweit gibt es bereits rund 3.800 Erneuerbare Energiegemeinschaften (EEGs) mit nach wie vor steigender Tendenz. Im großstädtischen Raum sieht die Sache anders aus, was kein Wunder ist. Denn Einfamilienhaus-Besitzer:innen verfügen eindeutig über leichtere Entscheidungsstrukturen als Menschen, die z. b. in einem Mehrparteienhaus in Wien im Wohnungseigentum leben.

Auslaufmodell Gas

Warum sollten sich Menschen im urbanen Raum überhaupt Gedanken über ihre Strom- und Wärmeversorgung machen? Die war doch immer „automatisch" gegeben, warum sich plötzlich selber kümmern müssen? Weil Gas als Heizquelle ein Ablaufdatum hat und weil die Fernwärme zwar ausgebaut wird, aber in einer Millionenmetropole wie Wien dennoch nicht alle Haushalte versorgen wird können. Und warum braucht's für eine alternative Lösung wie Wärmepumpen gleich eine Energie- bzw. Wärmegemeinschaft? Warum kann das nicht jedes Haus einfach für sich alleine machen? Weil sich ein mehrgeschoßiges Haus oft nicht ausreichend mit einer Wärmepumpe versorgen kann und zumindest ein oder zwei weitere Gebäude dafür braucht.

In eine lokale Wärmegemeinschaft, fachlich auch als „Anergienetz" bezeichnet, bringt jedes Gebäude seine Schätze ein – z. B. eine passende Räumlichkeit im Keller oder eine Dachfläche für die Wärmepumpe oder eine Grünfläche im Innenhof, die sich für Erdsonden eignet. So werden Synergien genutzt und Errichtungs- sowie Betriebskosten gesenkt. Klingt in der Theorie einfach, ist in der städtischen Praxis aber noch wenig eingeübt und vertraut.

Lokale Wärme gemeinsam

Genau hier setzt ein aktuelles Forschungsprojekt der ÖGUT an, das aus Mitteln des Klima- und Energiefonds gefördert und auch vom Österreichischen Städtebund unterstützt wird.



Info-Veranstaltung: Lokale Wärme gemeinsam in Hernals

Das Projekt „Lokale Wärme gemeinsam" wird in Kooperation mit dem Stadterneuerungsprogramm WieNeu+ im 17. Wiener Gemeindebezirk umgesetzt. Ziel ist es, einen praxistauglichen, übertragbaren 10-Schritte-Plan zu erstellen, der Haus- und Wohnungseigentümer:innen auf dem Weg von der Idee über die Erarbeitung von Organisationsmodellen bis zur Angebotseinholung und Bieterauswahl unterstützt.

Die größten Herausforderungen dabei sind nicht technischer und auch nicht unbedingt finanzieller Natur. Wärmepumpen haben sich in den letzten Jahren rasant entwickelt und sind zum Beispiel immer leiser geworden. Immer schmälere Bohrgeräte für Erdsonden finden mittlerweile ihren Weg auch durch enge Hoftore. Die Anschaffungskosten für PV-Speicher liegen gerade auf einem Rekordtief und allgemein gibt es trotz Sparkursen nach wie vor viele Förderungen der öffentlichen Hand für alle, die Sanierungen und Heizungstausche angehen.

Soziale & rechtliche Herausforderungen

Die größten Herausforderungen auf dem Weg sind sozialer und rechtlicher Natur. Denn lokale Wärmegemeinschaften muten Stadtbewohner:innen neue Formen von nachbarschaftlicher Kooperation zu, die erst gelernt werden wollen. Und die Pionier:innen in diesem Bereich brauchen zusätzlich einen langen Atem, um rechtliche Fragen – vom Wohnungseigentumsgesetz über Servitutsbegründungen bis hin zu gemeinschaftlichen Organisationsmodellen – in den Griff zu bekommen. Daher verfolgt das Forschungsprojekt der ÖGUT einen systemischen Ansatz und leistet damit einen wichtigen Beitrag für die breitere Ausrollung von Anergienetzen in Wien.

Mehr zum Projekt unter www.oegut.at.

© Foto: ÖGUT/Bianca Pfefferer

DIE ÖVGW-QUALITÄTSMARKE

Auf Qualität kommt es an: mehr Sicherheit und Sauberkeit für unsere Gemeinden



ÖVGW GEPRÜFT

REGELN DER TECHNIK UND STAND DER TECHNIK

Die Übereinstimmung eines Produkts mit den Regeln der Technik und dem Stand der Technik wird einmal jährlich kontrolliert. Damit hat der Kunde beim Kauf eines zertifizierten Produkts die Sicherheit, dass es den neuesten Erkenntnissen und Entwicklungen entspricht.

MATERIALIEN IM KONTAKT MIT TRINKWASSER

Die ÖVGW-Qualitätsmarke stellt sicher, dass Produkte, die bei der Verteilung von Trinkwasser Verwendung finden, den Anforderungen der ÖNORM B 5014-Serie entsprechen und bei regelkonformer Planung, Bau und Betrieb das Trinkwasser nicht negativ beeinflussen.

GEBRAUCHSTAUGLICHKEIT, BETRIEBSSICHERHEIT UND ZUVERLÄSSIGKEIT

ÖVGW zertifizierte Produkte zeichnen sich durch Zuverlässigkeit im Betrieb, hohen Benutzerkomfort und lange Lebensdauer aus.

ÖSTERREICHISCHE VERTRIEBSPARTNER MIT KUNDENDIENST, GESICHERTER ERSATZTEIL-VERSORGUNG UND BAUSTELLENSERVICE

Die Hersteller und Importeure von zertifizierten Produkten verfügen über einen Kundendienst in Österreich, ermöglichen eine rasche Ersatzteilversorgung und gewährleisten die Verfügbarkeit des jeweiligen Produkts.

GEBRAUCHSINFORMATION

Zertifizierten Produkten sind deutschsprachige Installations-, Wartungs- und Bedienungsanleitungen, Verlegevorschriften und Anwenderinformationen beigegeben.

OPTIMALER EINSATZ NACH ÖVGW-RICHTLINIEN UND ÖSTERREICHISCHEM RECHT

Durch die ÖVGW-Qualitätsmarke wird sichergestellt, dass die zertifizierten Produkte optimal eingesetzt werden können und den einschlägigen Vorschriften genügen.

www.ovgw.at

ÖVGW
ÖSTERREICHISCHE VEREINIGUNG FÜR DAS GAS- UND WASSERFACH

Über Sicherheit und Gewaltprävention

Am 22. und 23. September 2025 fand in Villach die 23. Sitzung des Fachausschusses Bildung des Österreichischen Städtebundes statt.

Lisa Hammer, Österreichischer Städtebund

Vizebürgermeisterin Sarah Katholnig und der Vorsitzende des Bildungsausschusses, Werner Leithmayer, eröffneten die Tagung. Mit dem Sicherheitsexperten Fritz Greinecker von S.O.T. Ges.m.b.H. wurde über Maßnahmen in Bildungseinrichtungen diskutiert. Sehr schnell waren sich alle Anwesenden einig, dass es eine hundertprozentige Sicherheit nie geben wird und bauliche Schleusen im Bildungskontext als nicht praktikabel angesehen werden. Stattdessen erscheint eine Kombination aus Sensibilisierungsmaßnahmen, Alarmierung, Räumungsübungen und Schließanlagen als sinnvoll.

Ein weiterer Beitrag kam von Christian Pöschl, Sozialberater und Polizist, der die Themen Gewalt und Gewaltprävention behandelte. Er beleuchtete die Entwicklung von Gewalt, die Verlagerung in den digitalen Raum und die Notwendigkeit, frühzeitig Medienkompetenz zu vermitteln. Präventionsarbeit sollte strukturiert und altersgerecht erfolgen. Je früher damit begonnen wird, desto höher ist die Wahrscheinlichkeit, Gewalt und Kriminalität zu verhindern und desto geringer die Folgekosten für den Staat. Abschließend betonte Pöschl, Prävention sei ein gesamtgesellschaftliches Thema, jede:r hätte Vorbildwirkung.

Cyberspace und andere Räume

Julia Krickl vom Österreichischen Institut für angewandte Telekommunikation (ÖIAT) sprach über die Risiken, denen Kinder und Jugendliche im Cyberspace ausgesetzt sind. Aufklärung und Medienkompetenz sind wichtig, um Kinder vor Extremismus und gewaltsamer Desinformation zu schützen. Sie hob die Notwendigkeit hervor, gesetzliche Grundlagen zu schaffen, um große Online-Plattformen zur Verantwortung zu ziehen.



Die Teilnehmer:innen des Bildungsausschusses in Villach

Brigitte Rabl vom Österreichischen Institut für Schul- und Sportstättenbau (ÖISS) referierte über aktuelle Tendenzen im Bildungsbau und veranschaulichte diese anhand von neugestalteten Bildungseinrichtungen. Thematisiert wurden u. a. flexible Raumkonzepte, offene Lernzonen und die Bedeutung von Freiräumen. Zu den Herausforderungen zählen neben digitalen Anforderungen und veränderten Ansprüchen durch die Klimakrise auch Mehrfachnutzung von Schulgebäuden.

Im Anschluss standen die Besichtigung des Kindergartens im Technologiepark Villach sowie das Mini Educational Lab auf dem Programm.

Sicherheit an deutschen Schulen, Hitze in Wien

Am zweiten Tag sprach Felix Trautermann, TAS GmbH für Sicherheits- und Kommunikationstechnik, über die aktuelle Situation und Maßnahmen in deutschen Schulen im Hinblick auf gewaltsame Vorfälle. Eine repräsentative Umfrage ergab, dass 47 Prozent der Lehrkräfte von Problemen mit physischer und psychischer Gewalt berichten. Die Ursachen dafür sind komplex und umfassen veränderte gesellschaftliche Normen, den Einfluss unkontrollierter Medien und ungünstige Sozialisationsbedingungen. Trautermann betonte die Notwendigkeit eines ganzheitlichen Ansatzes, der sowohl verhaltensorientierte Maßnahmen wie Fortbildung von Lehrkräften, Bildung von Krisenteams, Umgang mit Taten/Tätern als auch technische Lösungen wie Einbruchschutz, Videosicherheit und Zutrittskontrollsysteme umfasst.

Patrick Fuchs-Timmelmayer von der Wiener Magistratsabteilung für Schulen präsentierte den Wiener Hitzeaktionsplan mit besonderem Fokus auf das Bildungswesen. Der Plan umfasst eine Vielzahl von baulichen Maßnahmen, um die Auswirkungen von Hitze langfristig zu minimieren, wie etwa Außenbeschattung, die Vermeidung von Klassenräumen in stark besonnten Gebäudeteilen sowie den Einsatz von Hitzefolien und nachhaltigen Techniken wie Wärmerückgewinnung und Geothermie in neuen Bildungseinrichtungen. Eine bewährte Maßnahme ist das nächtliche Lüften, doch mit einer zunehmenden Zahl an Tropennächten wird auch die aktive Kühlung in Zukunft ein relevantes Thema bleiben.

Nach dem abschließenden Austausch zu aktuellen Themen wurde der Termin für die nächsten Sitzung festgelegt: 27. und 28. April 2026 in Amstetten.

© Foto: Stadt Villach/Bernhard Knaus

EXPO REAL 2025 in München

EXPO REAL 2025 mit sichtbaren Anzeichen der Stabilisierung in der europäischen Immobilienwirtschaft

Guido Dernbauer, Österreichischer Städtebund

Von 6. bis 8. Oktober 2025 kamen in München 1.742 Aussteller aus 34 Ländern sowie rund 42.000 Teilnehmer:innen aus über 70 Ländern zusammen. Dies war gegenüber dem Vorjahr ein leichter Anstieg. Damit hat die EXPO REAL 2025 erneut ihre Rolle als zentrale Plattform für Austausch, Vernetzung, Geschäftsanbahnung und Innovation unter Beweis gestellt. Der Österreichische Städtebund war wieder mit einer Delegation vertreten, diesmal mit Teilnehmer:innen aus Graz, Linz, Klagenfurt, Krems, Moosburg, Wr. Neustadt und Wien.

Wohnen als zentrale Zukunftsaufgabe

Demografischer Wandel, veränderte Lebensmodelle, Migration, Ressourcenknappheit und Urbanisierung stellen Kommunen vor komplexe Herausforderungen. Daher standen heuer auch bezahlbarer Wohnraum, neue Baukonzepte und innovative Nutzungsansätze für Bestandsimmobilien im Fokus. Mit dem neuen Forum „Flexible Housing“ wurden zudem praxisnahe Lösungsansätze thematisiert.

Auch die deutsche Bundesbauministerin Verena Hubertz suchte den Dialog mit der Branche. Ihr Besuch zeigte, dass die Thematik höchste politische Priorität hat. „Wir müssen Bauen wieder ins Zentrum rücken. Alle sind sich auch einig, egal auf welcher Ebene man mit Menschen spricht, ob mit dem Bürgermeister oder der jungen Familie: Wir brauchen mehr bezahlbaren Wohnraum. Vor allem beeindrucken mich die vielen innovativen Lösungen, die hier vorgestellt werden. Und das brauchen wir doch: Neue Antworten in einem Markt, der wieder in Schwung kommen muss“, so Hubertz.
Nachdem Vertreter:innen der deutschen Immobilienwirtschaft zuletzt wiederholt auf die Umsetzung politischer Vorhaben gedrängt haben, kündigte Hubertz einen Umsetzungsdialog mit Kommunen an, sobald der Bau-Turbo Gesetz ist. Zudem soll zu einer umfassenden Baugesetzbuchnovelle Anfang nächstes Jahr ein Referentenentwurf vorliegen. Das Bündnis für bezahlbares Wohnen wird fortgesetzt.



Ein Teil der Delegation des Österreichischen Städtebundes am Stand „Europa Mitte“

© Foto: C. Steiner, DMV Medien & Verlags GmbH

Laut Eamon Ryan, Vorsitzender im Housing Advisory Board der Europäischen Kommission in Dublin, ist auch auf europäischer Ebene der Handlungsdruck groß. So stehe Europa vor einer tiefgreifenden Krise im Bereich des bezahlbaren Wohnraums. Die Bewältigung dieser Krise müsse zu einer obersten politischen und wirtschaftlichen Priorität werden: „Ich bin fest davon überzeugt, dass öffentliche und private Finanzmittel Hand in Hand gehen müssen, wenn wir die Herausforderung des bezahlbaren Wohnraums lösen wollen“, so Ryan.

Frankfurt am Weg zum KI-Hub

Frankfurt ist schon jetzt mit seinem Internetknoten Decix der größte deutsche Datacenter-Markt. Bis 2030 will man sich aber vom Datenknoten zum KI-Hub weiterentwickeln. Welche Hebel die Stadt, aber auch die Privatwirtschaft in Bewegung setzen müssen, um dieses Ziel zu erreichen, wurde in einer Podiumsdiskussion mit der Frankfurter Stadträtin Stephanie Wüst thematisiert. So wurde auch festgehalten, dass Städte ohne Data Center keine Zukunft hätten.
Die Stadt Wien hat sich durch ihre Stärke im Bereich der Digitalisierung als einer der Standorte einer EU-Gigafactory für KI beworben. Sollte sie dafür den Zuschlag erhalten, ist geplant, die Abwärme dieser Gigafactory ins Fernwärmenetz der Stadt einzuspeisen. Dies würde somit einen wesentlichen Beitrag zur Dekarbonisierung von Wien mit sich bringen.
Die Reise nach München wurde seitens des Österreichischen Städtebundes auch dazu genutzt, sich mit den Kolleg:innen des Bayerischen Städtetages zu vernetzen.



Die Teilnehmer:innen des Gewerbeausschusses in St. Pölten

Vom Supermarkt bis zum Unisex-WC

Am 22. Oktober 2025 fand in St. Pölten die 75. Sitzung des Fachausschusses für Gewerberecht und Gewerbetechnik des Österreichischen Städtebundes statt.

Jana Hagel, Praktikantin Österreichischer Städtebund

Der Vorsitzende des Gewerbeausschusses, Martin Gutkas, eröffnete die Tagung und begrüßte alle Teilnehmer:innen. Anschließend wurden die eingereichten Fragen der teilnehmenden Städte diskutiert, dabei ging es unter anderem um die Abgrenzung von Betriebsanlagen, die Berücksichtigung von Umwelt- und Sicherheitsaspekten sowie die Zuverlässigkeit. Außerdem wurden auch das Informationsfreiheitsgesetz und der Umgang mit ausländischen Ausbildungszeugnissen thematisiert.

Überprüfungen der genehmigten Auflagen

Im Anschluss an die Erlassung oder Änderung eines gewerbebehördlichen Betriebsanlagengenehmigungsbescheides sieht die Behörde Kontrollmaßnahmen vor, die der Überprüfung der Einhaltung der genehmigten Auflagen und der Gewährleistung eines ordnungsgemäßen Betriebs dienen. Diese Kontrollen erstrecken sich von zeitnahen Überprüfungen bis hin zu einem Jahr oder länger nach Betriebsbeginn. Wiederkehrende Kontrollen finden in einigen Städten statt. Dabei liegt das Intervall bei den meisten bei fünf Jahren, wobei eine Stadt sogar regelmäßige Kontrollen im 3- bis 4-Jahres-Takt schafft.

Zuverlässigkeit

Im Bereich der Zuverlässigkeit wurde unter anderem das Thema Scheinunternehmen besprochen. Dabei wurde eindeutig festgestellt, dass die Unternehmen, die auf der Liste der Scheinunternehmen des Bundesministeriums für Finanzen stehen, als unzuverlässig gelten.

Informationsfreiheitsgesetz

Ein weiterer Schwerpunkt der Sitzung lag auf dem Informationsfreiheitsgesetz. Es wurden unterschiedliche Aspekte erörtert, unter anderem die Frage der Bekanntgabe von Verfahrensdauern. Seitens der Stadt Wien wurde der Wunsch nach einer einheitlichen Vorgehensweise in diesem Zusammenhang betont.

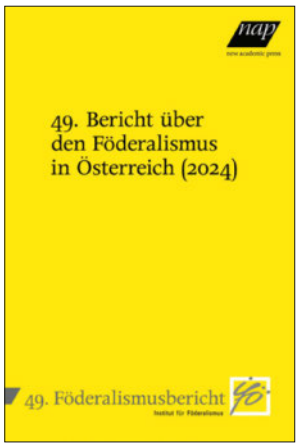
Unisex-WCs

Am Nachmittag erfolgte ein Meinungsaustausch über Unisex-WCs. In der Diskussion zeigte sich, dass hinsichtlich einer generellen Abkehr von getrenntgeschlechtlichen WC-Anlagen keine einheitliche Meinung besteht.

Umgang mit ausländischen Ausbildungszeugnissen

Abschließend wurde die Anerkennung von ausländischen Ausbildungszeugnissen behandelt.
Die überwiegende Meinung war hierbei, dass diese nicht angerechnet werden, da zum Beispiel in Nordmazedonien möglicherweise andere Sachen gelehrt werden als in EU-Ländern und die Berufszugangsverordnung bestimmte Anforderungen an die fachliche Eignung stellt.
Nach dem abschließenden Austausch zu Allfälligem wurde der Termin für die nächste Sitzung festgelegt: 22. und 23. April 2026 in Wiener Neustadt.

© Foto: Österreichischer Städtebund



Föderalismus

Der jährlich erscheinende Bericht über den Föderalismus in Österreich liefert eine umfassende und fundierte Analyse der Entwicklung des bundesstaatlichen Systems. Im Fokus stehen die Tätigkeiten der Bundes- und Landesgesetzgebung sowie die Rechtsprechung der Gerichte, insbesondere im Bereich des öffentlichen Rechts. Darüber hinaus werden zentrale Entwicklungen auf europäischer Ebene, in den österreichischen Gemeinden sowie im finanziellen und kooperativen Föderalismus ausführlich dargestellt. Der beigefügte Anhang umfasst eine Auswahl bedeutender Dokumente und statistischer Daten, die das Berichtsjahr prägen. Insgesamt stellt der Bericht eine wertvolle und differenzierte Darstellung der föderalen Strukturen und ihrer Dynamiken in Österreich dar.

49. Bericht über den Föderalismus in Österreich (2024)

Institut für Föderalismus (Hrsg.) | New academic press, 2025 | ISBN 978-3-7003-2332-7 | € 29,90 | 252 Seiten | Softcover



Gewerbliche Betriebsanlage

Genehmigungen, Auflagen, Umwelt- und Nachbarschutz – das Betriebsanlagenrecht vereint technische, rechtliche und wirtschaftliche Anforderungen wie kaum ein anderes Rechtsgebiet. Das Wissen über das Recht der gewerblichen Betriebsanlage ist die Grundlage für einen erfolgreichen, sicheren und nachhaltigen Gewerbebetrieb.
Das Handbuch führt in der frischen 5. Auflage klar gegliedert durch alle zentralen Themen des Betriebsanlagenrechts: von der Genehmigungspflicht über Nachbarrechte bis hin zur Rechtsdurchsetzung. Es bietet praxisrelevante Schwerpunkte, viele Beispiele zu Kernfragen des Betriebsanlagenrechts und ein umfangreiches Glossar. Die neuen Herausgeber Baumgartner, Bergthaler und Pürgy kooperierten hier mit 18 Autor:innen, die praktische Erfahrung und Fachwissen aus allen betroffenen Rechtsberufen haben: Verwaltung, Rechtsprechung, Anwaltschaft, Legistik und Wissenschaft.

Die gewerbliche Betriebsanlage

Gerhard Baumgartner, Wilhelm Bergthaler, Erich Pürgy | Manz Verlag 2025 | ISBN 978-3-214-26002-6 | € 168,00 | 670 Seiten | Gebunden



Verwaltungs- und Finanzgerichtsbarkeit

Die Neuerscheinung vom Institut für Österreichisches und Internationales Steuerrecht, WU Wien bietet eine aktuelle Bestandsaufnahme und gewährt einen Blick in die Zukunft. Schließlich geben zehn Jahre zweistufige Verwaltungsgerichtsbarkeit Anlass zu einer grundsätzlichen Standortbestimmung und einem Ausblick auf künftige Entwicklungen im Verfahren der Verwaltungsgerichte und des Bundesfinanzgerichts.
Das Themenspektrum reicht von erstinstanzlicher Verwaltungs- und Finanzgerichtsbarkeit als rechtsstaatliche Justizgewährleistung über Zuständigkeiten, Sprache, Urteilstechnik, Transparenz und Akzeptanz der Verwaltungs- und Finanzgerichte bis zu Aspekten der Digitalisierung und Weiterbildung. Der kontradiktorische Charakter des verwaltungs- und finanzgerichtlichen Prozesses wird ebenso behandelt wie die Verwaltungsgerichte und das Bundesfinanzgericht im österreichischen und europäischen Rechtsprechungsverbund.

Verwaltungs- und Finanzgerichtsbarkeit – Stand und Entwicklungsperspektiven

Michael Holoubek, Michael Lang (Hrsg.) | Linde Verlag 2025 | ISBN 978-3-7073-5243-6 | € 89,00 | 320 Seiten | Hardcover

IFG: Steilvorlage für Betrüger?

Mit dem neuen Informationsfreiheitsgesetz steigt vor allem beim Bauwesen in Städten und Gemeinden das Betrugsrisiko. Was forensische Baubegleitung dagegen ausrichten kann.

Am 1. 9. 2025 trat das Informationsfreiheitsgesetz (IFG) in Kraft. Es verpflichtet Städte und Gemeinden zu mehr Transparenz. Das ist grundsätzlich wünschenswert, allerdings steigt auch das Betrugsrisiko. Besonders das Bauwesen, wo es um hohe Summen geht und bei kleineren Gemeinden auch ein gewisses Maß an Routine fehlt, ist hier ein beliebtes Ziel. Mittels Betrugsprävention und forensischer Baubegleitung kann das Betrugsrisiko signifikant reduziert werden. So bleibt nicht nur das Gemeindebudget verschont, sondern es werden auch Reputationsschäden für politische Amtsträger:innen vermieden.

Betrugsfall in der Gemeinde Hinterhofen

Die Gemeinde Hinterhofen (Name frei erfunden) errichtet soeben eine neue Volksschule. Sie ist in der glücklichen Lage, dass die Ortschaft wächst und die alte Schule nun aus allen Nähten platzt. Auch wenn die Gemeinde dafür einige Millionen in die Hand nehmen muss und das Budget strapaziert wird, ist sie über den Baufortschritt der neuen Volksschule überaus erfreut. Bedauerlicherweise kam es zu einer Verzögerung des Baubeginns, und das wurde in der Bevölkerung nicht gut aufgefasst, doch dieses Phänomen ist bei Gebäudeerrichtungen regelmäßig zu bemerken. Dann langt auch schon die erste Teilrechnung in Höhe von mehreren hunderttausend Euro ein. Hinterhofen begleicht die Rechnung pünktlich und in geforderter Höhe, doch kurz darauf langt eine Mahnung einer Baufirma ein. Wie ist das möglich, fragt sich der Bürgermeister und greift zum Telefon. Die Baufirma erklärt, dass die überwiesene Summe nicht bei ihr eingelangt sei. Die Gemeinde Hinterhofen ist auf einen Betrug hereingefallen und hat nun eine hohe Schadensumme zu beklagen – neben den ohnehin kostspieligen Baukosten.



Forensische Baubegleitung wirkt abschreckend auf potenzielle Betrüger.

Erhöhtes Betrugsrisiko

Dieses und ähnliche Szenarien sind in Städten und Gemeinden leider keine Einzelfälle, auch über die österreichischen Landesgrenzen hinaus. Betrüger:innen geben sich zunächst als Gemeindebedienstete aus und wenden sich als solche an die Baufirma. Ein einfacher Blick auf die Website der Gemeinde reicht aus, um im Namen eines Gemeindebediensteten die Baufirma zu kontaktieren und die originale Rechnung anzufordern. Betrugsexperte von EY Andreas Frohner warnt: „Dies geht künftig sogar noch leichter, denn mit dem Informationsfreiheitsgesetz müssen Städte und Gemeinden viele Informationen proaktiv veröffentlichen. Doch nicht nur das, auch können Betrüger mittels passiven Informationsrechts formlos Informationen mündlich, schriftlich oder telefonisch erfragen. Diese Umstände werden es Betrügern deutlich erleichtern Verträge oder Rechnungen authentisch zu fälschen.“ Als erfahrener Wirtschaftsforensiker hat der EY-Experte unzählige Betrugsfälle gesehen, aufgearbeitet und durch das Implementieren praxistauglicher Maßnahmen solche künftig verhindert. Seiner Erfahrung nach wird daher das Risiko, als Stadt oder Gemeinde durch die neu geschaffenen Transparenzhebel des IFG einem Betrug zu erliegen, steigen. Auch wenn die beschlossenen Transparenzmaßnahmen wünschenswert sind und ein erstrebenswertes Ziel verfolgen, so sind diese jedenfalls in Kombination mit Antibetrugsmaßnahmen zu sehen. Vier-Augen-Prinzipien in Zahlungsprozessen und angepasste Compliance- sowie IKS-Maßnahmen bringen eine adäquate

© Foto: Getty Images



Absicherung vor Betrugsmustern. Angesichts dieser Entwicklungen ist es daher unerlässlich, mit einem Mehr an Transparenz auch ein Mehr an Antibetrugsmaßnahmen zu etablieren. Diese müssen an die Größe der jeweiligen Stadt bzw. Gemeinde angepasst sein, um den Verwaltungsapparat nicht mit zu vielen Auflagen und Prüfschritten zu lähmen.

Die Baubranche als besonders beliebtes Ziel

„Die Baubranche ist eine beliebte Branche für Betrüger, denn hier zahlt sich ein Betrug ob der hohen Summen besonders aus“, erklärt Elisabeth Sardy-Rauter von EY. Auch stehen Bauprojekte, wie jenes aus unserem Beispiel, nur bei den wenigsten Städten und Gemeinden auf der Tagesordnung. Die fehlende Routine in der Abwicklung des Bauvorhabens samt Schlussrechnungen, Bauabnahmen und Ratenzahlungen stellt ein weiteres Betrugsrisiko dar. „Um Baukosten von Anbeginn im Griff zu behalten sowie Betrugsrisiken zu mindern, stellt das Instrument der forensischen Baubegleitung ein präventives und begleitendes Instrument dar“, erklärt die Expertin. Das Budget der Stadt bleibt geschont, Zeitpläne werden eingehalten und Baukosten nicht überschritten.

Was ist forensische Baubegleitung?

Die forensische Baubegleitung versteht sich als unabhängige, spezialisierte Überwachung von Bauprojekten, die Abläufe, Verträge, Bauausführungen und Abrechnungen systematisch auf Unregelmäßigkeiten kontrolliert. Dabei ist interdisziplinäres Know-how gefragt. Was komplex klingt, lässt sich in einzelne Aktivitäten herunterbrechen: Es werden Prozesse und Bauunterlagen analysiert, Baufirmen und Subunternehmer geprüft, Baustellen begangen, Compliance-Maßnahmen gestärkt, Abrechnungen in Stichproben mit ausgeführten Arbeiten verglichen und vieles mehr. Durch diese Maßnahmen können mögliche Unregelmäßigkeiten frühzeitig erkannt und reduziert werden.

Auch der präventive Effekt ist groß: Eine unabhängige Prüfinstanz wirkt abschreckend auf potenzielle Betrüger. Projektbeteiligte können laufend hinsichtlich neuer Betrugsmuster sensibilisiert werden und Verdachtsfälle können dokumentiert und aufgeklärt werden. Dazu soll die forensische Baubegleitung möglichst früh, idealerweise bereits in der Planungsphase, als fester Projektbestandteil verankert werden.

Es zeigt sich deutlich: Durch die frühzeitige Integration forensischer Baubegleitung und gezielter Antibetrugsmaßnahmen können Städte und Gemeinden den Herausforderungen, die zunehmende Transparenz mit sich bringt, erfolgreich begegnen.



Elisabeth Sardy-Rauter

bringt mehr als 20 Jahre Berufserfahrung in der Umsetzung von Bauvorhaben mit und arbeitet seit 2019 bei EY. Sie studierte Bauingenieurwesen und Architektur, ist Ziviltechnikerin, Baumeisterin sowie Bauträgerin. Sie hat unzählige Projekte im Bereich Neubau und Sanierung sowie Immobilientransaktionen und Bewertungen geleitet.
EY – Bauen und Immobilien
Elisabeth.Sardy-Rauter@parthenon.ey.com



Andreas Frohner

bringt als Betrugs- und Compliance-Experte über 25 Jahre Erfahrung in forensischen Untersuchungen sowie Compliance mit. Er ist außerdem als Rechtsanwalt in Österreich und New York zugelassen und leitet forensische Projekte sowohl zu Cyberangriffen als auch zu Betrugsermittlungen. Damit es erst gar nicht so weit kommt, engagiert er sich für die Themen Betrugserkennung, Betrugsprävention sowie Cyber Incident Response.
EY – Forensic & Integrity Services
Andreas.Frohner@at.ey.com

Forensic & Integrity Services
www.ey.com/de_at/services/forensic-integrity-services

Immobilien- & Bauwirtschaft
www.ey.com/de_at/industries/real-estate-hospitality-construction

© Alle Fotos: EY – Ernst & Young

Kommunalsteuer – Die Sorgfaltspflicht im Haftungsverfahren

Der Frage der Sorgfaltspflicht kommt im Haftungsverfahren besondere rechtliche Bedeutung zu; dazu einige rechtliche Anmerkungen.

Dr. Peter Mühlberger, Konsulent Österreichischer Städtebund

I. Anwendungsbereich

Primär kommen die Haftungsbestimmungen für die Geschäftsführerhaftung oder Vorstandshaftung bei Kapitalgesellschaften, aber auch bei Vereinseinrichtungen hinsichtlich des Vereinsobmanns im Zusammenhang mit Kommunalsteuerabgaben zum Tragen, wofür auch entsprechende Bestimmungen im § 6a KommStG vorhanden sind. Es sollte jedoch darauf hingewiesen werden, dass eine Haftung von gesetzlichen Vertretern grundsätzlich für sämtliche Abgaben nach den Rechtsnormen der Bundesabgabenordnung gelten sollte, weil die Bestimmungen der Bundesabgabenordnung für sämtliche öffentliche Abgaben des Bundes, der Länder und Gemeinden, ausgenommen der Verwaltungsabgaben, gelten sollen, wozu bei den Kommunen beispielhaft Tourismusabgaben, Verkehrsflächenbeiträge, Kanal- und Wasserleitungsanschlussabgaben und Müllabführgebühren zählen.

Diesbezüglich wäre aber bei diesen zuletzt genannten Gemeindeabgaben § 9 BAO anzuwenden, welcher ähnlich dem § 6a KommStG gestaltet ist, aber die Prinzipien der Gefährdungshaftung nicht enthält; dies bedeutet, dass bei der Anwendung der Rechtsnorm des § 9 BAO – im Gegensatz zu § 6a KommStG bei der Kommunalsteuer – bei anderen öffentlichen Gemeindeabgaben von einer Ausfallshaftung auszugehen ist und daher nachzuweisen wäre, dass die Einbringung der Abgaben uneinbringlich war – also nicht wie bei der Kommunalsteuer (... nicht ohne Schwierigkeiten ...) lediglich gefährdet wäre – und daher dieser Nachweis anhand beispielsweise von vergeblichen Exekutionsversuchen oder dem erfolglosen Ergebnis eines Insolvenzverfahrens nachzuweisen wäre, bei welchem lediglich eine marginale Insolvenzquote erzielt werden konnte.

Es sollte außerdem expressis verbis darauf hingewiesen werden, dass sowohl § 9 BAO als auch § 6a KommStG im Zusammenhang mit der Haftung auf gesetzliche Vertreter nach § 80 BAO verweisen, wonach auf die zur Vertretung juristischer Personen berufenen Personen und die gesetzlichen Vertreter natürlicher Personen, damit vor allem bei Vertretung juristischer Personen die Geschäftsführer einer Gesellschaft m.b.H, der Vorstand einer Aktiengesellschaft, der Vereinsobmann eines Vereins, allenfalls der Verwalter einer Eigentümergemeinschaft bei Miteigentum gemeint sind; für Personengesellschaften kommen die Haftungsbestimmungen nicht zum Tragen, sondern es gelten die Gesamtschuldregelungen.

II. Gesetzliche Vertreter

Die in den §§ 80 ff BAO genannten Vertreter haften neben den durch sie vertretenen Abgabepflichtigen für die diese treffende Kommunalsteuer insoweit, als diese Abgaben infolge schuldhafter Verletzung der ihnen auferlegten abgabenrechtlichen und sonstigen Verpflichtungen nicht ohne Schwierigkeiten eingebracht werden können. Zu den Vertretern zählen vor allem die gesetzlichen Vertreter von juristischen Personen wie Geschäftsführer einer GmbH, Vorstandsmitglieder einer AG, Masseverwalter, Vereinsvertreter und Komplementär-Geschäftsführer einer Gmbh & Co KG; bei den Vereinen haftet in der Regel der Vereinsobmann, doch könnte auch bei entsprechender Regelung in den Vereinsstatuten ein anderes Vorstandsmitglied, wie etwa der Vereinskassier, herangezogen werden. Bezüglich der Prokuristen besteht aber die überwiegende Rechtsmeinung, dass primär der gesetzliche Vertreter und damit Geschäftsführer und Vorstandsmitglieder, aber nicht der bestellte Prokurist heranzuziehen wäre (Ritz/Koran, BAO-Bundesabgabenordnung-Kommentar, 8. Auflage, Seite 44 ff); Prokuristen könnten subsidiär in Ausnahmefällen – wenn vorübergehend kein Geschäftsführer vorhanden bzw. einsatzbereit ist – zur Haftung im Hinblick auf die Rechtsnorm des § 83 Abs. 1 BAO herangezogen werden, zumal sich die gesetzlichen Vertreter durch voll handlungsfähige Personen vertreten lassen können, wenn beispielsweise der Geschäftsführer als gesetzlicher Vertreter einer Kapitalgesellschaft einem Dritten die Prokura oder Handelsvollmacht nach § 48 UGB erteilen und damit zu allen Geschäften und Rechtshandlungen ermächtigen kann, die der Betrieb des Unternehmens mit sich bringt, wie beispielsweise für die ordnungsgemäße Abgabenentrichtung Sorge zu tragen.

Neben den vorwiegend gesetzlichen Vertretern nach § 6a Abs. 1 KommStG kommen als Haftende nach § 6a Abs. 2 KommStG insoweit auch Personen in Betracht, als sie auf die bezeichneten Vertreter oder auch mit Unternehmensgeschäften beauftragten sonstigen Dienstnehmer Einfluss nehmen, indem sie diesen Einfluss dahingehend auszuüben haben, dass von diesen abgabenrechtliche und sonstige Pflichten erfüllt werden; diese Haftung besteht gegebenen-

falls neben der Haftung des gesetzlichen Vertreters. Solche Personen wären beispielsweise der Notgeschäftsführer oder bestellte Steuerberater, allenfalls auch Gesellschafter, insoweit sie etwa auf die (negative) Abgabenentrichtung Einfluss nehmen und bewirken würden, dass die Abgaben nicht ohne Schwierigkeiten eingebracht werden können; solche Personen wären beispielsweise auch Alleingesellschafter, welche den Geschäftsführer an der ordnungsgemäßen Abgabenentrichtung hindern würden (Ritz/Koran, BAO-Bundesabgabeordnung-Kommentar, 8. Auflage, Seite 44 ff).
Mit dem Hinweis auf § 9 Abs. 2 BAO verweist der Gesetzgeber auf die Haftungspflicht von Notaren, Rechtsanwälten und damit auch Wirtschaftstreuhändern insoweit, als sie in Ausübung ihres Berufes bei der Beratung Handlungen vorgenommen haben, jedoch nur dann, wenn diese Handlungen eine Verletzung der Berufspflicht enthalten; dies bedeutet, dass dies beispielsweise Handlungen wären, von der Abgabenentrichtung Abstand und damit ein Verwaltungsstrafverfahren in Kauf zu nehmen, um andere Gesellschaftspflichten zu erfüllen und vorerst ein Insolvenzverfahren zu vermeiden, nicht aber eine unrichtige Rechtsauslegung gegenüber der Abgabenbehörde.

III. Uneinbringlichkeit

Haftung besteht insoweit, als die Abgaben infolge der Pflichtverletzung nicht ohne Schwierigkeiten eingebracht werden können, wobei der Gesetzgeber expressis verbis auf die Eröffnung eines Insolvenzverfahrens Bezug nimmt, dem natürlich gleich zu halten ist die Abweisung eines Insolvenzantrages mangels Vermögens. Bei der Haftung nach dem Kommunalsteuerrecht handelt es sich um eine Gefährdungshaftung, weshalb die Abgabenbehörde keinesfalls auf die Einleitung eines Insolvenzverfahrens warten muss, um eine Haftung geltend zu machen, sondern allein bei Gefährdung der Einbringlichkeit von Abgabenschulden reagieren kann und auch sollte und beispielsweise bei schlechter wirtschaftlicher Betriebssituation – in diesen Fällen vor Insolvenzeröffnung allerdings erst nach ein oder zwei vergeblichen Abgabenexekutionsversuchen – bereits eine Haftung beanspruchen könnte. Der Umstand, dass ein Insolvenzverfahren noch nicht abgeschlossen ist, hindert keinesfalls gleichzeitig die Einleitung eines Haftungsverfahrens und die Erlassung eines Haftungsbescheides, selbst wenn die zu erwartende Insolvenzquote auch nicht annähernd bekannt oder deren Auszahlung nicht sicher gewährleistet wäre.
Sobald die Insolvenzquote feststeht, entweder während eines laufenden Insolvenzverfahrens bzw. nach einem abgeschlossenen Insolvenzverfahren, und das Haftungsverfahren noch nicht abgeschlossen worden war, hätte die Insolvenzquote die Haftungssumme zu reduzieren; falls das Haftungsverfahren bereits rechtskräftig abgeschlossen war, könnte die nachträglich ausbezahlte Insolvenzquote im Buchungswege als Guthaben berücksichtigt werden. Falls das Insolvenzverfahren bereits rechtskräftig abgeschlossen worden war und der Abgabengläubiger eine Insolvenzquote auch bereits erhalten hatte, wäre es ebenfalls rechtlich möglich, eine Haftung gegen den Geschäftsführer hinsichtlich der nicht berücksichtigten Abgabenschulden geltend zu machen und die bereits ausbezahlte Insolvenzquote im Rahmen des Haftungsbetrages zu berücksichtigen.
Sofern das abgabepflichtige Unternehmen, aus welchen Gründen auch immer, bereits gelöscht wurde und offene Abgabenschuldigkeiten und Verfehlungen des verantwortlichen Vertreters bekannt werden, wäre die erstmalige Geltendmachung eines Abgabenanspruches gemäß § 224 Abs. 3 BAO anlässlich der Erlassung eines Haftungsbescheides rechtlich möglich, sofern nicht bereits Festsetzungsverjährung hinsichtlich der geltend gemachten Abgaben eingetreten war; ansonsten gilt jedoch hinsichtlich der Haftung grundsätzlich Einhebungsverjährung nach § 238 Abs. 1 BAO mit den bekannten verjährungsunterbrechenden Amtshandlungen wie Mahnung, Vollstreckungsmaßnahmen, Bewilligung von Zahlungserleichterungen und den ebenso bekannten Rechtsfolgen des § 238 Abs. 2 BAO.

IV. Sorgfaltspflichten

IV. I Sorgfaltsformen

Der Gesetzgeber spricht im § 6a Abs. 1 KommStG ausdrücklich von abgabenrechtlichen und sonstigen Pflichten.
Zu den Abgabepflichten gehören die Offenlegungs- und Auskunftspflichten, die Abgabenerklärungspflicht, die Vornahme der Selbstberechnung und natürlich ordnungsgemäße und fristgerechte Abgabenentrichtung für den von ihm vertretenen Abgabenschuldner. Doch nicht die Verletzung jeder dieser Verpflichtungen wird und kann zur Haftung führen; beispielsweise wird eine verspätete Vorlage der Abgabenerklärung nicht zur Haftung führen, anders jedoch, wenn die Abgabenerklärung dermaßen fehlerhaft wäre, dass dies zur Abgabenfestsetzung und damit infolge eines inzwischen eingetretenen Insolvenzverfahrens zur Uneinbringlichkeit führen würde, fehlerhafte Buchaufzeichnungen oder unrichtige Abgabenauskünfte sind jedoch abgabenrechtliche Verfehlungen, welche im Rahmen einer Haftung geltend gemacht werden können. Überdies wird nicht jede nicht fristgerechte und nicht ordnungsgemäße Abgabenentrichtung automatisch erfolgreich zur Haftungsbeanspruchung führen, zumal die Sorgfaltspflicht, vorhandene Finanzmittel, Gleichbehandlungsgebot im Haftungsverfahren eine wesentliche rechtliche Rolle spielen.
Zu den sonstigen Pflichten zählt eine breite Palette von Verpflichtungen und damit verbundenen Verfehlungen, welche haftungsrelevant werden können; wie etwa die Betriebsfortführung ohne gewerberechtlichen Geschäftsführer oder die Verschleppung eines notwendigen Insolvenzantrages (Ritz/Koran, BAO-Bundesabgabenordnung-Kommentar, Linde-Verlag, 8. Auflage 2025, Seite 44 ff). Schon bereits die gewerberechtlichen oder baurechtlichen Verfehlungen eines verantwortlichen Vertreters können unter Umständen zur Haftung führen, sofern sie Relevanz für die Abgabenentrichtung hätten, d. h. nicht jede Übertretung der Gewerbeordnung, wie etwa Sperrstundenübertretung, oder Übertretung der Bauordnung, wie etwa Nichtberücksichtigung von Schutznahmen, und damit verbundene Verwaltungsstrafverfahren können haftungsrelevant sein; anders jedoch etwa eine aufgrund von Verfehlungen behördlich angeordnete Betriebssperre, welche zu Einnahmenverlusten und damit fehlenden Finanzmitteln führen würde, die Dienstnehmer auch während der Betriebssperre weiterhin Bezüge erhielten, jedoch die Abgaben aufgrund fehlender Finanzmittel nicht entrichtet werden könnten.
Zu den sogenannten sonstigen Pflichten zählen nicht herkömmliche betriebswirtschaftliche Fehler oder Betriebseinstellung, um weitere zivilrechtliche oder öffentlich-rechtliche Verpflichtungen (Abgabenentrichtung) zu vermeiden; anders jedoch ungewöhnliche

Betriebsmaßnahmen, welche zu verschuldeten Einnahmenausfällen führen. Dies wäre anzunehmen, wenn ein Missbrauch von Gestaltungsmöglichkeiten (§ 22 BAO) vorläge und Gestaltungen unangemessen wären, weil sie unter Außerachtlassen der Steuerersparnis nicht sinnvoll erscheinen und der wesentliche Zweck darin besteht, Steuern und Abgaben zu sparen, und dies wäre auch bei einer Insolvenzverschleppung gegeben, wenn der verantwortliche Vertreter Kenntnis von der Zahlungsunfähigkeit hat und den Betrieb dennoch weiterführt, jedoch keine Abgaben und Steuern entrichtet.

Zu den sonstigen Verfehlungen bzw. Pflichtverletzungen zählen die Verletzung gesellschaftsrechtlicher Verpflichtungen und dabei die Missachtung der gesellschaftlichen Verpflichtung nach § 25 Abs. 1 GmbH-Gesetz, wonach der Geschäftsführer der Gesellschaft gegenüber verpflichtet ist, die Sorgfalt eines ordentlichen Geschäftsmannes anzuwenden. Die Verletzung dieser gesellschaftsrechtlichen Verpflichtung führt nicht nur zu einer zivilrechtlichen Haftung gegenüber der Gesellschaft, sondern auch zu einer abgabenrechtlichen Haftung gegenüber der Abgabenbehörde, wenn die gesellschaftlichen Verfehlungen für die Abgabenentrichtung relevant wären. Zu diesen gesellschaftsrechtlichen und haftungsrelevanten Verpflichtungen gehören vor allem geeignete Kontrollmaßnahmen, welche den Anforderungen des Unternehmens gerecht werden und abgabenrechtliche Verfehlungen seiner für die Abgabenentrichtung verantwortlichen Dienstnehmer auszuschließen; allein die Verletzung eines Kontroll- und Überwachungssystems wird haftungsrelevant sein und daher den Geschäftsführer nicht von einem Verschulden ausschließen, weil Dienstnehmer die Abgaben und Steuern nicht ordnungsgemäß entrichtet haben.

Der Geschäftsführer selbst muss die erforderlichen Fähigkeiten und Kenntnisse haben, um den Betriebsanforderungen gerecht zu werden und die Sorgfalt eines ordentlichen Geschäftsmannes, verbunden mit der notwendigen Sorgfaltspflicht zur Abgabenentrichtung, ausüben zu können. Zu den gesellschaftsrechtlichen Verpflichtungen gehören aber auch die Berichtspflicht an den Aufsichtsrat, die Einberufung der Generalversammlung bei Finanzverlusten, weil diese Verfehlungen gegen das Gesellschaftsrecht letztlich zur Nichtentrichtung von Abgabenschuldigkeiten führen können. Die wesentlichste Verletzung gesellschaftsrechtlicher Verpflichtungen, welche zu einer Haftung führen könnten, wäre aber, keine Insolvenz bei Überschuldung oder Zahlungsunfähigkeit (siehe § 69 IO) zu beantragen, weil diese Pflichtverletzung am meisten mit dem Ausfall von Abgabenansprüchen verbunden wäre und vor allem eine sonstige Pflichtverletzung im Haftungsverfahren darstellen könnte.

IV. II Sorgfaltsanwendung

Nach ständiger Rechtsprechung hat der Geschäftsführer nachzuweisen, weshalb er nicht habe Sorge tragen können, dass die von ihm vertretene Gesellschaft die angefallenen Abgaben entrichtet hat, widrigenfalls von der Abgabenbehörde eine schuldhafte Pflichtverletzung angenommen werden darf; es hat nicht die Abgabenbehörde das Ausreichen der Finanzmittel nachzuweisen, sondern der Geschäftsführer das Fehlen ausreichender Finanzmittel (VwGH 25.04.2002, 99/25/0253) d. h. der Vertreter hat darzutun (VwGH 15.6.2023, 2021/13/0156), aus welchen Gründen auch immer die Erfüllung seiner abgabenrechtlichen (allenfalls sonstiger) Verpflichtungen – die Abgaben der von ihm vertretenen Gesellschaft zum Zeitpunkt der Abgabenentrichtung fristgerecht und vollständig zu entrichten – unmöglich war, widrigenfalls schuldhafte Pflichtverletzung angenommen werden kann, wobei ein umfassender Schuldvorwurf analog dem Schadenersatzrecht gegeben wäre und bemerkenswerterweise der Verwaltungsgerichtshof hier ausdrücklich von Nachweispflicht spricht und vorweg einen der häufigsten „Rechtfertigungsgründe“ vorwegnimmt, dass Finanzmittel nicht vorhanden gewesen wären. Fahrlässig die Verpflichtung, für die Abgabenentrichtung Sorge zu tragen, vernachlässigt zu haben, wird angenommen, wenn der Vertreter keine Gründe darlegen kann, wonach ihm die Erfüllung unmöglich war; als Verschuldensgrad für die Haftungsinanspruchnahme reicht bereits leichte Fahrlässigkeit. Das Tatbestandsmerkmal (... infolge schuldhafter Verletzung der den Vertretern auferlegten Pflichten nicht eingebracht werden können ...) wäre dann als erfüllt anzunehmen, wenn das vertretene Unternehmen (Abgabenschuldner) bei oder nach Fälligkeit Finanzmittel für die Bezahlung – gegebenenfalls nach gleichmäßiger Aufteilung der vorhandenen Finanzmittel auf die gesamt vorhandenen Verbindlichkeiten – zur Verfügung hatte (VwGH 22.9.1991, 89/17/0244).

Natürlich stellt der Verwaltungsgerichtshof insbesondere bei Selbstbemessungsabgaben auf die Fälligkeit der Abgaben ab, doch sollte die Sorgfaltspflicht keinesfalls auf den jeweiligen Fälligkeitszeitpunkt beschränkt werden, wenn er beispielsweise bei der „Gleichbehandlung“ auch auf Zahlungen zur Aufrechterhaltung des Geschäftsbetriebes, wie Zug-um-Zug-Geschäfte, Entrichtung von Stromkosten, betriebsnotwendige Forderungen wie Entrichtung von Löhnen und Gehältern sowie Leistung von Mietzinszahlungen (VwGH 26.1.2011, 2007/13/0063) und auch auf Sozialversicherungsbeträge (VwGH 7.10.2015, 2015/08/0040) Bezug nimmt, wobei dabei sicherlich nicht nur die üblicherweise auch am Fälligkeitstag erbrachten Zahlungen, wie etwa Ankauf von Waren oder die gesetzlich zu entrichtenden Abgaben, vermeint sind, sondern auch Zahlungen vor und nach dem jeweiligen Fälligkeitszeitpunkt, zumal der Gerichtshof bei diesen Zahlungen einerseits nicht auf den Fälligkeitszeitpunkt Bezug nimmt und andererseits auch eine Fahrlässigkeit annimmt, wenn der Vertreter bei oder nach Fälligkeit Finanzmittel zur Verfügung hatte und nicht für die Abgabenentrichtung Sorge getragen hätte. Für einen weiten Sorgfaltsrahmen spricht auch der kritisierte Abschluss eines sogenannten Mantelzessionsvertrages (VwGH 29.1.2015, 2011/16/0136), womit gewisse privatrechtliche Verbindlichkeiten von vornherein bevorzugt, jedoch öffentlich-rechtliche Abgabenschulden benachteiligt werden, unabhängig vom jeweiligen Fälligkeitstag. Dafür spricht auch jene höchstgerichtliche Entscheidung (VwGH 3.11.1994, 93/15/0010), wonach Verschulden des Geschäftsführers angenommen würde, wenn der Geschäftsführer Gesellschaftsschulden aus Gesellschaftsmitteln befriedigt, jedoch die Abgabenschulden teilweise oder gänzlich unberichtigt gelassen hatte, weil er beispielweise im fraglichen Abgabenzeitraum Zahlungen an ein Leasingunternehmen und Lohnzahlungen oder Werkleistungen getätigt hätte, ebenso wie Zession seiner sämtlichen Forderungen an Drittschuldner, an ein Bankunternehmen oder Gewinnausschüttungen an die Gesellschafter, weil er damit in Kauf nimmt, zukünftig allfällige und sicher zu erwartende Abgabenschulden nicht entrichten zu können; damit würde bereits eine dem Geschäftsführer obliegende Sorgfaltspflicht (OGH 24.6.1998, 3 Ob 34/97) verletzt. Für eine weite Sorgfaltspflicht spreche

aber auch die Verpflichtung des Geschäftsführers, sich bei der Übernahme seiner Geschäftsführerfunktion (VwGH 27.2.2003, 2000/15/0119) umfassend zu unterrichten, ob und in welchem Umfang die von ihm vertretene Gesellschaft ihren abgabenrechtlichen Verpflichtungen nachgekommen war, weil die Abgabenverpflichtung nicht mit Entstehung, sondern erst mit Entrichtung (Abstattung) der Abgabenschuld endet; auch diesbezüglich wird die Haftungsinanspruchnahme mit einer mangelnden Sorgfalt und damit Pflichtverletzung begründet, d. h. alleine die mangelnde Informationseinholung über das bisherige abgabenrechtliche Verhalten der Gesellschaft kann eine Geltendmachung der Haftung begründen.

Den Haftenden trifft im Übrigen eine qualifizierte Mitwirkungspflicht (VwGH 7.10.2015, Ra 2015/08/0040), zumal es sich bei der Abgabenhaftung um eine dem Schadenersatz nachgebildete Verschuldenshaftung handelt. Selbst bei Feststellung der Abgabenfehlleistungen erst im Rahmen eines Abgabenbescheides oder einer Insolvenzprüfung befreien den Geschäftsführer ebenso wenig wie Rechtsirrtum von einer Haftung, weil es sich bei der Kommunalsteuer um Selbstberechnungsabgaben handelt (VwGH 23.6.2009, 2007/13/0005) und die abgabenrechtliche Verpflichtung nicht mit Entstehung oder Fälligkeit der Abgabenschuld, sondern erst mit der Entrichtung bzw. Abstattung der Abgabenschuld endet. Gerade aus dieser höchstgerichtlichen Aussage wäre rechtlich zu folgern, dass abgabenrechtliche Verpflichtungen bereits mit der Entstehung der Abgabenschuld entstehen und auch nicht mit der Fälligkeit enden und damit in Konnex mit diesen über den Fälligkeitszeitpunkt hinausgehenden abgabenrechtlichen Verpflichtungen auch die sonstigen Sorgfaltspflichten des Haftenden als ordentlicher Geschäftsmann zu sehen sind; es kann keinesfalls „entschulden", wenn er vor Fälligkeit sämtliche Verbindlichkeiten zur Betriebsfortführung erfüllt oder unmittelbar nach Fälligkeit – möglicherweise sogar bewusst aufgeschobene – Zahlungseingänge vereinnahmt, jedoch am Fälligkeitstag keine Finanzmittel zur Verfügung hatte. Die qualifizierte Mitwirkungspflicht des Geschäftsführers im Haftungsverfahren (VwGH 23.6.2009, 2007/13/0005) sieht vor, nachzuweisen, dass er die objektiv erforderliche und subjektiv mögliche Sorgfalt bei der Abgabenentrichtung eingehalten und sein behauptetes Nichtverschulden nach Möglichkeit mit konkreten Beweisanträgen nachzuweisen hätte; die „Anträge", Einsicht in den Insolvenzakt zu nehmen oder den Insolvenzverwalter oder Masseverwalter bzw. Steuerberater „einzuvernehmen", reichen sicher nicht aus, einen entsprechenden Beweisantrag gestellt zu haben. Eine schuldhafte Pflichtverletzung wäre auch anzunehmen, wenn der Geschäftsführer lediglich Beweisanträge, aber keine Beweisthemen zur „Entschuldung" stellen konnte, oder wenn der Geschäftsführer erst bei Insolvenzanmeldung oder bei Insolvenzprüfung Kenntnis von den offenen Abgabenverbindlichkeiten erlangt hatte (VwGH 27.9.2012, 2009/16/0181).

Bei beabsichtigter Haftungsinanspruchnahme wäre der betreffende z. B. Geschäftsführer darüber (also über die beabsichtigte Geltendmachung der Haftung) unter Hinweis auf vorliegende Jahreserklärungen bzw. allfällige Abgabenbescheide einerseits und die nicht ordnungsgemäß erbrachte Abgabenleistung des von ihm vertretenen Unternehmens andererseits sowie der daraus resultierenden Haftungssumme in Kenntnis zu setzen und aufzufordern nachzuweisen, „warum er nicht Sorge tragen konnte, dass das von ihm vertretene Unternehmen die Abgaben nicht entrichtet hätte".

IV. III Finanzmittel

Es hat nicht die Abgabenbehörde das Ausreichen der Finanzmittel, sondern der beispielsweise haftende Geschäftsführer das Fehlen der Finanzmittel nachzuweisen (VwGH 25.4.2002, 99/15/0253). Der Abgabenbehörde obliegt es lediglich, allfällige „Entlastungsbeweise" aufzunehmen (VwGH 30.9.2004, 2003/16/0080); die bloße Darstellung seiner Soll- und Istbuchungen im Kassabuch (VwGH 16.12.2009, 2009/15/0127) befreit einen Geschäftsführer noch nicht von seiner Nachweispflicht fehlender Finanzmittel, ebenso wenig wie unbegründete Anträge, etwa den Steuerberater oder Insolvenzverwalter einzuvernehmen oder den Insolvenzakt zu besorgen (VwGH 27.9.2012, 2009/16/0181). Diese qualifizierte Nachweispflicht fehlender Finanzmittel berechtigt die Abgabenbehörde vielmehr, sich einen Überblick über seine Vermögensverhältnisse zu verschaffen und alle Kontobewegungen auf sämtlichen Bankkonten des abgabepflichtigen Unternehmens anzufordern, um nicht nur die Finanzmittel am Fälligkeitstag, sondern auch die vorhandenen Finanzmittel unmittelbar vor und vor allem nach dem Fälligkeitstag abzuklären. Natürlich wird der Zeitpunkt, für den zu beurteilen ist, ob der Unternehmer die für die Abgabenentrichtung erforderlichen Finanzmittel zur Verfügung hatte, primär danach bestimmt, wann die Abgaben bei Beachtung der abgabenrechtlichen Vorschriften zu entrichten gewesen wären, bei Selbstbemessungsabgaben der Zeitpunkt der Fälligkeit.

Subsidiär kommt jedoch den vorhandenen Finanzmitteln vor dem Fälligkeitstag im Hinblick auf die Frage der Sorgfaltspflicht und vor allem den vorhandenen Finanzmitteln auch nach dem Fälligkeitstag im Hinblick auf die auch nach dem Fälligkeitstag weiterhin gegebene Abstattungspflicht des Abgabepflichtigen bzw. dessen Geschäftsführer eine gewisse rechtliche Relevanz bezüglich der Haftung des Geschäftsführers zu, weshalb es opportun wäre, die Finanzbewegungen auf sämtlichen Konten des abgabepflichtigen Unternehmens zu checken. Bemerkenswert dazu auch die VwGH-Entscheidung vom 7.10.20215, 2015/08/0040, zur Haftung für Sozialversicherungsbeiträge, wonach der Prüfungszeitraum mit der Fälligkeit der ältesten Beitragsverbindlichkeit beginnt und mit der Eröffnung des Insolvenzverfahrens endet (Beobachtungszeitraum), aber auch die VwGH-Entscheidung vom 29.1.2015, 2011/16/0136, wonach der Haftende im Rahmen seiner qualifizierten Mitwirkungspflicht konkret Vorbringen zu erstatten hätte, weshalb ihm die Erfüllung seiner abgabenrechtlichen Verpflichtungen im Abgabenzeitraum bei oder nach Fälligkeit (Haftungszeitraum) nicht möglich war, widrigenfalls von der Abgabenbehörde schuldhafte Pflichtverletzung angenommen werden kann; beispielsweise würden der Abschluss eines Mantelzessionsvertrages oder Zug-um-Zug-Geschäfte zur Aufrechterhaltung des Geschäftsbetriebes und Inkaufnahme, Abgaben nicht entrichten zu können, ein Unverschulden wegen „fehlender" Finanzmittel nicht rechtfertigen.

Zusammenfassend wäre daher nach vorheriger Abklärung der Verletzung von abgabenrechtlichen oder sonstigen Verpflichtungen zu folgern (Punkt IV. II zur Sorgfaltsanwendung), dass bei einem etwaigen Einwand „fehlender Finanzmittel" die vorhandenen Finanzmittel zum Fälligkeitstag, aber auch für einen adäquaten Abgabenzeitraum vor und vor allem nachher im Zusammenhang mit dem Verschulden einerseits und den

vorhandenen Finanzmitteln andererseits zu hinterfragen wären.

IV. IV Gleichbehandlungsgebot

Das Kriterium der Gleichbehandlung aller privatrechtlichen und öffentlichen Forderungen ist lediglich eine weitere subsidiäre Facette im Rahmen der Verschuldensfrage im Haftungsverfahren. Fahrlässigkeit für die Abgabenentrichtung wäre gegeben, wenn der Vertretene bei oder nach Fälligkeit der Verbindlichkeiten nicht ausreichende Finanzmittel für die Abgabenentrichtung – gegebenenfalls nach gleichmäßiger Aufteilung der Finanz- und Zahlungsmittel auf alle privat- und öffentlichen Verbindlichkeiten – zur Verfügung hatte, aber nicht anteilig für die Abgabentilgung Sorge getragen hatte (VwGH 22.2.1991, 89/17/0244); der Gleichbehandlungsgrundsatz könnte lediglich subsidiär zu einer Einschränkung der gegebenen Haftungsverantwortung führen.

Der Geschäftsführer haftet nämlich lediglich dann nicht, wenn der von ihm vertretenen Gesellschaft zu und ab dem Zeitpunkt der Fälligkeit keine ausreichenden Finanzmittel zur Verfügung standen oder wenn der Geschäftsführer die zur vollständigen Befriedung nicht ausreichenden Finanzmittel zur verhältnismäßigen Befriedigung aller Gläubiger verwendet hatte (VwGH 25.4.2002, 99/15/0253); es wäre daher eine Darstellung der Einnahmensituation des Primärschuldners für jene Zeiträume (Abgabenzeiträume), zu welchen die Abgaben nicht in geschuldeter Höhe entrichtet worden waren, erforderlich, weil sich das Erfordernis der Gleichbehandlung aller Gesellschaftsgläubiger erst als Folge des vom Vertreter im Haftungsverfahren darzutuenden Fehlens ausreichender Finanzmittel zur Befriedung aller Abgabenverbindlichkeiten ergäbe.

Danach hätte der Haftende vorzulegen eine Aufstellung einerseits der zu oder nach den jeweiligen Fälligkeitstagen vorhandenen Finanzmittel, andererseits sämtlicher der zu den jeweiligen Fälligkeitstagen bestehenden bzw. fälligen privatrechtlichen und öffentlich-rechtlichen Verbindlichkeiten, wobei gerade bei den öffentlich-rechtlichen Abgabenverbindlichkeiten zum monatlichen Fälligkeitstag der Kommunalsteuer (15. des folgenden Kalendermonats) eine ganze Reihe von anderen öffentlich-rechtlichen Forderungen bzw. Verbindlichkeiten bestehen, wie Umsatzsteuer, Körperschaftssteuer, Lohnsteuer, Dienstgeberbeitrag, Zuschlag zum Dienstgeberbeitrag, Wirtschaftskammerbeitrag, teilweise Grundsteuer am 15. Februar, 15. Mai, 15. August, 15. November; außerdem wäre zu prüfen, ob die zu den Fälligkeitstagen nachgewiesenen privatrechtlichen Leistungen de facto auch zum 15. des Kalendermonats fällig waren oder lediglich geleistet wurden.

IV. V Kausalität

Der Rechtswidrigkeitszusammenhang ist ein weiteres Postulat für die Haftungsgeltendmachung, d. h. das Verschulden des Geschäftsführers sollte kausal für die Uneinbringlichkeit sein, wobei bei Verschulden diese Kausalität in der Regel gegeben bzw. anzunehmen sein wird (VwGH 15.6.2023, 2021/13/0156).

V. Ermessensentscheidung

Vermögens- und Arbeitslosigkeit stehen einer Haftungsinanspruchnahme nicht entgegen, wohl wäre bei der Geltendmachung der Haftung im Rahmen des Ermessens zu berücksichtigen ein relativ langer Zeitraum von mehreren Jahren zwischen der Entstehung der Abgabenschuld oder Feststellung der Abgabenschuld beim Primärschuldner und der Inanspruchnahme des Haftenden (VwGH 15.6.2023, 2021/13/0156).

Im Haftungsermessen sind auch allfällige Ausgleichszahlungen im Insolvenzverfahren im Billigkeitsweg zu berücksichtigen, wenn Haftungstatbestände vor Insolvenzeröffnung eintraten und das Haftungsverfahren noch nicht bereits abgeschlossen war (VwGH 24.6.2010, 2010/16/0014).

VI. Verfahrensfragen

VI. I Monatsabgabe

Die Abgabenbehörde hat grundsätzlich die monatlich fällig gewesenen, aber nicht oder nicht vollständig und damit uneinbringlich gewordenen Abgabenschuldigkeiten (Kommunalsteuer) im Rahmen des Parteienvorhalts im Haftungsverfahren bekanntzugeben, weil es sich bei der Kommunalsteuer um eine monatliche Selbstberechnungsabgabe handelt (VwGH 27.9.2012, 2009/16/0181).

Wenn die Bekanntgabe der Monatsbeträge der Haftungssumme nicht möglich ist (fehlende Buchhaltung, Firmenlöschung u. a.), dann könnte die Abgabenbehörde die Monatsbeträge auch schätzen (VwGH 28.6.2021, 2020/13/0082); wenn eine monatliche aufgegliederte Aufstellung aus anderen Gründen nicht ermittelt oder berechnet werden kann, dann wäre ebenfalls eine Schätzung möglich (VwGH26.5.2021, 2020/13/0073).

Für das Haftungsverfahren ist auch zu beachten, dass in einem Abgabenfall, in welchem weder die Höhe der Abgabenschuld (zum jeweiligen Fälligkeitstag) bestritten wird noch vom Haftenden Gläubigergleichbehandlung behauptet wird, eine weitere behördliche Aufgliederung der monatlichen Abgabenbeträge nicht erforderlich wäre (VwGH 23.6.2021, 2020/13/0072).

VI.II Abgabenschuld

Die Geltendmachung einer Haftung setzt das Bestehen einer Abgabenschuld voraus, nicht jedoch, dass die Abgabenschuld bereits gegenüber dem Abgabenschuldner bescheidmäßig geltend gemacht wurde; abgabenrechtliche Haftungen haben grundsätzlich keinen bescheidakzessorischen Rechtscharakter (VwGH 5.4.2022, 2020/13/0035).

VI. III Bescheidbindung

Soweit Abgabenbescheide vorliegen, ist die Abgabenbehörde im Haftungsverfahren an diese Abgabenbescheide gebunden (VwGH 28.2.2014, 2012/16/0050) und hat diese dem Haftenden als Parteienvorhalt zur Kenntnis zu bringen, weil der Haftende gemäß § 248 BAO innerhalb der Rechtsmittelfrist gegen den Haftungsbescheid auch gegen den (allenfalls bereits rechtskräftigen) Abgabenbescheid ein Rechtsmittel einbringen kann (Einwände gegen Abgabenfestsetzung nicht im Haftungsverfahren rechtlich möglich); bei erstmaliger Abgabenfestsetzung im Haftungsverfahren (§ 224 Abs. 3 BAO), weil die Haftungsinanspruchnahme keine vorherige Abgabenfestsetzung voraussetzt (VwGH 10.6.2022, 2022/13/0054), erfolgt die Abgabenfestsetzung als Vorfrage im Haftungverfahren.

VI. IV Haftungsumfang

Im Haftungsverfahren ist – im Gegensatz zum Abgabenverfahren – keine Verböserung (VwGH 19.12.2002, 2001/15/0029), wohl aber eine Verringerung im Rechtsmittelverfahren rechtlich möglich, weil von einem bestimmten Abgabenbetrag einer bestimmten Abgabenart auszugehen ist, womit auch die Sache des Haftungsverfahrens und damit die Abänderungsbefugnis festgelegt wird; dies gilt auch für den Fall des § 224 Abs. 3 BAO.

Ertragsanteilsvorschüsse für November 2025

(Beträge in 1.000 EURO, ohne Zwischenabrechnung)

Ertragsanteile, die auf die Gemeinden verteilt werden:

a) - nach Steuerarten

	Ertrag für 11/2025[1] in 1.000 EURO	Veränderung ggü. 11/2024 in %	Ertrag für 01–11/2025 in 1.000 EURO	Veränderung ggü. 01–11/2024 in %
Steuern, Einkommen, Vermögen (gesamt)	**573.064**	**-1,7%**	**6.588.604**	**1,6%**
davon:				
Veranlagte Einkommensteuer	71.578	35,7%	450.547	-4,1%
Lohnsteuer	362.264	3,3%	4.376.720	2,9%
Kapitalertragsteuer	26.830	23,0%	392.475	3,4%
Kapitalertragsteuer auf sonstige Erträge	35.275	64,3%	204.078	80,9%
Körperschaftsteuer	76.732	-43,4%	1.134.246	-8,5%
Stabilitätsabgabe	11	-90,3%	17.097	6,9%
Sonstige Steuern (gesamt)	**528.003**	**12,5%**	**5.957.332**	**6,9%**
davon:				
Umsatzsteuer	274.159	10,1%	3.506.350	3,9%
Tabaksteuer	21.317	-3,5%	234.633	1,7%
Biersteuer	1.649	-23,6%	19.425	-8,2%
Mineralölsteuer	36.627	51,3%	400.412	-4,5%
Alkoholsteuer	1.277	-6,8%	16.288	-2,1%
Energieabgabe	10.526		82.598	
Normverbrauchsabgabe	5.895	4,6%	58.083	-2,6%
Grunderwerbsteuer	118.413	5,3%	1.096.199	17,7%
Versicherungssteuer	18.210	6,0%	178.553	5,4%
Motorbezogene Versicherungssteuer	32.003	6,1%	286.935	2,4%
KFZ-Steuer	127	28,6%	6.736	-0,0%
Konzessionsabgabe	4.938	29,7%	41.965	15,8%

[1] Datenquelle: BMF – Budgetvollzug (Ertragsanteile): i. d. R. basierend auf dem Steueraufkommen des zweiten vorangegangenen Monats

b) länderweise Anteile*)

	Ertrag für 11/2025[1] in 1.000 EURO	Veränderung ggü. 11/2024 in %	Ertrag für 01–11/2025 in 1.000 EURO	Veränderung ggü. 01–11/2024 in %
Burgenland	27.956	4,1%	318.426	2,3%
Kärnten	65.375	5,3%	746.456	2,7%
Niederösterreich	179.670	2,4%	2.040.808	3,0%
Oberösterreich	172.824	5,3%	1.968.807	3,7%
Salzburg	76.436	7,0%	861.030	4,6%
Steiermark	134.704	3,9%	1.547.263	3,7%
Tirol	96.691	4,7%	1.092.760	3,4%
Vorarlberg	51.903	3,5%	594.798	5,0%
Wien	295.507	5,4%	3.375.587	5,3%
Summe	**1.101.067**	**4,6%**	**12.545.936**	**4,0%**

*) ohne Zwischenabrechnung

Ertragsanteilsvorschüsse für Dezember 2025

(Beträge in 1.000 EURO, ohne Zwischenabrechnung)

Ertragsanteile, die auf die Gemeinden verteilt werden:

a) - nach Steuerarten

	Ertrag für 12/2025[1] in 1.000 EURO	Veränderung ggü. 12/2024 in %	Ertrag für 01–12/2025 in 1.000 EURO	Veränderung ggü. 01–12/2024 in %
Steuern, Einkommen, Vermögen (gesamt)	**771.188**	**-2,7%**	**7.359.791**	**1,1%**
davon:				
Veranlagte Einkommensteuer	106.317	12,0%	556.865	-1,4%
Lohnsteuer	361.903	2,7%	4.738.623	2,8%
Kapitalertragsteuer	28.962	-1,5%	421.437	3,0%
Kapitalertragsteuer auf sonstige Erträge	31.015	104,7%	235.092	83,7%
Körperschaftsteuer	237.138	-20,2%	1.371.385	-10,8%
Stabilitätsabgabe	5.801	87,5%	22.898	19,9%
Sonstige Steuern (gesamt)	**494.692**	**0,2%**	**6.452.024**	**6,3%**
davon:				
Umsatzsteuer	271.532	-3,3%	3.777.882	3,4%
Tabaksteuer	22.132	5,8%	256.765	2,1%
Biersteuer	2.092	10,6%	21.516	-6,7%
Mineralölsteuer	38.693	-28,8%	439.105	-7,3%
Alkoholsteuer	1.284	-6,0%	17.572	-2,4%
Energieabgabe	8.594	927,8%	91.193	
Normverbrauchsabgabe	4.358	-3,7%	62.441	-2,6%
Grunderwerbsteuer	98.508	17,6%	1.194.708	17,7%
Versicherungssteuer	13.485	5,7%	192.038	5,4%
Motorbezogene Versicherungssteuer	27.005	6,6%	313.940	2,8%
KFZ-Steuer	134	-34,9%	6.870	-1,1%
Konzessionsabgabe	4.206	-3,6%	46.171	13,7%

[1] Datenquelle: BMF – Budgetvollzug (Ertragsanteile): i. d. R. basierend auf dem Steueraufkommen des zweiten vorangegangenen Monats

b) länderweise Anteile[*]

	Ertrag für 12/2025[1] in 1.000 EURO	Veränderung ggü. 12/2024 in %	Ertrag für 01–12/2025 in 1.000 EURO	Veränderung ggü. 01–12/2024 in %
Burgenland	32.640	-2,4%	351.066	1,8%
Kärnten	75.895	-2,5%	822.350	2,2%
Niederösterreich	205.879	-2,8%	2.246.687	2,4%
Oberösterreich	198.521	-1,9%	2.167.328	3,2%
Salzburg	87.379	0,1%	948.409	4,1%
Steiermark	157.926	-1,0%	1.705.189	3,3%
Tirol	109.668	-1,6%	1.202.428	3,0%
Vorarlberg	59.425	-1,0%	654.222	4,4%
Wien	338.565	-1,1%	3.714.152	4,7%
Summe	**1.265.896**	**-1,6%**	**13.811.832**	**3,5%**

*) ohne Zwischenabrechnung

Termine des Städtebundes

Aktuelle Termine und Änderungen auf www.staedtebund.gv.at

Jänner		
29. 1.	Finanzkommission	Wien
März		
3. und 4. 3.	Workshop Kommunale Resilienz – Digitale Souveränität	Wien
10. und 11. 3.	FA Recht	Bregenz
17. und 18. 3.	FA Sportangelegenheiten	Schwechat
April		
15. und 16. 4.	FA Kontrollamts-angelegenheiten	Amstetten
20. und 21. 4.	FA Märkte und Lebensmittel	Innsbruck
22. und 23. 4.	FA Gewerberecht und -technik	Wr. Neustadt
23. und 24. 4.	FA Öffentlichkeitsarbeit	Innsbruck
23. und 24. 4.	Netzwerktreffen Gesunde Städte	Bregenz
27. und 28. 4.	FA Bildung	Amstetten
Mai		
7. und 8. 5.	FA Verwaltungs-organisation	Villach
7. und 8. 5.	FA Informations-technologie und Digitalisierung (FIT)	FH Hagenberg
19. und 20. 5.	FA Bürger:innenangele-genheiten und Statistik	Innsbruck
Juni		
10. bis 12. 6.	75. Österreichischer Städtetag	Leoben

Kontakt

oegz@staedtebund.gv.at

Schlaue Pläne & kluge Strategien

Mobilitätswende in Kommunen

Viele gute Ideen für die Mobilitätswende liegen bereits auf dem Tisch – doch bei der Umsetzung wird es schwierig. Entscheidend sind nicht nur gute Konzepte, sondern auch funktionierende Verwaltungsprozesse und die Akzeptanz der Bevölkerung.

Das Dialogforum bringt Vertreter:innen aus Kommunalpolitik, Bundesländern und dem Bundesministerium zusammen und diskutiert Erfolgsfaktoren, Hürden und konkrete Handlungsmöglichkeiten.

26. Februar 2026, 10–17 Uhr
ÖBB Open Innovation Factory, Wien
www.oevg.at/veranstaltung/schlaue-plaene-kluge-strategien-mobilitaetswende-in-kommunen

Ausblick

Schwerpunkt Frauen

Interessante Interviews mit Frauenministerin Eva-Maria Holzleitner und Autorin Gertraud Klemm, aktuelle Aktivitäten der städtischen Frauenbüros und patente Projekte zu Gewaltschutz, Gleichstellung und mehr.

Die nächste Ausgabe der ÖGZ erscheint am 11. März 2026.



Impressum: ÖGZ – Österreichische Gemeinde-Zeitung, Nr. 1/2026 • Medieninhaber und Herausgeber: Österreichischer Städtebund, 1010 Wien, Rathaus, www.staedtebund.gv.at, oegz@staedtebund.gv.at, Tel. +43(0)1/4000-89993 • Leitung: Generalsekretär Thomas Weninger • Verlag: Bohmann Druck und Verlag GmbH, 1040 Wien, Rechte Wienzeile 31/1, Geschäftsführung: KR Gerhard Milletich • Chefredakteurin des Österreichischen Städtebundes: Katharina Kunz, Tel. +43(0)1/4000-89983, Mitarbeit: Jana Hagel, Kevin Muik, Johannes Schmid • Chefin vom Dienst: Carina Wiesner, Lektorat: Carina Wiesner, Foto-Organisation: Joelle Berndl-Bullens • Druck: Wograndl Druck Ges. m. b. H., Druckweg 1, 7210 Mattersburg • Auflage: 6.000 • Erscheinungsweise 2026: 6 Ausgaben • Cover: Stadt Wien/Gerd Götzenbrucker, Copyright für nicht (anders) bezeichnete Fotos: Österreichischer Städtebund • Zum Nachdruck von Veröffentlichungen aus der ÖGZ ist ausnahmslos die Genehmigung der Redaktion einzuholen. Namentlich gezeichnete Beiträge geben die Meinung der/des Verfassenden wieder, die sich nicht unbedingt mit jener der Redaktion bzw. der Position des Städtebundes decken muss. Die Redaktion der ÖGZ bekennt sich zum Einsatz einer geschlechtergerechten Sprache. • Abonnements laufen ganzjährig und müssen eingeschrieben einen Monat vor Ablauf abbestellt werden, sonst erfolgen nach Usancen im Zeitungswesen Weiterlieferung und Weiterverrechnung. Jahresabonnement: EUR 45; Abo-Bestellung & Adressänderungen: Tel. +43(0)1 740 32-725, +43(0)664 88 32 50 60, abo.oegz@bohmann.at, Anzeigenannahme, Verkauf und Backoffice: Daniela Borka, daniela.borka@bohmann.at, Tel. +43(0)1 740 32-733, Verkauf: Julia Luef-Rötzer, +43(0)664 829 77 62 • Informationen zur DSGVO: www.bohmann.at • Advertorials sind bezahlte Einschaltungen und unterliegen der Verantwortung der Anzeigenabteilung.

Offenlegung: Gemäß § 25 Mediengesetz: Medieninhaber und Herausgeber: Österreichischer Städtebund, 1010 Wien, Rathaus • Leitung: Generalsekretär OSR Dr. Thomas Weninger, MLS • Grundlegende Richtung: Die Österreichische Gemeinde-Zeitung (ÖGZ) ist das offizielle Magazin des Österreichischen Städtebundes und informiert mit wechselnden Schwerpunktthemen über politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklungen. Die thematische Bandbreite reicht von gemeinderechtlichen bis zu finanzpolitischen Fragen aus Theorie und Praxis.

© Foto: SPÖ/Kurt Prinz



Die beste Zeit unseres Lebens.

WIR MACHT'S MÖGLICH.

bgld.raiffeisen.at/jugendkonto

Für Jugendliche ab 10 Jahren, in allen teilnehmenden burgenländischen Raiffeisenbanken, solange der Vorrat reicht.
Weitere Bedingungen und wichtige Einschränkungen, insbesondere zu den Entgeltvergünstigungen, sind über den obenstehenden QR-Code abrufbar.